Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7555

11. 07. 90

Unterrichtung

durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 7. bis 11. Mai 1990 in Straßburg

Während des Ersten Teils der 42. Sitzungsperiode vom 7. bis 11. Mai 1990 erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse zu folgenden Themen:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses

Hierzu sprach Abg. Reddemann (S. 8, 9)

Politische Fragen

— Die Allgemeine Politik des Europarates — die Beziehungen zu den Ländern Ost- und Mitteleuropas (*Empfehlung* 1124 — S. 17)

  Hierzu sprachen die Abg. Antretter (S. 13), Dr. Klejdzinski (S. 15), Dr. Müller (S. 14) und Böhm (Melsungen) S. 16)

— Die Beziehungen zwischen Europa, den USA und Kanada in den 90er Jahren (*Entschließungen* 943 — S. 38 und 944 — S. 38, *Empfehlung* 1126 — S. 40)

— Die Situation in Andorra (*Entschließungen* 946 — S. 42 und 947 — S. 43, *Empfehlung* 1127 — S. 43)

— Ansprache des Präsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Janez Drnovsek

  Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 18)

— Ansprache des Präsidenten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, Vaclav Havel (S. 31)

Hierzu sprach Abg. Frau Hoffmann (Soltau) (S. 37)

— Ansprache des Präsidenten der Republik Finnland, Mauno Koivisto (S. 19)

Beziehungen zu den Nicht-Mitgliedsstaaten

— Die Situation in der Deutschen Demokratischen Republik (*Entschließung* 942 — S. 28)

Hierzu sprachen die Abg. Prof. Dr. Soell (S. 22), Dr. Müller (S. 23), Dr. Klejdzinski (S. 24), Böhm (Melsungen) (S. 25), Reddemann (S. 26) und Niegel (S. 27)

Flüchtlingsfragen

— Neue Einwanderungsländer (*Empfehlung* 1125 — S. 18)

Hierzu sprach Abg. Böhm (Melsungen) (S. 18)

Umweltfragen

— Die Verschmutzung der Nord- und Ostsee

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 29), Dr. Müller (S. 30) und Frau Blunck (S. 30)

Sozialfragen

— Die Anwendung der Sozialcharta des Europarates (10. Zyklus; 2. Phase) (*Stellungnahme* 149 — S. 7)

Erziehungsfragen

— Praktische Hilfe für Mittel- und Osteuropa im Bildungsbereich (*Empfehlung* 1123 — S. 12)

Hierzu sprach Abg. Frau Fischer (S. 10, 11)

— Die Finanzierung von Hochschulunterricht und Forschung (*Entschließung* 945 — S. 40)

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der Mitglieder der Delegation der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in der Parlamentarischen Versammlung sowie die Beschlußtexte sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten zusammengefaßt wiedergegeben.

Den Bericht des Ministerkomitees trug der amtierende Vorsitzende, der portugiesische Außenminister Joao de Deus Pinhero vor. Zu der Versammlung sprachen außerdem der Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Janez Drnovsek, der Präsident der Tschechischen und Slowakischen Fö-

derativen Republik, Vaclav Havel und der Präsident der Republik Finnland, Mauno Koivisto.

Zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung wurde der schwedische Abgeordnete Anders Björck wiedergewählt. Abg. Gerhard Reddemann wurde in seinem Amt als Vizepräsident bestätigt.

Als Ausschußvorsitzende wurden Abg. Christian Lenzer im Ausschuß für Wissenschaft und Technologie und Abg. Wilfried Böhm (Melsungen) im Ausschuß für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen wiedergewählt.

In ihrer Funktion als stellvertretende Ausschußvorsitzende wurden Abg. Dr. Hermann Josef Unland im Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung und Abg. Lorenz Niegel im Landwirtschaftsausschuß bestätigt.

Abg. Albert Pfuhl wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedsländern gewählt.

Zu Beginn der Sitzung verlieh die Parlamentarische Versammlung den besonderen Gaststatus an die gesetzgebenden Versammlungen der DDR und der CSFR.

In einer Dringlichkeitsdebatte diskutierte die Parlamentarische Versammlung über die Verschmutzung der Nord- und Ostsee.

Am Rande der Sitzung trafen Mitglieder der Delegation der Bundesrepublik Deutschland mit den Delegationen der DDR und Ungarns zu Gesprächen zusammen.

Schwerpunkte der Beratungen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Reformen in Mittel- und Osteuropa sowie Fragen der deutsch-deutschen Vereinigung.

Mit der Verleihung des besonderen Gaststatus an die DDR und die CSFR, die nunmehr, wie bereits die Sowjetunion, Polen, Ungarn und Jugoslawien, Delegationen in die Parlamentarische Versammlung entsenden, unterstrich die Versammlung ihren Wunsch nach enger Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Das Thema Ost-West-Zusammenarbeit war auch Thema des Berichts des Politischen Ausschusses über die allgemeine Politik des Europarates. In einer engagiert geführten Debatte begrüßten die Delegierten die Durchführung allgemeiner und freier Wahlen in mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas und gaben ihrer Hoffnung nach einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den europäischen Nicht-Mitgliedstaaten Ausdruck. Es bestand Einigkeit, daß der Europarat den geeigneten Rahmen biete, eine umfassende Beteiligung der mittel- und osteuropäischen Staaten bei der Schaffung gesamteuropäischer Strukturen zu gewährleisten. Im Hinblick auf den bevorstehenden KSZE-Gipfel wurde wiederholt eine Beteiligung des Europarates an den Beratungen gefordert. Ange-

sprochen wurde auch die Frage, inwieweit die Parlamentarische Versammlung die fehlende parlamentarische Dimension des KSZE-Prozesses übernehmen könne. Die Delegierten stimmten einer Empfehlung zu, in welcher das Ministerkomitee aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, daß die Strukturen und Erfahrungen des Europarates insbesondere im Bereich der Förderung der parlamentarischen Demokratie und des Schutzes der Menschenrechte bei dem bevorstehenden KSZE-Gipfeltreffen hinreichend Berücksichtigung finden.

Als Gastredner sprachen vor der Versammlung die Präsidenten der CSFR und Jugoslawiens als Vertreter von Ländern, die einen besonderen Gaststatus in der Parlamentarischen Versammlung besitzen.

In seiner mit viel Beifall bedachten Rede entwarf der Präsident der CSFR, Vaclav Havel, den Plan eines neuen europäischen Sicherheitssystems, das NATO und Warschauer Pakt ablösen und als Rahmen für eine europäische Konföderation dienen könnte. Ausgangspunkt für das künftige Sicherheitssystem sei die Schaffung eines großen nördlichen Sicherheitsbereiches mit dem Namen „Helsinki-Zone", der sich aus den Teilnehmerstaaten des KSZE-Prozesses zusammensetzen könnte. Zur Umsetzung dieser Pläne sollte die Konferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten noch in diesem Jahr eine europäische Sicherheitskommission einsetzen, deren Sitz in Prag sein könnte. Die CSFR wolle sich aktiv an diesem Prozeß beteiligen. Sie hoffe, daß der Europarat ihren Antrag auf Mitgliedschaft mit Wohlwollen begutachten werde.

Der Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Dr. Janez Drnovsek, setzte sich in seiner Ansprache nachdrücklich für eine verbesserte Ost-West-Zusammenarbeit ein. Jugoslawien habe den dringenden Wunsch, sich dem demokratischen Integrationsprozeß in Europa anzuschließen und hoffe, im nächsten Jahr Mitglied im Europarat und in zwei oder drei Jahren Mitglied in der EG zu werden. Eingehend auf die Krise im Kosovo betonte Präsident Drnovsek, daß eine politische Lösung auf demokratischer Basis gesucht werde. Jugoslawien versuche, ein neues Gleichgewicht zwischen seinen Nationalstaaten in einem veränderten politischen und wirtschaftlichen Kontext herzustellen.

Auch der Präsident Finnlands, Mauno Koivisto, legte in seiner Ansprache den Schwerpunkt auf die Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas und den KSZE-Prozeß. Sein Land werde den Europarat in seinem Bestreben, die Teilung Europas zu überwinden und eine Brücke zu den Parlamenten Mittel- und Osteuropas zu bauen, aktiv unterstützen. Der KSZE komme eine zentrale Rolle bei der künftigen gemeinsamen Sicherheitsordnung in Europa zu. Finnland, das von Beginn an eine aktive Rolle im KSZE-Prozeß eingenommen habe, werde sich auch weiterhin für eine Stärkung der Rolle der KSZE als Instrument zur Bewältigung der wachsenden Herausforderung einsetzen.

Von besonderem Interesse, insbesondere aus deutscher Sicht, war die Debatte über den Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den europäischen Nicht-Mitgliedstaaten über die Situation in

der DDR. Die Delegierten begrüßten einstimmig eine Vereinigung beider deutscher Staaten als ein Zeichen für das Ende des Kalten Krieges und als den Beginn für den Aufbau eines einigen Europas. Eingehend auf die vereinzelt geäußerten Befürchtungen eines wiedererstarkenden nationalistischen Deutschlands betonten die deutschen Delegierten, daß sich die deutsche Vereinigung nur in einem europäischen Kontext vollziehen werde. Zu der wiederholt angesprochenen Frage der polnischen Westgrenze wurde von den deutschen Delegierten auf die Entschließungen des Deutschen Bundestages zur Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie verwiesen. Unterschiedlich wurde die Frage der Bündniszugehörigkeit eines zukünftigen vereinten Deutschlands gesehen. Während Delegierte sich einerseits für das Verbleiben eines vereinten Deutschlands in der NATO aussprachen, wurde andererseits die Ablösung der bisherigen Militärbündnisse durch eine neue Sicherheitsstruktur für ganz Europa gefordert. In einer mehrheitlich gefaßten Entschließung gibt die Versammlung ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zwischen den vier Mächten und den beiden deutschen Staaten rasch zu einem Abkommen über Status und Grenzen des zukünftigen vereinten Deutschlands führen werden, das auf dem für Ende 1990 geplanten Treffen der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten vorgelegt wird und die Grundlage eines Friedensvertrages mit dem vereinten Deutschland bilden könnte.

Der Außenminister der DDR, Markus Meckel, der außerhalb der Tagesordnung im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des Politischen Ausschusses, des Ausschusses für die Beziehungen zu den Nicht-Mitgliedstaaten und des Rechtsausschusses mit Mitgliedern der Versammlung zusammentraf, betonte, daß die DDR sich im deutschen Einigungsprozeß für die Ablösung des bisherigen Blocksystems durch einen umfassenden europäischen Sicherheitsvertrag einsetzen werde. Der KSZE-Prozeß müsse ausgebaut und institutionalisiert werden. Um dem Sicherheitsbedürfnis Polens zu entsprechen, sollten die beiden deutschen Staaten einen Grundlagenvertrag erarbeiten, den das künftige gesamtdeutsche Parlament ratifizieren sollte.

Die Beziehungen zwischen Europa, den USA und Kanada war Thema eines der Versammlung vorgelegten Berichts des Politischen Ausschusses. Die Delegierten stimmten einem Entschließungsentwurf zu, in dem die Verleihung einer assoziierten Mitgliedschaft an die USA und Kanada vorgeschlagen wird, die diesen Ländern das Recht geben soll, an den Beratungen der Versammlungen über Fragen des KSZE-Prozesses mit Rede- und Stimmrecht teilzunehmen.

In der Dringlichkeitsdebatte zur Verschmutzung der Nord- und Ostsee wiesen insbesondere Redner aus den skandinavischen Ländern und aus der Bundesrepublik Deutschland auf die katastrophalen Folgen der Einleitung hochgiftiger Substanzen in Nord- und Ostsee hin und forderten unverzügliche Aktionen aller Parlamentarier. Als enttäuschend wurde das Ergebnis der Nordseeschutz-Konferenz vom März dieses Jahres in Den Haag bewertet. Gegenüber der wiederholt geäußerten Kritik an der restriktiven

Haltung der britischen Regierung wiesen Redner der britischen Delegation auf die in Den Haag erzielte Einigung hin, bis 1995 die Einleitung gefährlicher Stoffe auf 70 % zu reduzieren. Hierbei handele es sich um einen tragfähigen Kompromiß. Die Delegierten sprachen sich einstimmig dafür aus, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes insbesondere auch mit den Ländern Ost- und Mitteleuropas zu verbessern. Es sei erforderlich, sowohl regionale als auch globale grenzüberschreitende Abkommen zu erzielen. Insbesondere müsse das Bewußtsein der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten für Umweltprobleme sensibilisiert werden.

Bonn, den 6. Juni 1990

Gerhard Reddemann	**Dr. Karl Ahrens**
Sprecher	Stellvertretender Sprecher

Montag, 7. Mai 1990

Tagesordnungspunkt:

Anwendung der Sozialcharta des Europarates — (10. Zyklus, 2. Phase)

(Drucksache 6201 und Addendum)

Berichterstatter: Abg. Bohl (Frankreich)

(Der Entwurf einer Stellungnahme wurde von der Versammlung gemäß Artikel 29 ihrer Geschäftsordnung ohne vorhergehende mündliche Aussprache angenommen)

Stellungnahme 149 (1990)[1])

betr. **die Anwendung der Sozialcharta des Europarates (10. Zyklus: 2. Phase)**

1. In den regelmäßigen Stellungnahmen, die ihr eine Gelegenheit bieten, über die Anwendung der Sozialcharta[2]) zu berichten, setzt die Versammlung im allgemeinen den Schwerpunkt auf die Einhaltung der spezifischen Verpflichtungen, an die sich die Vertragsparteien formell gebunden fühlen.

2. 1989 war jedoch ein außergewöhnliches Jahr. Die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa veranlaßten die Versammlung, die Sozialcharta des Europarates „... als Instrument des Dialogs und der Annäherung" für die betroffenen Länder (Empfehlung 1107) anzuwenden. Im Bereich der Sozialpolitik war das Jahr von einem starken, aber erfolglosen[3]) Bemühen der Europäischen Gemeinschaft um die Ausarbeitung ihrer eigenen „Sozialcharta" gekennzeichnet. In ihren Entschließungen 915 und 931[4]) berichtete die Versammlung über dieses Bemühen und versuchte richtungsweisend zu wirken.

3. Ein Nebeneffekt dieses Bemühens der Europäischen Gemeinschaft führte dazu, daß der Wert der Sozialcharta des Europarates **als schriftliche Erklärung von Prinzipien zur sozialpolitischen Zielsetzung** und weniger als Darlegung formeller Verpflichtungen herausgestellt wurde.

3.1 Als Erklärung sozialpolitischer Grundsätze verkörpert die Sozialcharta des Europarates „... einen breiteren Rechtsbereich, vollständigere Normen und eine umfassendere Betrachtungsweise des sozialen Schutzes" (Entschließung 931) als jeder Text, den die Europäische Gemeinschaft im Laufe des letzten Jahres vorlegen konnte.

3.2 Neun der zwölf Gemeinschaftsstaaten haben diese Ziele bereits unterzeichnet, und die Versammlung geht davon aus, daß die Regierungen der übrigen drei Staaten den Beitritt ihrer Länder beabsichtigen.

3.3 Sozialpolitische Initiativen werden weiterhin innerhalb der Gemeinschaft ergriffen werden (insbesondere im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit der Menschen am Arbeitsplatz), jedoch könnte nichts vernünftiger sein oder stärker mit den Ansichten der nationalen Parlamente in Einklang stehen (wie sie die Entschließung 931 der Versammlung zum Ausdruck bringt) als auf die Realisierung eines „europäischen Sozialraums" hinzuwirken, der alle Länder des Europarates, einschließlich der Gemeinschafts- und EFTA-Länder, umfassen und sich möglicherweise auf die ost- und mitteleuropäischen Länder, die Interesse an engeren Beziehungen zu den europäischen Institutionen zeigen, ausdehnen würde.

4. Folglich hat sich die Versammlung (Entschließung 931) für den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Sozialcharta des Europarates ausgesprochen, mit der Begründung, daß (a) dieses Instrument nach entsprechender Angleichung in ein angemessenes Verhältnis zum Gemeinschaftsrecht gebracht werden muß, (b) dadurch eine breitere und reichere Grundlage für soziale Maßnahmen und Sozialpolitik in der gesamten Gemeinschaft (in Übereinstimmung mit dem „Subsidiaritätsprinzip") geschaffen würde und (c) dies im Interesse des sich abzeichnenden weitreichenderen Europas ist.

5. Die Versammlung hat ihrer Beteiligung an den Anwendungsmodalitäten der Sozialcharta große Bedeutung beigemessen. Sie hat ihre Wertschätzung für die Arbeiten der unabhängigen Expertenausschüsse und Regierungsvertreter stets zum Ausdruck gebracht. Sie möchte dies ebenfalls tun in bezug auf die Berichte/Schlußfolgerungen dieser beiden Ausschüsse über den 10. Kontrollzyklus 1985 bis 1986 für Österreich, Zypern, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Irland, Italien und Spanien, die ihr zur Zeit mit der Bitte um Stellungnahme vorliegen.

6. Aber die spezifischen Kommentare der Versammlung (s. u.) über Information und Interpretation, die bei dieser Gelegenheit über die Anwendungsmodalitäten der Charta in bezug auf die betreffende Anwendungsphase und die betreffenden Länder erstellt wurden, sollten die

---

[1]) Von der Versammlung (gemäß Annahmeverfahren ohne Aussprache) am 8. Mai 1990 verabschiedeter Text.
s. Dok. 6201, Bericht des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familienfragen (Berichterstatter: Herr Bohl).

[2]) Gemäß Artikel 28 der Sozialcharta

[3]) Insofern, als es unmöglich war, zwischen allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft eine einstimmige Übereinkunft zu erreichen

[4]) Im Anschluß an die substantiellen Diskussionen des Utrechter Symposiums (25.—26. April 1989) und des Syrakuser Hearings (19.—20. Oktober 1989).

Aufmerksamkeit nicht von der eigentlichen Aufgabe abwenden, die in der Überarbeitung der Verfahren im Hinblick auf den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft und die Öffnung für Mittel- und Osteuropa besteht.

7. Die Versammlung ist sich der vielen rechtlichen Schwierigkeiten bewußt, die es zu lösen gilt. Diese Schwierigkeiten dürfen nicht als Vorwand für Untätigkeit dienen.

8. In ihrer Entschließung 931 hat sich die Versammlung für die Aufnahme von Gesprächen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Europarat ausgesprochen. Sie übermittelt hiermit dem Ministerkomitee ihre Ansicht, daß es für das nächste „Vier-Parteien-Treffen" (vgl. Empfehlung 1107) an der Zeit ist, eine „Studiengruppe" in der für geeignet erachteten Form einzusetzen.

9. In der Zwischenzeit übermittelt die Versammlung dem Ministerkomitee gemäß dem in Teil IV der Charta vorgeschriebenen Verfahren folgende Beobachtungen:

10.1 In einigen Mitgliedstaaten sind zufriedenstellende Fortschritte erreicht worden. Z. B. wurde 1987 in Zypern ein Mutterschutzgesetz verabschiedet, das in gewisser Weise nach dem Vorbild von Artikel 8 der Charta entstand. In Österreich ist die Teilnahme junger Ausländer der zweiten Generation an Ausbildungskursen infolge einer Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes seit dem 1. Juli 1988 nicht mehr an eine Arbeitserlaubnis gebunden.

10.2 Wie jedoch vom unabhängigen Expertenausschuß und mitunter vom Regierungsausschuß festgestellt wurde, bestehen gewisse Schwächen in der Anwendung einiger Bestimmungen, auf die das Ministerkomitee die betroffenen Staaten aufmerksam machen sollte:

a) Artikel 1, Abs. 2 über das Verbot der Zwangsarbeit

In Frankreich, Irland und Italien unterliegen Matrosen der Handelsmarine in einigen Fällen Strafmaßnahmen, obwohl die Sicherheit des Schiffes und der an Bord befindlichen Menschen nicht beeinträchtigt ist. Obwohl die entsprechenden nationalen Rechtsbestimmungen im Prinzip veraltet sind, sind sie weiterhin in Kraft und bedürfen einer formellen Abschaffung.

b) Artikel 7, Abs. 3 über die uneingeschränkte Achtung der Schulpflicht

In Österreich, Irland, Frankreich und Italien bestehen weiterhin gewisse Lücken in bezug auf den gesetzlichen oder ordnungsgemäßen Schutz schulpflichtiger Kinder, die in Familienunternehmen, hauptsächlich in der Landwirtschaft, arbeiten.

c) Artikel 8, Abs. 2 über die unzulässige Entlassung von Arbeitnehmerinnen

Es bestehen weiterhin Abweichungen in den gesetzlichen Regelungen Österreichs und Italiens, aufgrund derer Hausangestellte bei Eintritt einer Schwangerschaft nicht in jedem Fall vor einer Entlassung geschützt sind.

10.3 Abschließend möchte die Versammlung ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, daß es immer noch drei Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft unter denjenigen Staaten gibt, die die Charta noch nicht ratifiziert haben (Belgien, Finnland, Luxemburg, Liechtenstein, Portugal, Schweiz, San Marino), und ist insbesondere der Ansicht, daß es in Anbetracht eines Beitritts und einer Beteiligung der Gemeinschaft erforderlich ist, daß die betreffenden 12 Staaten wenigstens eine „Mindestgrundlage" unterzeichnen, die aus denselben Artikeln und Bestimmungen besteht.

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses

(Drucksache 6210)

Berichterstatter: Abg. Reddemann (Bundesrepublik Deutschland)

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich verspreche gleich zu Beginn, daß ich diese Viertelstunde nicht ausnutzen werde, damit wir Zeit für andere Debatten haben.

Der Zeitraum, den ich kommentieren darf, war für die Ausbreitung der Demokratie und der Menschenrechte in Europa außerordentlich bedeutsam. In zwei Ländern des alten Kontinents fanden Wahlen statt, nämlich am 18. März die **Wahlen in der DDR** und am 25. März die **Wahlen in Ungarn**.

Wir, der Europarat, haben die Chance gehabt, die Wahlen zu beobachten und festzustellen, welche Möglichkeiten für die Kandidaten bestanden, ob diese Wahlen korrekt waren, ob die Vorbereitung ordentlich war oder ob es Probleme gab. Wir hatten — ich darf dies in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ad-hoc-Kommission in Ungarn sagen — die Möglichkeit, unbeeinflußt zu arbeiten; wir hatten die Möglichkeit, uns überall zu informieren, und wir hatten vor allem auch die Möglichkeit, festzustellen, ob die Wahlen in diesen beiden lange von Kommunisten beherrschten Staaten korrekt gewesen sind. Ich möchte all denjenigen, die sich der Mühe unterzogen haben, als Wahlbeobachter tätig zu sein, besonderen Dank aussprechen, denn es war keine leichte Arbeit; es war vor allem eine Arbeit, die sehr viel Zeit erforderte.

Die Tatsache, daß wir in Europa zwei weitere Staaten als Staaten mit demokratischer Ordnung ansehen können, die uns im Europarat willkommen sind, ist wohl etwas, was man nicht jedes Jahr und nicht in jedem Bericht erwähnen kann. Ich möchte es deswegen besonders herausstellen, verbunden mit einem Dank an jene demokratischen Kräfte in diesen beiden Staaten, die es ermöglicht haben, eine lange zementierte Diktatur zu beseitigen.

Ich glaube, der Weg, den wir im vergangenen Jahr eingeschlagen haben, als wir den **Gaststatus** für ver-

schiedene europäische Staaten einführten, hat sich gerade auf diesem Gebiet **außerordentlich bewährt**. Ich bin sicher, daß wir mit dem Gaststatus ein Instrument besitzen, auch andere Länder, die zur Demokratie zurückkehren, in unsere Reihen aufnehmen zu können.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Tatsache, daß uns in dieser Woche immerhin drei Staatspräsidenten besuchen, spricht für sich. Die **Parlamentarische Versammlung des Europarates** hat ihren alten Ruf **als Forum der Meinungen in Europa** zurückgewonnen. Die Initiativen, um das Ost-West-Verhältnis zu entzerren und die Menschenrechte und die Freiheit in ein weiteres Stück Europas zu tragen, die aus dieser Versammlung hervorgegangen sind, haben sich bewährt. Wir sollten unsere Politik weiterhin auf diese vernünftige Art und Weise — mit dem **Ziel der Entkrampfung der Blocksituation** — betreiben.

Wir haben über Jahrzehnte einen Satz aus dem **Bericht des früheren belgischen Premierministers Harmel** zitiert, nämlich den Satz, daß es unsere Aufgabe sei, Freiheit für Menschen, Informationen und Meinungen quer durch Europa zu schaffen. Wir können sicher sein, daß wir diesem Ziel in den vergangenen Monaten außerordentlich nahegekommen sind.

Wir werden — dies ist eine Aufgabe, die die Versammlung übernommen hat — wieder eine **Delegation von Wahlbeobachtern nach Bulgarien, in die Tschechische und Slowakische Föderative Republik und nach Rumänien** entsenden. Wir werden unsere Untersuchungen in diesen Staaten nach den gleichen Grundsätzen, die wir bei den bisherigen Beobachtungen angewendet haben, vornehmen. Ich meine, wir sollten hier erklären, daß wir in den drei genannten Staaten gleiche Bedingungen für unsere Beobachter wie in der DDR und in Ungarn verlangen, daß wir die Möglichkeit erwarten, mit allen sich dort neu bildenden Parteien Kontakt aufzunehmen, daß wir ungestört die Möglichkeit haben, auch mit Menschen zu sprechen, die nicht politisch tätig sind, und daß wir nicht zuletzt das Recht erhalten, die Wahllokale auszusuchen, in denen wir überprüfen können, ob die Wahl korrekt ist und ob die Auszählung ebenfalls korrekt erfolgt, damit niemand hinterher die Befürchtung äußern muß, daß eine Delegation des Europarates vielleicht nur als ein Schild für eine völlig verfehlte Wahlvorbereitung und eine nicht korrekte Wahl gedient habe.

Meine Damen, meine Herren, uns liegen im Augenblick weitere **Anträge Polens und Jugoslawiens** vor, die darauf abzielen, daß diese beiden Staaten **Mitglieder des Europarats** werden sollen. Ich möchte auch hier mit aller Deutlichkeit auf eines hinweisen, was wir immer wieder herausgestellt haben, wenn es um neue Kandidaten für die Mitgliedschaft im Europarat ging: Wir verlangen eben nicht nur einen intakten Staat, sondern **bei uns kann nur ein Staat Mitglied werden, in dem ein frei gewähltes Parlament vorhanden ist**, in dem es möglich ist, die Regierung durch ein Votum des Parlaments abzulösen und neu einzusetzen, und es muß ein Staat sein, in dem die Menschenrechte ganz selbstverständlich garantiert werden. Ich verspreche all denen, die als neue Kandidaten vor unserer Tür stehen, daß wir sie mit der gleichen Fairneß behandeln werden, mit der wir alle anderen Staaten behandelt haben.

Herr Präsident! Gestatten Sie mir ein ganz persönliches Wort. Heute sind **zum erstenmal enge Landsleute von mir Gäste des Europarates.** Sie mußten länger als ich selbst die Situation in der DDR ertragen. Bitte gestatten Sie mir, daß ich **diesen neuen Kollegen und Freunden ein persönliches Willkommen** sage. Ich bitte darum, daß dieser Willkommensgruß von der ganzen Versammlung getragen werden möge.

Vielen Dank.

Der Redebeitrag des Abg. Schmuhl (CDU-DDR) ist im Anhang (S. 44) abgedruckt.

Schlußwort des Berichterstatters

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich bedanke mich vor allem für das, was der Herr Kollege Schieder gesagt hat; denn uns war ja klar, daß es ein Problem ist, gesetzgebende Versammlungen hierher einzuladen, von denen wir wissen, daß sie nach unseren Vorstellungen nicht demokratisch gewählt sind, von denen wir wissen, daß sie zum Teil unter Umständen, die wir im Augenblick besser nicht nachvollziehen, ernannt oder berufen wurden.

Gerade in bezug auf die Tschechische und Slowakische Föderative Republik haben wir aber den heutigen Tag gewählt, weil wir glaubten, wir sollten diejenigen unterstützen, die den Umbruch in der Tschechoslowakei durchgeführt haben, und sollten ihnen sagen: **Parlamentarier aus Prag sind bei uns herzlich willkommen,** ebenso herzlich willkommen wie der neue Präsident der Republik, der so viel dazu beigetragen hat, daß die friedliche Revolution in seinem Land in die Demokratie führt.

Herr Präsident, ich möchte das aufnehmen, was der Herr Kollege Schieder gesagt hat, und möchte empfehlen, daß sich derjenige, der an meiner Stelle in der nächsten Vollversammlung den Bericht gibt, sehr sorgfältig vorher darüber informiert, wie sich nach der Wahl in der Tschechoslowakei die neue Delegation zusammensetzt, und sich auch darüber informiert, wie die demokratische Entwicklung in diesem Land fortschreitet, damit wir gegebenenfalls — ich hoffe, daß das nicht notwendig ist, aber eben unter Umständen — von jenem Recht Gebrauch machen können, das wir uns gegeben haben, nämlich **daß wir die Beglaubigungsschreiben einer Delegation zurückweisen können, wenn wir Mißbrauch befürchten.**

Wie gesagt, ich hoffe, daß dies nicht nötig wird, aber da wir alle wissen, wie schwierig es ist, nach einer so langen Phase der Diktatur eine Demokratie einzuführen, halte ich es einfach für zwingend notwendig, daß wir diesen Prozeß weiter begleiten. In diesem Sinne war der Aufruf unseres Kollegen Schmuhl aus der Volkskammer, daß wir uns an diesem Demokratisierungsprozeß in jenem Teil Deutschlands beteiligen, daß wir mit Rat und Tat helfen, ein wohltuender Aufruf, und ich würde mich freuen, wenn auch die Kollegen aus den anderen neuen Parlamenten das ebenso sähen, damit die Möglichkeiten, die wir uns hier in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates geschaffen haben, möglichst weitgehend ausgeschöpft werden können.

Ich bedanke mich, Herr Präsident.

Tagesordnungspunkt:

Praktische Hilfe für Mittel- und Osteuropa im Bildungsbereich

(Drucksache 6200)

Berichterstatter: Abg. Frau Fischer (CDU/CSU)

Frau Fischer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt schließt sich eigentlich direkt an den vorhergehenden an und ist nicht allein dem Ausdruck der Freude über die Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa gewidmet, sondern soll zu den Möglichkeiten hinführen, die der Europarat hat und sieht, um tatkräftige Hilfe auf wichtigen Gebieten auch wirklich geben zu können.

Man kann die Auswirkungen der derzeitigen politischen Veränderungen z. B. auf den Bildungsbereich wohl kaum übertreiben. **Bildung ist das Schlüsselelement für die Erziehung der neuen Bürger in Mittel- und Osteuropa.** Vor allen Dingen die Universitäten und die Einrichtungen einer eher intellektuellen als politischen Ausrichtung sind ein wichtiges Reservoir, um auch für die jeweilige Regierungspolitik ein Umdenken zu ermöglichen.

Es ist interessant, festzustellen, daß der Präsident der Tschechoslowakei ein Schriftsteller ist — ich freue mich ganz besonders auf seine Ansprache in dieser Woche — und **daß der polnische Senat an das Modell einer Republik von Plato erinnert,** in der Philosophen Könige und Könige Philosophen sein sollen.

Wir haben in vielen Diskussionen der vergangenen Monate gerade mit den Betroffenen in den ost- und mitteleuropäischen Ländern festgestellt — ich denke, so sehen das auch unsere Gäste —, daß **der gesamte Bildungsbereich** — vom Kindergarten über die Grundschule bis zur Hochschulforschung — auf eine sehr wichtige Art und Weise **mit dem Prozeß der Demokratisierung fast untrennbar verbunden** und in ihn eingewoben ist.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, daß die Vergangenheit auch dort Bestandteil des Lebens bleibt. Man kann sie jetzt kritisieren und neu bewerten. Man darf sie nicht einfach ignorieren, sondern muß daraus lernen.

Wir haben festgestellt, daß **für sämtliche Bildungsbereiche sofortige Hilfe notwendig** ist, wenn wir zu einer guten Kooperation und zu einem guten Miteinander kommen wollen. Das Ziel ist die Zusammenarbeit und das Miteinander. Nur, bis zur Erreichung dieses Zieles ist es notwendig, durch unsere Hilfe, durch unsere Angebote und durch die wenn eben mögliche Erfüllung all der vielen Wünsche, die gerade aus dem Schul-, dem Universitäts- und dem Fachschulbereich der verschiedenen Länder an uns herangetragen worden sind, Voraussetzungen zu schaffen.

Eine interessante Idee, die kürzlich von Frau Farington, der Vorsitzenden des Kulturausschusses, auf der letzten Sitzung der Europakonferenz der Gemeinden und Regionen vorgetragen wurde, bestand darin, z. B. westeuropäische Journalisten zu ermutigen, ihre mittel- und osteuropäischen Kollegen zu informieren, wie sie ihren unabhängigen Journalismus in der Praxis durchführen. Ich denke schon, daß es auf parlamentarischer Ebene möglich sein wird, ähnliche Ratschläge, Möglichkeiten und Kooperationsangebote in bezug auf die politischen, parlamentarischen und legislativen Verfahren oder auch hinsichtlich der Frage der Organisation und Durchführung von Wahlen zu unterbreiten, ich hätte fast gesagt: auch bezüglich der Frage, wie man sie gewinnt oder wie man sie verliert.

Wichtig ist für mich die **Einbeziehung von Jugendorganisationen,** die ja zum Teil auch schon jetzt in die Erörterungen des „round table" mit einbezogen werden.

Ich sage all dies, weil innerhalb der westlichen Welt, innerhalb Europas die Reaktionen in der Öffentlichkeit ganz spontan gewesen sind. Es wurden überall sofort Kampagnen eingeleitet, um Bücher zu beschaffen und um Hilfen anzubieten. Die Europäische Rektorenkonferenz, das UNESCO-Zentrum für Hochschulbildung, der internationale Universitätsverband, sie alle haben gemeinsame **Kampagnen eingeleitet, deren Ziel die Beschaffung und die Bereitstellung von Grundmaterialien ist** — angefangen mit so einfachen Dingen wie Fotokopiergeräten bis hin zum Zugang zu wissenschaftlichen Fachzeitschriften, denn für viele in den Ländern Mittel- und Osteuropas waren die vergangenen 40 Jahre auch 40 Jahre eines sehr strengen Abgeschlossenseins von dem, was sich im übrigen Europa an Entwicklungen tat.

Ganz wichtig ist für mich der **Multiplikatoreffekt vieler bereits laufender Anstrengungen.** Wir sollten dies sehr ermutigen und durch **Partnerschaften auch auf den kommunalen Ebenen,** wie wir sie gerade in den vergangenen Wochen und Monaten in verstärktem Maße ebenfalls in der Bundesrepublik geprobt haben, weiterführen. Wichtig sind dabei natürlich auch steuerliche Anreize, die man geben könnte.

Wichtig ist, daß die Regierungen — da sind wir bei dem immer leidigen Kapitel „Geld" — in der Lage und bereit sind, **zusätzliche Finanzmittel** für die Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, damit Schulen und Universitäten sich in die Lage versetzt fühlen, den Anforderungen sehr direkter und sehr klar ausgesprochener Art, welche in einzelnen Punkten wirklich dringend notwendig sind, um zu einer guten Zusammenarbeit zu kommen, nachkommen zu können.

Dem Europarat sollte hier für die sofortige und praktische Reaktion in Form der schnell eingeleiteten **Projekte „Demostenes" oder „For East"** Dank gesagt werden. Diese Geste entspricht in bewundernswerter Weise wirklich der Rolle dieser Organisation. Aber wie wir wissen, ist sie in ihren finanziellen Mitteln zwangsläufig begrenzt.

Wenn die Parlamentarische Versammlung z. B. die polnische Anregung zur **Schaffung eines Forums junger Parlamentarier,** das als Netz für den Austausch von Erfahrungen und Ideen dienen könnte, aufgreift, dann könnte auch dies Teil des Gesamtprozesses werden. Eine andere, von Herrn Dubček ausgehende Idee

ist die **Entwicklung von Kontakten zwischen Instituten,** die sich z. B. für die slowakische Kultur interessieren.

Wir können diese Ideen aufnehmen, aufgreifen und ausarbeiten. Dies alles wäre nur die erste Etappe. Die zweite Etappe wäre dann **die Frage der Einschätzung und der Zusammenarbeit in der gemeinsamen Planung;** denn die Wiederaufnahme all dieser Kontakte verlangt natürlich längerfristige Maßnahmen.

Der Bedarf z. B. an modernem Fremdsprachenunterricht übersteigt das mögliche Angebot. Deswegen müssen wir das **Schwergewicht auf die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften** und die Umschulung von Russischlehrern zu Lehrern anderer Sprachen legen.

Die **Mobilität muß erleichtert werden.** Dabei darf nicht übersehen werden, daß von seiten mancher westeuropäischer Regierung noch immer Einschränkungen aufrechterhalten werden.

Es gilt auch, Gefahren zu vermeiden. Wir sollten uns der **Gefahren des kommerziellen und auch des politischen Opportunismus** bewußt sein. Es wäre leichtgläubig, zu verkennen, daß dieser Opportunismus sowohl auf privater wie bisweilen auch auf staatlicher Ebene existieren kann.

Der Verlockung, einzugreifen oder Hilfe aufzudrängen, ohne daß wir dazu aufgefordert oder darum gebeten worden sind, müssen wir widerstehen. Dies wäre kein Zeichen von gutem Miteinander und guter Zusammenarbeit.

Die Europäische Gemeinschaft schlägt die **Schaffung einer Stiftung der Berufsausbildung** vor, die ich für ganz besonders wichtig halte, möglicherweise mit Sitz in Berlin, die man vielleicht ab Januar 1991 einrichten sollte. Der Haushalt, der dafür vorgeschlagen ist, beträgt 42 Millionen FF. Weiterhin wurde das **Programm „Tempus"**, ein Mobilitätsprogramm für den Hochschulbereich, vorgeschlagen. Da beträgt der vorgeschlagene Haushalt 140 Millionen FF ab Herbst 1990. Wichtig ist auch die **Finanzierung eines Jugendaustausches** zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und den europäischen Mitgliedern. Wir sollten auch hier überlegen, das internationale Institut für Demokratie, das kürzlich in Straßburg geschaffen wurde, miteinzubeziehen.

Der Europarat hat die direkte Möglichkeit, die Staaten Mittel- und Osteuropas an der in seinem Rahmen laufenden **Zusammenarbeit im Kultur- und Bildungsbereich** zu beteiligen. Sie wissen: Der Kulturausschuß hatte im Dezember letzten Jahres seine erste Sitzung in Warschau abgehalten. Unsere polnischen Gäste haben uns dort sehr viel des kulturellen Erbes Polens zeigen können.

Ungarn, Polen und Jugoslawien sind bereits der Europäischen Kulturkonvention beigetreten. Diese Länder haben ebenfalls die Möglichkeit, wie z. B. die UdSSR, in noch engere Verbindung zum Europarat zu treten.

Ich möchte eines besonders hervorheben: Der **Bildungsbereich** ist für mich ein **ganz lebenswichtiger Bereich** für den dauerhaften Bestand der Entwicklung und für die Fortführung des Demokratisierungsprozesses in Mittel- und Osteuropa. Wir müssen sie aus allernächster Nähe und mit großer Aufmerksamkeit und großem Wohlwollen betrachten; denn wir wollen, sollen und dürfen **keine übertriebenen Hoffnungen wecken.** Das könnte nämlich bedeuten, daß wir später Illusionen zerstören müßten.

In jedem Fall müssen wir zeigen, daß wir bereit sind, zu helfen. Der erste Schritt in Richtung auf eine umfassende Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa wird die Strukturierung, auch die Koordinierung unserer Hilfe sein. Wir haben in der Sitzung des Kulturausschusses einige Empfehlungen, die Ihnen ja vorliegen, dazu zusammengestellt. Die Hauptpunkte dieser Empfehlungen habe ich Ihnen soeben vorgetragen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Schlußwort des Berichterstatters

Frau Fischer (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte zunächst allen Kollegen und Kolleginnen, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben, für die Erweiterung, die sie eingebracht haben, ganz herzlich danken. Wir, die wir uns im Kulturausschuß in einigen Sitzungen mit diesen Problemen sehr eingehend beschäftigt haben, wissen, daß wir eigentlich noch viele und sehr viel weitergehende Vorschläge machen könnten.

Ich danke dem Kollegen aus Portugal dafür, daß er noch die Fragen der neuen Technologie, der Satellitenprojekte und auch die Fragen der Menschenrechte angesprochen hat. In den Ausführungen mehrerer Kollegen wurde auch deutlich auf die **Wichtigkeit der Revision der Lehrbücher, der Lehrpläne und Schulbuchinhalte** hingewiesen sowie ganz übereinstimmend auch darauf, sich an die junge Generation zu wenden und **der Jugend in Europa Möglichkeiten des Sich-Kennenlernens zu bieten.** Dies ist natürlich eine Frage der Phantasie, aber auch eine Frage der Finanzen, um die Jugendlichen zu unterstützen, die diese Programme durchführen wollen und den Wunsch haben, in verschiedenen Ländern zu studieren.

Herzlichen Dank.

Wir haben dem Kollegen Herrn Ziolkowski und auch dem ungarischen Gast Herrn Bratinka für die Anregungen zu danken, die aus der Erfahrung der letzten Jahre resultieren, bezüglich der Frage der europäischen Identität, der Erziehung, wie man etwas macht, wie man eine freie und soziale Marktwirtschaft überhaupt durchführen kann und wie man junge Leute zu gewissen Fähigkeiten theoretischer und praktischer Art hinführt.

Sehr gefreut habe ich mich über die Hinweise aus der UdSSR von Herrn Amonashvili zu Fragen der Perestroika, der Bildung und Erziehung. Dies gilt insbesondere für den Hinweis, daß Schule bislang eben Staatsmonopol war. Mit Freude habe ich auch den Hinweis auf die **Entstehung eines gewissen Kulturföderalismus** auch in der UdSSR und all das Wissen um Schwierigkeiten, die dabei möglicherweise auftauchen oder schon aufgetaucht sind, entgegengenommen.

Einen Punkt möchte ich besonders ansprechen. Herr Beix, Sie warten sicher noch auf eine Antwort auf Ihre Frage, was ich hinsichtlich der **parteigetreuen Lehrer** gemeint habe. Meine persönliche Erfahrung aus der Diskussion mit vielen jungen Leuten in den betroffenen Ländern ist, daß sie ganz große Probleme mit der Glaubwürdigkeit haben, wenn die Lehrer und Universitätsprofessoren, die ihnen jahrelang ausschließlich ein bestimmtes Weltbild vorgetragen und ihnen indoktriniert haben sowie als alleingültig dargestellt haben, jetzt nach der Wende noch genauso dastehen und plötzlich völlig anders reden und reagieren. Dies ist für junge Menschen etwas schier Unerträgliches. Es ist auch für die Kollegen Lehrer und Universitätsprofessoren unerträglich, die wegen ihrer Meinung in den vergangenen Jahren vielen Verfolgungen und Unterdrückungen ausgesetzt gewesen sind und jetzt keine Chance haben, wieder in den universitären und schulischen Bereich hineinzukommen, weil ihre Stellen besetzt sind. Sie müssen jetzt erleben, wie sich die Leute umdrehen. Im Grunde wird der Jugend ein ganz schlechter Dienst erwiesen. Besser wäre es, wenn sich die alten und neuen Lehrer und Universitätsprofessoren hinstellen und sagen würden: Ich bin vielleicht auch heute noch anderer Meinung, und deswegen kann ich meine Tätigkeit nicht mehr fortführen. — Ich weiß schon, daß es hierüber eine lebhafte Diskussion im westlichen Teil Europas gibt. Ich habe eine Menge Zeitungsartikel zu diesem Bereich studiert. Ich glaube nicht, daß die Leute, die die Schüler und die Studenten bislang in eine völlig einseitige Richtung gedrängt haben, diejenigen sind, die die neue Politik der Regierung in einer anderen Form darstellen können. Dies ist einfach ein **Glaubwürdigkeitsproblem**. Hier gibt es sicher schwierige Fragen.

Zum Schluß darf ich noch einmal dem gesamten Kulturausschuß sehr herzlich für die Hilfe bei der Erstellung und der Formulierung dieses Berichts danken, über den wir ja in diesem Ausschuß auch diskutiert haben, und natürlich möchte ich ganz herzlich auch dem Sekretariat für die effektive Hilfe bei der Bewältigung all dieser Aufgaben danken; denn ich habe hier nur einen kleinen Teil dessen mitgebracht, was an Programmen bereits existiert. Es gibt Hunderte von Seiten über Hilfsprogramme, die bereits von den verschiedensten Organisationen und Institutionen in Angriff genommen worden sind, und von daher war es eine ganz besonders wichtige — und auch zeitraubende — Arbeit, diesen Bericht so kurz zu fassen. — Herzlichen Dank.

Empfehlung 1123 (1990)

betr. **praktische Hilfe für Mittel- und Osteuropa im Bildungsbereich**

1. Die Versammlung ist der Auffassung, daß die raschen Fortschritte in Richtung auf Demokratie in ganz Mittel- und Osteuropa grundlegende Veränderungen auf allen Stufen des Bildungswesens, einschließlich in der außerschulischen Bildung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung, in diesen Ländern bewirkt haben.

2. Weil mehr Sprachen unterrichtet werden, besteht derzeit ein dringender Bedarf an erweitertem Lehrmaterial und an Lehrkräften für diesen Unterricht.

3. Mit der Einführung von Pluralismus besteht auch ein Bedarf an zeitgemäßen Geschichtsbüchern und Veröffentlichungen in zahlreichen Wissensbereichen.

4. Es besteht ein großer Mangel an aktuellen Informationen im Forschungsbereich.

5. Gleichzeitig entwickelt sich mit der Einführung weiterer Innovationen in Westeuropa, wie z. B. Methoden des Fernunterrichts, eine zunehmende Kluft.

6. Das Fehlen von Lehrmaterial wird verschärft durch einen allgemeinen Mangel an Veröffentlichungen für sämtliche Gesellschaftsbereiche (vom Kulturbereich bis zu aktuellen Angelegenheiten, von Literatur bis zu Nachschlagewerken).

7. In der derzeitigen wirtschaftlichen Lage wäre es sinnvoll, in erster Linie westeuropäische Experten, Techniker, Lehrkräfte und Studenten nach Mittel- und Osteuropa zu entsenden, anstatt Besuche entsprechender Kollegen aus Mittel- und Osteuropa im Westen zu empfangen.

8. Die sich nach und nach vollziehende Öffnung der mittel- und osteuropäischen Länder für den in der Zuständigkeit des Europarates liegenden Bereich der Zusammenarbeit, besonders auf dem Weg über die Europäische Kulturkonvention, aber auch auf weitreichenderer Grundlage, sollte dazu beitragen, die derzeitigen Hilfsmaßnahmen in eine konstruktivere Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten umzuwandeln.

9. Deshalb legt die Versammlung dem Ministerkomitee folgende Vorschläge vor:

   i. Der Europarat sollte die Unterstützung Mittel- und Osteuropas im Bildungswesen durch parlamentarische Gremien, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen koordinieren, damit Überschneidungen vermieden werden können und eine im höchsten Maße effiziente Abstimmung der Ressourcen gewährleistet ist.

   ii. Auch der Europarat selbst sollte — in einem Geiste europäischer Solidarität — seine eigene praktische Unterstützung für Mittel- und Osteuropa im Bildungswesen weiterentwikkeln. Diesem Bereich muß bei den zwischenstaatlichen Aktivitäten des Europarates, besonders jenen des Rates für kulturelle Zusammenarbeit (Lehrerausbildungsprogramme, Sprachunterricht, Methoden des Fernunterrichts usw.) und auf Universitäts- und Hochschulebene sowie von der Ständigen

Konferenz über Universitätsfragen sofortige Priorität eingeräumt werden. Wann immer es angebracht ist, muß die europäische Dimension in der Bildung betont werden.

iii. Der Förderung von Kontakten und der Einrichtung von Netzen (z. B. junger Parlamentarier oder Kulturinstitute) sollte konstante Aufmerksamkeit gewidmet werden.

iv. Eine fortlaufende Einschätzung des Bedarfs in Mittel- und Osteuropa im Lichte der politischen Entwicklungen und der tatsächlichen Veränderungen sollte gewährleistet werden.

v. Parallele Initiativen anderer internationaler Gremien, wie z. B. die von der Europäischen Rektorenkonferenz gemeinsam mit dem Europäischen Zentrum für Hochschulbildung der UNESCO (CEPES) und dem Internationalen Universitätsverband eingeleitete Europäische Solidaritätskampagne der Universitäten (unter besonderer Bezugnahme auf Rumänien) sowie die von der Europäischen Gemeinschaft erstellten Programme (Foundation und TEMPUS) sollten volle Unterstützung erhalten.

vi. Die Regierungen sollten insbesondere aufgefordert werden:

a) weitere nationale Hilfsmaßnahmen im Hinblick auf die Bereitstellung von Lehrmaterial für Mittel- und Osteuropa zu ergreifen;

b) die für Universitäten und Forschungseinrichtungen bereitgestellten Mittel zu erhöhen, damit diese Einrichtungen die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa verstärken können;

c) den Austausch von Schülern, Studenten, Lehr- und Forschungskräften in allen Bereichen zu erleichtern, wobei das Schwergewicht in der ersten Zeit auf eine Entsendung von West nach Ost gelegt werden sollte, und z. B. in den Ländern, wo ein Visum erforderlich ist, Jahres- und Mehrfachvisa für Forschungskräfte aus Mittel- und Osteuropa vorzusehen;

d) Mittel für eine praktische Ausbildung in Bereichen wie Geschäftsführung, Bankwesen, Handelsrecht, Journalismus, Museumsverwaltung, Politik und Parlamentsverfahren bereitzustellen.

10. Die mit der Straßburger Konferenz über parlamentarische Demokratie verbundenen Strukturen sollten ebenfalls für eine Mitwirkung herangezogen werden.

Dienstag, 8. Mai 1990

Tagesordnungspunkt:

Die Allgemeine Politik des Europarates — die Beziehungen zu den Ländern Ost- und Mitteleuropas

(Drucksache 6216)

Berichterstatter: Abg. Soares Costa (Portugal)

Antretter (SPD): Herr Präsident! Seit heute vor 45 Jahren, zwischen 2 und 3 Uhr nachts, die deutsche Kapitulation unterzeichnet wurde, gab es keine Zeit, in der die Politik komplexere und schwierigere Probleme zu bewältigen hatte als die heutige. Man kann diese Zeit vorläufig auf die fast auf den Tag genau 10 Monate eingrenzen, seit Generalsekretär Gorbatschow vor unserer Versammlung sprach.

Die Politik unserer Tage hat nicht weniger als die **Strukturen für ein Europa zu schaffen,** in dem Frieden nicht mehr nur die Abwesenheit von Krieg bedeutet, **in dem Grenzen bedeutungslos geworden sind** und in dem dann die Voraussetzungen dafür geschaffen sein werden, daß sich alle, die Völker und die Menschen, sicherer fühlen und glücklich miteinander leben können, soweit Politik dafür überhaupt Rahmenbedingungen schaffen kann.

Diese Aufgabe ist deshalb so schwierig, weil dabei vier politische Prozesse gemeistert oder gesteuert werden müssen. Es geht um die **Vereinigung der beiden deutschen Staaten.** Es geht um die **Umwandlung Osteuropas** von einem militärisch geprägten und kontrollierten Gebiet in eine Region selbständiger Staaten. Es geht darum, die **EG** zu einer **Politischen Union** auszubauen, und es geht schließlich um die **Entwicklung neuer Sicherheitsstrukturen innerhalb der KSZE,** wobei wir hoffen, daß vor allem der Europarat seinen Beitrag dazu leisten kann.

Bei der Bewältigung dieser Prozesse taugen die althergebrachten Verfahren — etwa: die Mehrheit beschließt, was die Minderheit dann zu schlucken hat — kaum oder gar nicht. Es geht auch nicht um einen Friedensvertrag, wie er am Ende von Kriegen üblich ist: der Gewinner diktiert dem Verlierer. Vielmehr geht es um den vorbildlosen Versuch, 45 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges zwischen gleichberechtigten Staaten **eine für alle annehmbare europäische Ordnung einzurichten.** Dies ist kompliziert und anspruchsvoll und wird auch nicht dadurch vereinfacht, daß die Hauptarbeit in einem denkbar kurzen Zeitraum zu bewältigen ist.

Da ist zunächst der **Prozeß der deutschen Einheit.** Die neue deutsche Republik wird kein Ergebnis von „Wiedervereinigung" sein. Nicht vom mechanischen Zusammenfügen von künstlich Getrenntem handelt dieser Prozeß, nicht also von der Wiederholung von schon einmal Dagewesenem; vielmehr geht es darum, einen deutschen Staat zu schaffen, den es nach Art und Größe in der deutschen und europäischen Geschichte bisher noch nicht gegeben hat. Auf Erfahrungen mit einem solcherart kühnen Projekt kann also niemand zurückgreifen, weder in Bonn noch in Ost-

Berlin noch in den uns benachbarten Staaten. So nimmt es auch nicht Wunder, daß Freude und Hoffnung der Deutschen bei vielen Nachbarn mit Skepsis begleitet werden, gespeist aus der Erinnerung an ein Deutschland, um dessen Wiederherstellung es allerdings keinesfalls geht.

Der zweite Prozeß beinhaltet die **Umwandlung einstmals sowjetisch beherrschter Staaten in unabhängige, demokratisch regierte.** Mit den freien Wahlen in Polen, in Ungarn, in der DDR und demnächst in der CSFR hat dieser Prozeß seine ersten entscheidenden Bewährungsproben bestanden. Mit dem vereinbarten militärischen Rückzug der Sowjetunion aus Ungarn und der CSFR sowie der drastischen Verringerung in der DDR und wohl auch bald in Polen scheint die erste sicherheitspolitische Reizschwelle erfolgreich genommen zu sein.

So sehr diese Entwicklung — sie hat sich ja voriges Jahr nicht nur angekündigt, sondern Generalsekretär Gorbatschow hat sie auch artikuliert, auch hier vor unserem Hause — in der Logik der von Gorbatschow gewollten Politik liegt, so sehr müssen doch, meine ich, alle Beteiligten aufpassen, Gorbatschows vielfach erwiesene Fähigkeit und Bereitschaft zum Kompromiß nicht zu überfordern. Die Grenzlinie, die auch dieser mutige Reformer nicht überschreiten kann, ist klar: Gorbatschow darf nicht riskieren, den 1945 blutig gewonnenen Zweiten Weltkrieg 1990 am Verhandlungstisch nachträglich zu verlieren.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Debatte über die Frage zu sehen, ob ein vereinigtes Deutschland der NATO angehören müsse oder nicht. Wer die **NATO-Mitgliedschaft** für das vereinigte Deutschland undifferenziert fordert, stempelt Gorbatschow willentlich oder unwillentlich zum Verlierer und gefährdet damit die Früchte seiner außenpolitischen Reformpolitik, um deren Ernte es uns allen doch geht: die deutsche Einheit in einem Europa, für dessen Geschick künftig die Europäer die Hauptverantwortung tragen sollen.

Die **Entwicklung einer neuen gesamteuropäischen Architektur** — um zum dritten Punkt zu kommen — dürfte um so leichter fallen, als bereits von allen Staaten, auch von der Sowjetunion, drei Bauelemente als wichtig angesehen werden: die Anwesenheit der USA — auch die militärische —, die Europäische Gemeinschaft und die KSZE.

Die **Europäische Gemeinschaft** hat sich in den Augen der östlichen Nachbarn längst **zum politischen und wirtschaftlichen Hoffnungsträger Nummer 1 verwandelt.** Anders als die NATO wird die EG nicht mit Abschreckung, sondern mit Zusammenarbeit identifiziert. Daher gehört es zu den guten Nachrichten dieser Tage, daß Frankreich seinen prinzipiellen Widerstand gegen den Ausbau der EG zu einer auch außen- und sicherheitspolitischen handlungsfähigen Politischen Union aufgegeben hat. Ob das ehrgeizige Ziel allerdings in der knappen Zeit bis zum 1. Januar 1993 erreichbar sein wird, wird sich noch zeigen müssen. Zweifel daran sind erlaubt; denn die noch zu leistende politische und diplomatische Feinarbeit für eine sicherheitspolitisch handlungsfähige Europäische Union ist enorm.

Dies gilt auch für den vierten Prozeß, nämlich den **Aufbau fester Strukturen im KSZE-Rahmen.** Der politische Umbau Europas wird nicht ohne Unfälle abgehen können. Neubelebte Nationalitätenkonflikte sind nur eines der Beispiele. Für derartige Situationen **bedarf ganz Europa gemeinsamer Instrumente zur Streitverhinderung und Streitschlichtung.** Informations- und Verifikationszentren werden daher genauso nötig sein wie etwa eine **multinationale europäische Friedensstreitkraft** nach dem Vorbild der UN-Blauhelme.

Herr Präsident, Europas Tagesordnung ist randvoll. Der Zeitraum ist kurz. Die Perspektive ist günstig, vorausgesetzt, der Sinn für das Machbare ist gepaart mit Mut zu neuen Lösungen. — Vielen Dank.

Dr. Müller (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen hier in dieser Runde so viel von Ordnungen der Nachkriegszeit, die in Jalta und auf anderen Konferenzen geprägt worden sind, und vergessen dabei, daß manches von dem, was uns heute Probleme bereitet, auf Entscheidungen der Vorkriegszeit zurückzuführen ist, nicht zuletzt auf den **Pakt zwischen den beiden Diktatoren Hitler und Stalin vom August 1939.** Die **Frage der baltischen Staaten,** die heute schon so oft angeschnitten wurde, etwa die Frage der Grenzverhältnisse auch im Osten, in Polen — wir dürfen ja nicht vergessen, daß die Rote Armee 1939 in Polen einmarschierte; damals marschierte auch die deutsche Armee in Polen ein —, oder die Probleme an der Grenze zwischen Rumänien und Rußland, nämlich der Moldau-Republik, gehen sämtlich auf diese Vereinbarungen vom August 1939 zwischen Hitler und Stalin zurück.

Wir erleben jetzt eine **Revisiondiskussion.** Wir stellen zur selben Zeit fest — das ist von einigen Rednern angeschnitten worden —, daß befürchtet wird, gerade in Mittel- und Osteuropa könnte ein **neuer Nationalismus** entstehen. Ich persönlich glaube ohnehin, daß der Nationalismus eine Verirrung des 19. Jahrhunderts ist, eine Verirrung, die europaweit überwunden werden muß und die nur überwunden werden kann, wenn — auch das wurde sowohl von meinem Vorredner als auch von dem türkischen Kollegen Cem angesprochen — **kulturelle Autonomie** und eine **föderalistische Struktur** geschaffen werden. Auf diese Weise können Menschenrechte, Lebensrechte für Minderheiten garantiert werden.

Das gilt für alle europäischen Staaten. Wir wissen, daß gerade unsere Organisation, der Europarat, hier Pionierarbeit geleistet hat. Die Überwindung des Nationalismus stand ja sozusagen in der Gründungsurkunde des Europarates; 1945 wollte man nach den Erfahrungen zweier Weltkriege darangehen, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen.

Wir haben im Fall der Sowjetunion das Problem, daß sie im Grunde genommen die **Kolonialpolitik des Zarenreiches übernommen** hat, eine Kolonialpolitik, die alle Imperialisten des 19. Jahrhunderts betrieben haben. Nur, die Menschen in Afrika und in Asien, die in britischen oder in französischen Kolonien lebten, haben diese Zeit längst überwunden, während die Menschen, die in zaristischen Kolonien leben, immer noch zur Großmacht Sowjetunion gehören. Das gilt nicht

nur für die baltischen Staaten — der Kollege Cem hat das auch angeschnitten —, sondern das gilt selbstverständlich auch für die Süd- und Ostgrenze der Sowjetunion.

Ich glaube, diese **Probleme könnten im Rahmen einer gemeinsamen Autonomiepolitik,** die die Kultur, die Sprache — die Minderheitensprachen — und auch Basisrechte der Verwaltung sichert, **förderalistisch gelöst werden.** Ich habe hier Hoffnungen.

Ich hatte die Gelegenheit, die Versammlung bei der Konferenz der Kultusminister in Palermo in der vergangenen Woche zu vertreten, auf der sämtliche Kultusminister — auch die der osteuropäischen Staaten mit Ausnahme Rumäniens — anwesend waren. Ich konnte bei den Verhandlungen und bei den Gesprächen feststellen, daß in diesem Bereich eine besonders große Bereitschaft besteht, aufeinander zuzugehen.

Ich möchte, daß der Europarat und die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarats **mehr Mittel für gemeinsame kulturelle Projekte,** aber auch für gemeinsame Projekte im Rahmen des Jugendaustauschs — auch das ist schon einmal erwähnt worden — zur Verfügung stellt, als das bisher der Fall war, denn nur mit Hilfe eines breiten Austauschs von Experten und eines breiten Austauschs von jungen Menschen ist es möglich, in allen Ländern unser gemeinsames europäisches Erbe der Menschenrechte und der Demokratie in dem Maße durchzusetzen, wie wir es uns wünschen.

Bei der Durchsetzung der Demokratie müssen wir ein Problem beachten: Wir müssen berücksichtigen, daß es eine ganze Reihe von Staaten gibt, die die Demokratie erst jetzt erreicht haben und die eine lange Vergangenheit haben, in der man keine Demokratie kannte. Wenn ich daran denke, daß die Menschen im östlichen Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, im Grunde genommen seit 58 Jahren — nämlich seit 1932 — keine Demokratie kennen, dann weiß man, wie schwierig der Weg hin zu demokratischen Formen ist. Es ist für mich schon frappierend — lassen Sie mich das auch sagen —, daß die **Kommunalwahlen,** die am vergangenen Sonntag **in der DDR** stattgefunden haben, der PDS in Ost-Berlin ein Ergebnis von 30 % eingebracht haben, ein Ergebnis, das für die Nachfolgeorganisation einer Partei, die Folter, Terror, Tötungsanlagen an den Grenzen usw. zu verantworten hat, doch erstaunlich hoch ist. Es entspricht genau dem gleichen Anteil, den die Nationalsozialisten in Ost-Berlin vor der Machtübernahme dort gehabt haben. Um so schlimmer ist es, wenn man jetzt sieht, daß die Nachfolgerin einer Partei, die nicht demokratisch war, offensichtlich noch ein Drittel der Bevölkerung dort als Anhänger hat. Solche Beispiele zeigen, wie schwierig es ist, demokratische Prozesse einzuleiten und zu entwickeln.

Wir, der Europarat, der übernational ist, könnten die Kraft haben, durch unsere gemeinsame gute Erfahrung und die Zusammenarbeit, die wir hier hatten, den Weg zur Demokratie und vor allem zur Praxis der Demokratie in den Ländern, die hoffentlich alle bald zu uns kommen, zu eröffnen und sie zu unterstützen. In diesem Sinne müssen wir alle arbeiten.

Dr. Klejdzinski (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In eigener Sache zu sprechen, gilt nicht immer als schick. Wenn wir Mitglieder des Europarates uns über unsere Politik äußern, sie möglicherweise selbst bewerten, so mag der eine oder andere völlig zu Recht und vielleicht sogar zutreffend die Auffassung vertreten, wir sollten dies als Betroffene anderen Institutionen oder anderen Personen überlassen. Ich verrate kein Geheimnis: Ich teile diese Auffassung nicht.

Ich halte auch nichts davon, wie in einzelnen Beiträgen anderer Kollegen geschehen, den Wert des Europarates dadurch zu betonen, daß man die Parlamentarier des Europäischen Parlaments beschimpft oder als Parlamentarier minderer Qualität betrachtet oder sie so einschätzt. Auch dies teile ich nicht, und dies sollte auch nicht ein Stil sein, der von uns generell getragen wird.

Ich bin der Meinung, unser Kollege Soares Costa hat uns einen Empfehlungsentwurf vorgelegt, der in zweifacher Hinsicht bemerkenswert ist. Erstens. Er beschreibt in einer genauen Sachdarstellung, was gewesen ist, und ist gleichzeitig ein historischer Abriß. Zweitens erinnert er schwerpunktmäßig daran, daß die **Parlamentarische Versammlung geeignet** erscheint, durch eine Erweiterung ihres eigenen Rollenverständnisses **die fehlende parlamentarische Dimension des KSZE-Prozesses auszufüllen,** d. h. ein Forum für alle Sonderdebatten der europäischen und auch der Nichtmitgliedstaaten, die Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki sind, zu sein. Ich halte diesen Vorschlag für sehr gut, und man sollte ihn vertieft diskutieren. Dies haben Sie, Herr Berichterstatter, sehr präzise niedergelegt. Dafür gebührt Ihnen mein Dank, obwohl ich in vielen Punkten mit Ihnen gelegentlich nicht einer Meinung bin, wie das Debatten auch schon gezeigt haben.

Ist diese Aufgabe völlig neu? Ich meine nein. Jahrzehntelang haben wir aus dem Harmel-Bericht zitiert, die NATO war das notwendige europaübergreifende Sicherheitsbündnis, die WEU das westeuropäische Sicherheitsinstrument. Gemeinsame Aufgabe beider: Freiheit für Menschen zu sichern, Informationsfreiheit und Meinungsfreiheit zu garantieren.

Einzelne Redner haben heute an die Kapitulation des nazistischen Deutschlands erinnert. Als Elfjähriger habe ich es erfahren. Die damaligen Erfahrungen haben mich geprägt; ich spüre das heute noch. Doch dieser historische Tag hat auch eine andere Dimension, die mich in Hoffnung versetzt, zu vertrauen und an einem Einigungsprozeß mitzuarbeiten, der alle europäischen Völker umfaßt, friedliches Zusammenleben ermöglicht und kulturelle Eigenständigkeit garantiert, nämlich hier in Straßburg erleben zu dürfen, daß heute eine **Gastdelegation aus der DDR** anwesend ist, deren Zusammensetzung das Ergebnis freier demokratischer Wahlen ist. Das ist für mich die andere historische Seite der Medaille. Mein Kollege Schmuhl aus der DDR hat gestern hier erklärt, er bedanke sich für die Begleitung ihres Demokratisierungsprozesses durch uns, und er fügte hinzu: „Wir haben nämlich ein totalitäres Regime durch einen freiheitlichen Rechtsstaat abzulösen gehabt . . . Wir brauchen Hilfe für unsere Arbeit, die Europa zu dienen hat." Ich möchte das

von Ihnen hier Gesagte nicht kommentieren. Ich bin überzeugt: Denjenigen, die uns um Hilfe bitten, helfen wir. Doch wir erlauben uns, gleichzeitig auch kritisch hinzuschauen. Dazu verpflichten uns die Zielsetzungen des Europarates, und denen fühlen wir uns verbunden.

Deshalb möchte ich an die Empfehlung 1112 über **Ost-West-Zusammenarbeit** erinnern und nachdrücklich auf die Empfehlung 1119 der Parlamentarischen Versammlung — **Schutz von Minderheiten,** keine Gewalt anzuwenden und sich um friedliche Lösungen durch politischen Dialog zu bemühen — verweisen. Die Empfehlung 1119 hat heute in Osteuropa eine Aktualität, die von uns mit Aufmerksamkeit verfolgt werden sollte. Sanktionen, weil ein Volk für das eigene Selbstbestimmungsrecht eintritt, haben nach unserer Auffassung in einer von uns gewollten Welt des politischen Dialogs keinen Platz und sind abzulehnen, ja, sie fordern unseren Widerspruch heraus. Sie fordern unseren Widerspruch insofern heraus, als man weiß, daß wirtschaftliche Sanktionen Völker gefügig machen sollen, ihr Selbstbestimmungsrecht zugunsten von Zuständen aufzugeben, die zwei Diktatoren einmal festgelegt haben. Der Beitrag des russischen Gastredners heute hat mich sehr beeindruckt. Wir sollten seiner Empfehlung folgen und auf nationaler Basis **Beziehungen zu den baltischen Staaten auf Parlamentsebene** knüpfen. Ich finde, diejenigen, die dort um ihre Freiheitsrechte so gerungen haben, haben einen Anspruch darauf, daß wir ihnen Solidarität nicht nur rhetorisch bekunden, sondern daß wir uns auch bewußt bemühen, ihnen zu helfen, und dies auch unmittelbar tun, indem wir dort erscheinen und mit ihnen reden.

Die **Entwicklung in der DDR** ist Teil einer Entwicklung, die Mittel- und Osteuropa als Ganzes erfaßt hat. Das Vorbild des Europarates hat sicher auch bewirkt, daß die Staaten in Mittel- und Osteuropa eine Form des gesellschaftlichen Miteinanders wollen, die freiheitlich und demokratisch bestimmt ist und als zentrales Anliegen Völkerverständigung und Kooperation will.

Wir wissen: Wer Völkerverständigung und Kooperation will, muß die wirtschaftlichen und politischen Interessen aller europäischen Staaten berücksichtigen. Die politischen und wirtschaftlichen Interessen können nicht losgelöst von den Sicherheitsinteressen einzelner Staaten diskutiert werden. Wir müssen bestehende Bündnisse hinterfragen und prüfen, was geändert werden muß, ohne das Grundsätzliche zu gefährden, was uns in Europa über 40 Jahre lang den Frieden gesichert hat.

Ich finde, der Europarat bietet dafür geeignete Strukturen. Wir sollten diese Strukturen anbieten. Wir sollten nicht neue Strukturen irgendwo schaffen. Der heute erfolgte Hinweis, daß von den 33 KSZE-Staaten bereits 23 dem Europarat angehören, daß soundso viele Staaten einen Gaststatus haben und weitere sich um die Mitgliedschaft bewerben, sollte unterstreichen, daß der Europarat, ausgehend von der Menschenrechtskonvention, von dem Forum für Menschenrechte, ein geeignetes Forum sicherlich auch für diese Angelegenheiten sein könnte. Der Hinweis auf die Zahl der Mitglieder des Europarates und auf den Gaststatus oder auch Beobachterstatus einzelner Länder mindert nach meiner Ansicht nicht die Bedeutung, sondern unterstreicht sie eher.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts beginnt mit der berechtigten Hoffnung auf eine Epoche des Friedens, der Freiheit und der Menschenrechte in Europa. Nach den vergangenen neun Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, die vom Grauen des Krieges, des Totalitarismus und der Teilung gekennzeichnet waren, dürfen wir hoffen, daß wir unseren Kindern ein blühendes und hoffnungsträchtiges Europa übergeben können. Voraussetzung dazu ist, daß Europa seinen Erfahrungen stets eingedenk ist, den schlimmen wie den guten.

Die schlimmen Erfahrungen sind der Totalitarismus, der den Menschen nach einem vorgegebenen ideologischen Leitbild formen wollte, der Rassismus, die Kriege, der Klassenkampf und der Kolonialismus.

Die guten sind der Mut zur Verteidigung der Freiheit und die praktische Erkenntnis, daß die Wachsamkeit der Preis der Freiheit ist. Nur diese Bereitschaft — im Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika — hat das freie Europa gerettet, anderen die Neutralität ermöglicht und den Menschen hinter den nun einstürzenden Mauern als Leuchtturm der Freiheit gedient.

Zu den guten Erfahrungen gehören auch die Achtung der Menschenrechte und der Selbstbestimmung und die Zusammenarbeit mit dem Ziel der Einigung Europas statt nationalistischer Übersteigerung. Der Europarat hat großen Anteil an diesem werdenden Europa.

Er ist am besten geeignet zur **Parlamentarisierung der KSZE,** aber auch zur Lösung der wieder sichtbar gewordenen ethnischen Probleme in ihren regionalen Ausprägungen. Gerade deswegen richtet sich der Blick der Menschen in den baltischen Staaten hoffnungsvoll und hilfesuchend auf den Europarat.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, Ihnen den **Brief** zur Kenntnis zu geben, den der französische Staatspräsident, François Mitterrand, und der deutsche Bundeskanzler, Helmut Kohl, **an den Präsidenten des Obersten Rates von Litauen,** Landsbergis, am 26. April gerichtet haben — ich zitiere —:

> Sehr geehrter Herr Präsident! Wir teilen beide die gleiche Besorgnis über die Entwicklung der Lage in Litauen.
>
> Wir möchten Sie darüber in Kenntnis setzen.
>
> Das litauische Volk hat klar seinen Willen zur Unabhängigkeit zum Ausdruck gebracht.
>
> Daraus kann ihm kein Vorwurf gemacht werden.
>
> Aber die Geschichte hat eine komplexe Situation geschaffen, die sich aus zahlreichen politischen, juristischen und wirtschaftlichen Bindungen zusammensetzt. Ihre Entflechtung braucht Zeit und Geduld und wird die klassischen Wege des Dialogs einschlagen müssen.

Wir wünschen daher unsererseits, daß möglichst rasch zwischen Ihnen und den sowjetischen Behörden Gespräche eingeleitet werden, damit die augenblickliche Krise zu einer beiderseitig akzeptablen Lösung führt.

Zur Erleichterung der Eröffnung dieser Gespräche wäre es ohne Zweifel nützlich, für eine Zeitlang die Auswirkungen der vom Parlament gefaßten Beschlüsse auszusetzen, die dadurch nichts von ihrem Wert verlieren, da sie auf einem universal akzeptierten Prinzip, dem der Selbstbestimmung der Völker, beruhen.

Wir grüßen Sie mit dem Gefühl der Sympathie und mit den besten Wünschen für Ihre Landsleute.

François Mitterrand und Helmut Kohl

Soweit der Brief, aus dem der Wunsch spricht, die verständliche Hoffnung einer Nation auf Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit in Übereinstimmung mit dem Prozeß der Umgestaltung in der Sowjetunion zu bringen.

Der Europarat, meine Damen und Herren, sollte dem Grundgedanken dieses Briefes folgen und in der baltischen Problematik eine in der Sache nachdrückliche, aber in der Form geduldige Politik betreiben, die dem Ziel dient, das von Hitler und Stalin zu verantwortende Unrecht zu überwinden.

Danke.

Empfehlung 1124 (1990)

betr. **die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten (allgemeine Politik des Europarates)**

1. Die Versammlung verweist auf ihre Empfehlung 1119 (1990) über die Situation in Mittel- und Osteuropa sowie auf ihre Empfehlung 1112 (1989) über die Ost-West-Zusammenarbeit am Ende des 20. Jahrhunderts.

2. Sie stellt mit großer Genugtuung fest, daß die ad hoc-Beobachterausschüsse der Versammlung erklärt haben, daß die in der Deutschen Demokratischen Republik (18. März) und in der Republik Ungarn (25. März und 8. April) abgehaltenen pluralistischen Parlamentswahlen freie und faire Wahlen waren. Sie äußert die große Hoffnung, daß freie und faire Parlamentswahlen ebenfalls bald in Rumänien (20. Mai), der Tschechoslowakei (8. Juni) und in Bulgarien (10. und 17. Juni) zu beobachten sein werden.

3. Die Versammlung dankt dem portugiesischen Vorsitz des Ministerkomitees für die Organisation eines Sondertreffens in Lissabon (23. bis 24. März 1990), an dem fünf Außenminister und zwei stellvertretende Minister aus nichteuropäischen Mitgliedstaaten zusammen mit den Außenministern der Mitgliedstaaten teilnahmen. Sie begrüßt es, daß der Präsident der Versammlung und der Präsident der Europäischen Kommission ebenfalls aufgefordert wurden, zu diesem wichtigen Treffen beizutragen, bedauert jedoch, daß die Parlamentarische Versammlung und das Europäische Parlament weiterhin von den zweimal jährlich stattfindenden „Vier-Parteien-Treffen" ausgeschlossen sind, die mit dem Ziel veranstaltet werden, die unerläßliche Koordination der Arbeit des Europarates und der Europäischen Gemeinschaft zu erleichtern.

4. Die Versammlung unterstützt uneingeschränkt die Überzeugung des Ministerkomitees, wie in der Empfehlung 1119 zum Ausdruck gebracht, daß der Schutz von Minderheiten besondere Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit der Hilfe für die mittel- und osteuropäischen Staaten erfordert, sowie den an alle Parteien gerichteten Appell, Besonnenheit zu zeigen, keine Gewalt anzuwenden und sich um friedliche Lösungen durch politischen Dialog zu bemühen.

5. In diesem Zusammenhang nimmt sie die eindeutigen Beschlüsse der demokratisch gewählten Parlamente der drei Baltischen Republiken zur Kenntnis, ihre Unabhängigkeit wiederherzustellen.

6. Die Versammlung fordert die Regierungen der UdSSR und der Baltischen Republiken auf, über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Baltischen Republiken in wohlüberlegter Weise zu verhandeln im Einklang mit den den KSZE-Prozeß leitenden Prinzipien der gegenseitigen Sicherheit und Zusammenarbeit.

7. Darüber hinaus ermutigt die Versammlung das Ministerkomitee, die dem Europarat zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voll auszuschöpfen, um — in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Demokratie und Recht in Venedig und dem Internationalen Institut für Demokratie — eine interdisziplinäre Untersuchung einzuleiten über die Möglichkeiten, die das Völkerrecht bietet, um Minderheiten, einschließlich die in Grenzgebieten lebenden Minderheiten, zu schützen.

8. Sie erinnert daran, daß die Parlamentarische Versammlung (Entschließung 943 über die Beziehungen zwischen Europa, den Vereinigten Staaten und Kanada) eine Erweiterung ihrer eigenen Rolle vorschlägt, indem sie die fehlende „parlamentarische Dimension" des KSZE-Prozesses übernimmt und vorschlägt, zum Zwecke von Sonderdebatten „eine assoziierte KSZE-Mitgliedschaft" zu schaffen mit vollem Stimmrecht für alle europäischen und nordamerikanischen Nicht-Mitgliedstaaten, die Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki sind.

9. Sie ist in diesem Zusammenhang besorgt darüber, daß in der Antwort des Ministerkomitees auf die o. a. Empfehlung erklärt wird, daß nur „einige Delegationen die Ansicht vertraten, daß die Entwicklung von Kontakten mit den Vereinigten Staaten und Kanada erwogen werden sollte".

10. Die Versammlung stimmt der vom Ministerkomitee im Rahmen von Diskussionen über zukünftige Strukturen der europäischen Zusammenarbeit vertretenen Ansicht zu,

- daß der Europarat „der geeignete Rahmen ist, um eine umfassende Beteiligung der mittel- und osteuropäischen Staaten am Aufbau Europas einzuleiten" und „daß der Europarat einen nützlichen Beitrag zur politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Dimension Europas leisten könnte";

- daß der Europarat ab dem nächsten, im Sommer in Kopenhagen stattfindenden KSZE-Treffen über die menschliche Dimension, in einer Delegation bei den KSZE-Treffen vertreten sein sollte.

11. Die Versammlung stellt fest, daß die Generalsekretärin des Europarates aufgefordert wurde, dem Ministerkomitee auf seiner 86. Sitzung (10. Mai 1990) Vorschläge über eine angemessene Erhöhung der finanziellen Mittel des Europarates vorzulegen.

12. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee sicherzustellen, daß im Rahmen der Vorbereitung des bevorstehenden KSZE-Gipfeltreffens:

    i. alle neuen Aufgaben, soweit wie möglich, von bestehenden Institutionen übernommen werden sollten, anstatt hierfür neue Institutionen zu schaffen;

    ii. die in jeder Hinsicht bestens geeigneten Strukturen (zwischenstaatliche und parlamentarische) und die Erfahrungen des Europarates in ihrer Gesamtheit und besonders im Bereich der Förderung der parlamentarischen Demokratie und des Schutzes der Menschenrechte umfassende Berücksichtigung finden sollten.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Janez Drnovsek

(Themen: Ost-West-Zusammenarbeit — Krise im Kosovo — Nationalitätenpolitik — politische und wirtschaftliche Reformen — Mitgliedschaft in der EG)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident, ich möchte Sie nur ganz kurz und einfach fragen, wie Sie das Problem der Minderheiten und des Minderheitenschutzes in Ihrem Staate einschätzen.

In seiner Antwort führte **Präsident Drnovsek** *aus, daß Jugoslawien zur Zeit vor schwierigen Problemen aufgrund von Nationalitätenkonflikten in den Republiken stehe. Die jugoslawische Regierung setzte sich für eine Politik ein, welche den Minderheitenschutz und den Grundsatz der Souveränität der Republiken gewährleiste.*

Mittwoch, 9. Mai 1990

Tagesordnungspunkt:

Neue Einwanderungsländer

(Drucksache 6211)

Berichterstatter: Cucò (Spanien)

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß hat den Bericht des Kollegen Cucò sehr positiv aufgenommen und die Empfehlungen einstimmig verabschiedet. Der Verlauf der Diskussion gibt die Hoffnung, daß dieser ausgezeichnete Bericht auch hier diese Würdigung erfährt und daß die auf ihn gegründeten Empfehlungen von allen Kollegen akzeptiert werden.

Wir haben uns in diesem Hause schon sehr häufig mit Fragen der Wanderbewegungen beschäftigt. Das neue ist jetzt, daß wir den Blick auf **Südeuropa als Aufnahmegebiet für Einwanderungen** gerichtet haben. Damit kommt die Versammlung ihrem Auftrag nach, immer wenn sie Probleme erkennt, sofort die Aufmerksamkeit darauf zu lenken und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Die Frage nach den Erfahrungen der bisherigen Aufnahmegebiete im Norden Europas wurde hier ebenfalls aufgeworfen. Ich meine, daß diese Diskussion zu einem sehr guten Gedankenaustausch über die Sorgen des Südens und die Erfahrungen des Nordens in Europa geworden ist; darin sehe ich ihren besonderen Wert.

Ich hoffe und wünsche, daß **eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik** entwickelt wird und diese ihre Koordinierung mit der Entwicklungshilfepolitik erfährt; denn wir haben oft genug gesagt, daß es besser ist, den Menschen dort zu helfen, wo sie leben, als sie zur Wanderung zu verurteilen.

Ich hoffe, wie gesagt, auf eine positive Würdigung der Empfehlungen, die sich auf den ausgezeichneten Bericht des Kollegen Cucò gründen.

Danke sehr.

Empfehlung 1125 (1990)

betr. **neue Einwanderungsländer**

1. Nachdem die traditionellen Auswanderungsländer Südeuropas Ende der 70er Jahre die mit dem Auswanderungsstillstand und der Rückkehr ihrer Auswanderer verbundenen Konsequenzen erlebt hatten, begannen sie Mitte der 80er Jahre, die positiven Auswirkungen des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs zu spüren.

2. In diesen Ländern hat das Wirtschaftswachstum zu einem beträchtlichen Anstieg der Nachfrage nach unqualifizierten Arbeitskräften sowie zur Entwicklung einer sogenannten „im Dunkeln ablaufenden" wirtschaftlichen Tätigkeit geführt.

3. Für die Bevölkerung der Entwicklungsländer bieten die südeuropäischen Länder bessere Arbeits- und Lebensbedingungen als dies in ihren eigenen Ländern der Fall ist.

4. Die demographischen Ungleichgewichte zwischen den Mittelmeerländern fördern Wanderbewegungen aus außereuropäischen Ländern in südeuropäische Länder.

5. Die von den Industrieländern Nordwesteuropas verabschiedeten Einwanderungsbeschränkungen sowie verstärkte Grenzkontrollen sind für Einwanderer aus der Dritten Welt zusätzliche Gründe, sich in südeuropäischen Ländern niederzulassen.

6. Die Ankunft zahlreicher ausländischer Arbeiter, von denen einige illegale Einwanderer sind, hat die südeuropäischen Länder in neue Einwanderungsländer verwandelt.

7. Diese Umwandlung ehemaliger Emigrationsländer in neue Immigrationsländer ist ein komplexes Phänomen, das eine kohärente weltweite Immigrationspolitik erfordert und nicht allein durch verstärkte Grenzkontrollen verringert werden kann.

8. Die Versammlung stellt fest, daß die Erfahrungen der europäischen Industrieländer den neuen Gastländern von Nutzen sein können, obwohl die Integration der Auswanderergemeinschaften in die südeuropäischen Länder in vieler Hinsicht von den in den europäischen Industrieländern seit den 70er Jahren verfolgten Zielen abweicht.

9. Die Versammlung ist der Ansicht, daß alle Mitgliedstaaten des Europarates den neuen südeuropäischen Immigrationsländern zur Solidarität verpflichtet sind.

10. Die Versammlung verurteilt entschieden das erneute Auftreten von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in mehreren europäischen Ländern, das unter den Einwanderern zunehmend Opfer fordert.

11. Folglich empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

    i. zu untersuchen, in welcher Weise die von den europäischen Industrieländern im Bereich der Immigration gemachte Erfahrung den Behörden der neuen südeuropäischen Immigrationsländer bei der Lösung ihrer Probleme helfen kann;

    ii. die neuen Immigrationsländer zu ermutigen, ihren Verwaltungsapparat auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene an die durch die Ankunft der Wanderarbeitnehmer entstandene neue Situation anzupassen und dabei deren wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Eingliederung besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

    iii. im Hinblick auf die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und die damit einhergehende Ausbeutung der Wanderarbeitnehmer ein abgestimmtes Vorgehen zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern;

    iv. die laufenden Arbeiten im Bereich der zwischengemeinschaftlichen Beziehungen zu vertiefen und weiterzuentwickeln, insbesondere im Hinblick auf die Förderung der Eingliederung immigrierter Gemeinschaften in die Gastländer;

    v. die Konferenz der für Wanderbewegungsfragen zuständigen europäischen Minister aufzufordern, die Probleme der neuen Immigrationsländer auf ihrer nächsten Sitzung 1991 in Luxemburg zu erörtern;

    vi. einen umfassenden europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu erstellen, der auf den bereits vom Europarat geleisteten Arbeiten aufbaut.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der Republik Finnland, Mauno Koivisto

Präsident Koivisto: Herr Vorsitzender, Herr Vorsitzender des Ministerkomitees, Frau Generalsekretär, Werte Mitglieder der Generalversammlung, Meine Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich ihnen, Herr Vorsitzender, für ihre Einladung danken, hier vor diesem hohen Forum zu sprechen. Es ist für mich eine große Ehre und Genugtuung, mit ihnen Gedanken über die Zukunftsperspektiven unseres Erdteils auszutauschen. Die Beratende Versammlung des Europarats war die erste Institution in Europa, in dem Parlamentarier verschiedener Länder zusammentraten, um die Verwirklichung der edlen Ideale unserer Satzungen zu fördern: die parlamentarische Demokratie, die Freiheitsrechte des Individuums, die politischen Rechte sowie die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit.

Diese Ideale sind tief in der finnischen Gesellschaft verwurzelt. Finnland, das mehr als 600 Jahre lang dem schwedischen Reich und danach als autonomer Teil dem russischen Reich angehörte, hat während seiner gesamten Geschichte die nordischen Freiheits- und Menschenrechtstraditionen respektiert. Im Zuge einer Parlamentsreform im Jahr 1906 erhielten alle Finnen ungeachtet von Geschlecht und sozialer Stellung das Recht zu wählen. Damit war Finnland nach Neuseeland das zweite Land auf der Welt mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht. Unsere derzeitige, 1919 verabschiedete Verfassung ist eines der ältesten gültigen Grundgesetze Europas.

In diesem Zusammenhang möchte ich bekräftigen, daß Finnland die in den Satzungen des Europarats formulierten Prinzipien befolgen wird.

Die erste **Konvention**, die der Europarat verabschiedete, betraf die **Menschenrechte und die Grundfreiheiten**. Diese Konvention bildet zusammen mit ihren Institutionen, der Kommission und dem Gerichtshof für Menschenrechte, das umfassendste internationale System zur Gewährleistung der Menschenrechte.

Der finnische Außenminister wird dem Europarat morgen die Urkunden aushändigen, mit denen Finnland die Menschenrechtskonvention und ihre Protokolle ratifiziert. Zugleich wird er eine Erklärung abgeben, mit der Finnland das Recht seiner Bürger, Klage bei der Kommission einzulegen, sowie die Gerichtshoheit des Gerichtshofs bestätigt.

Finnland, das sich fast drei Jahrzehnte lang auf breiter Ebene an der Arbeit des Europarats beteiligt hat und seit einem Jahr Vollmitglied des Rats ist, ist bereit, sich aktiv an der Entwicklung der Rolle des Rats in unserem sich wandelnden Erdteil zu beteiligen.

Der Beschluß, **eine Brücke zwischen der Generalversammlung und den Parlamenten Mittel- und Osteuropas** zu bauen, war ein wichtiger Schritt in den Bemühungen, die Teilung Europas zu überwinden. Er hat unsere volle Unterstützung.

Ich bin davon überzeugt, daß der Europarat durch Aufnahme neuer Mitglieder wie auch durch Sonderregelungen für Nichtmitglieder eine wachsende Rolle in der gesellschaftlichen Evolution und der Festigung der Zusammenarbeit in Europa spielen wird.

Herr Vorsitzender,

Europa verändert sich. Diese Veränderung ist so schnell und tiefgreifend, daß vor einem Jahr wohl noch niemand eine derartige Kette von Ereignissen hätte voraussagen können. Alle, die sich als Experten für internationale Politik betrachten, müssen sich als Dilettanten fühlen.

Aber etwas noch nie Erlebtes ist dies nicht. Es ist durchaus möglich, stabile Entwicklungen vorauszusagen, Umwälzungen hingegen lassen sich nicht vorhersagen.

Hierzu ein Zitat aus der Geschichte: „Kein Prinzip des außenpolitischen Handels, das von den Staatsmännern noch vor sechs Monaten akzeptiert wurde, ist mehr in Kraft. Sämtliche Traditionen der Diplomatie sind weggewischt." Diese Worte sprach vor fast 120 Jahren der englische Premierminister Benjamin Disraeli, nachdem das deutsche Reich entstanden war und die europäische Politik sich neu formierte.

Veränderung befreit, aber zugleich bringt sie auch Unsicherheit und Spannungen mit sich.

Wir leben in einer Zeit, in der alte Unrechtmäßigkeiten beglichen werden und in der zugleich Vorwürfe wegen neuer Unrechtmäßigkeiten den Boden für neue Spannungen schaffen.

Während die bisherigen Konfrontationen weichen, treten **neue Konfrontationen** zum Vorschein wie auch alte, die bislang unter der Oberfläche geschwelt haben. Hierfür sind im derzeitigen Europa Anzeichen zu sehen.

Dennoch glaube ich, daß die positiven Entwicklungszüge überwiegen werden. Ich glaube, daß Europa zu einer beständigen Sicherheit heranreift.

Europa erfüllt jetzt die Verpflichtungen, die es **1975** in **Helsinki** eingegangen ist. Die **Schlußakte** legte das Fundament für die heutigen Veränderungen in den politischen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen auf unserem Kontinent.

Wohl kein anderer Faktor hat eine so große Rolle für die raschen Entwicklungen der letzten Zeit gespielt wie die Veränderungen, die sich in der Sowjetunion und ihrer internationalen Politik vollzogen haben. Aber zur Überwindung des Kalten Kriegs war vor allem ein neuer Geist des Einvernehmens zwischen Ost und West erforderlich.

Hier, vor dieser Versammlung, erläuterte **Präsident Gorbatschow** vor knapp einem Jahr seine Ansichten über die gemeinsame europäische Aufbauarbeit, eine Aufbauarbeit, denen die gemeinsamen Werte und Interessen der Länder zugrunde liegen. Die Spaltung in Blöcke und die Politik des Gleichgewichts der Stärke haben wir hinter uns zu lassen, so lautete die Botschaft von Gorbatschow.

Es liegt in der Natur dieses Entwicklungsprozesses, daß es für ihn keinen Schlußpunkt gibt. Nur dann kann Europa zusammenwachsen und der Frieden sich stabilisieren, wenn diese Arbeit konsequent fortgesetzt wird. Wir haben voneinander und aus unseren Erfahrungen zu lernen, um fähig zu sein, jene Möglichkeiten zur Verbesserung unserer Existenzbedingungen auszuschöpfen, die uns eine Entwicklung unserer Zusammenarbeit bietet.

Auch Rückschläge stehen uns bevor, aber mit ihnen können wir fertig werden, indem wir wichtigen Dingen die Priorität einräumen.

Es gilt jetzt, **die gemeinsamen Strukturen Europas zu stärken**. Dabei können wir uns auf jene Prinzipien und Erfahrungen stützen, denen wir schon unsere bisherigen Erfolge verdanken. Aber um die neuen Herausforderungen bewältigen zu können, haben wir die Methoden unserer Zusammenarbeit zu entwickeln.

Auch in den Jahren der widernatürlichen Spaltung Europas bekannten die Autoren der Prinzipien von Helsinki sich zur Vielgestaltigkeit Europas. Sie gestanden den Völkern das Recht auf nationale Identität und Selbstbestimmung zu, damals wie auch für die Zukunft.

Indem wir uns damals den Menschenrechten verpflichteten, entfesselten wir zugleich jene kreativen Kräfte, die dem Streben des Individuums nach einer besseren Welt innewohnen. Wir gaben dem Individuum jene Schlüsselposition, die zum Aufbau des geistigen und materiellen Wohlergehens in Europa benötigt wird.

Die Teilnehmerländer an der **Bonner Wirtschaftskonferenz der KSZE** stellten gemeinsam fest, daß sich politischer Pluralismus und Marktwirtschaft gegeneinander bedingen.

Es ist ermutigend zu sehen, daß die politischen Richtungsänderungen in den Ländern Ost- und Mitteleuropa sich geordnet vollzogen haben.

Mehrparteiendemokratie, Rechtsstaatlichkeit und Respektierung der Menschenrechte fördern die Entwicklung und Erneuerung der Wirtschaft. Dies wiederum ist das Fundament für sozialen Fortschritt und für stabile, friedliche Beziehung in ganz Europa.

Dem politischen Pluralismus und den Kräften des Markts ist die Bürde großer Erwartungen aufgelastet worden.

Indem die Demokratisierung voranschreitet und die Zusammenarbeit sich vertieft, ist ganz Europa besser für den uns bevorstehenden wirtschaftlichen Strukturwandel gerüstet.

Wie auch in Bonn konstatiert wurde, vollzieht sich in Europa ein tiefgreifender und schneller Wandel. Westeuropas Herausforderung ist die **wirtschaftliche Integration**. Für Mittel- und Osteuropa geht es vor allem um die Gesundung der Wirtschaft. Europa kann nicht die Früchte der Überwindung der politischen und ideologischen Spaltung ernten, solange die Kluft der wirtschaftlichen Disparitäten erhalten bleibt oder sogar noch wächst.

Auf der Bonner Konferenz zeigte sich, daß die Länder Europas nicht nur die Gelegenheit zu einer effektiven und ausgewogenen Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit begreifen, sondern auch die Verantwortung, die sich aus ihr ergibt. Die Märkte können nur dann funktionieren, wenn wir offen sind und nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit handeln.

Den **Übergang zur Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa** können wir durch Schaffung eines ganz Europa umfassenden, gemeinsamen Wirtschaftsraums fördern. Zugleich haben wir einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erneuerungsprozeß zu unterstützen. Dies ist eine wesentliche Komponente des Zusammenwachsens der europäischen Wirtschaften. Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Einführung von umweltschonenden Technologien wären der beste Beweis dafür, daß die Europäer sich für die gemeinsame Sache engagieren. Nur mit gemeinsamen Anstrengungen können wir die geschädigte Umwelt für die kommenden Generationen retten.

Der **Rüstungswettlauf** ist zu einer wirtschaftlichen Bürde für Europa geworden. Jetzt stehen wir vor der politischen Chance wie vor dem wirtschaftlichen Zwang, unsere militärischen Investitionen und ihre Bedeutung für unsere Sicherheit neu zu überdenken.

Indem sich zugleich bei den Abrüstungsverhandlungen historische Resultate abzeichnen, haben wir die Möglichkeit erhalten, die endlose Kette der militärischen Aufrüstung und Modernisierung zu durchbrechen.

Europa ist allmählich bereit, sich vom Joch jener Überrüstung zu befreien, deren Geisel es so viele Jahre und Jahrzehnte gewesen ist.

Die Länder Europas ziehen Schlußfolgerungen aus der Belastung, die die Rüstung für ihre Haushalte darstellt. Zuerst tun dies jene Länder, die gemessen an ihrer Wirtschaftskraft übergroße Lasten zu tragen hatten und die jetzt die Hindernisse für eine Umstrukturierung und Belebung ihrer Wirtschaften aus dem Weg zu räumen haben.

Ein ebenso wichtiger Aspekt ist, daß die **Abrüstung** die militärischen Realitäten verändert. Die neue strategische Konstellation verringert und eliminiert die militärische Instabilität und die Gefahr von Konflikten.

Die Wiener Unterhändler haben die Chance, ihren Mandaten gerecht zu werden und auf vertraglichem Wege die Gefahr von Überraschungs- und Großangriffen in einem Gebiet zu beseitigen, in dem die militärische Konfrontation in den Jahrzehnten der europäischen Spaltung Sinnbild und Nährboden für Bedrohungsängste war.

Eine einschneidende Abrüstung erhöht letztlich deshalb die Sicherheit, weil mit ihr eine effektive Überwachung, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sowie wachsende Offenheit verbunden sind. Den KSZE-Unterhändlern in Wien kommt eine wichtige Rolle bei der Ausweitung dieses Systems zu.

Die Abrüstung und die neuen Sicherheitsarrangements sind desto glaubhafter, je mehr militärische Offenheit sie beinhalten.

Die Staaten brauchen jetzt nicht mehr auf dem Fundament von Mißtrauen oder Unsicherheit zu agieren. Nun haben sie auch die Möglichkeit, ihren Nachbarn und anderen Ländern offen entgegenzutreten und ihnen ihre friedlichen und aufrichtigen Absichten zu zeigen.

Dies ist Sicherheit durch Zusammenarbeit.

In den Kreisen der Militärallianzen hat eine Suche nach neuen Rollen und Aufgaben begonnen. Hier bieten sich Sachkomplexe an wie Rüstungskontrolle sowie Verifizierung der Vertragserfüllung. Diese Entwicklung ist zu begrüßen.

Wir befinden uns in einem **Stadium des Übergangs,** das lange dauern kann.

Europa tut historische Schritte, aber es ist noch ein weiter Weg bis zum Ziel.

Der allgemeine Trend geht in Richtung wachsende Stabilität, aber es ist erkennbar, daß die Stabilität nicht unbedingt alle Ecken unseres Kontinents erfaßt und die Entwicklung nicht ohne Störungen verlaufen wird.

Die Konfrontation zwischen Ost und West verringert sich, aber nach wie vor tragen die militärischen Großmächte die größte Verantwortung für die Sicherheit in Europa. Die **Vereinigung Deutschlands** ist eine wichtige Bewährungsprobe für ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit.

Es ist möglich, daß aus regionalen Faktoren erwachsende Instabilitäten oder Konflikte in Europa künftig eine zunehmende Bedeutung erhalten. Die Pflege guter nachbarschaftlicher Beziehungen wird sich in Zukunft relevant auf die Erhöhung von Sicherheit und Stabilität auswirken.

Gemeinsame Sicherheitsarrangements funktionieren, wenn die Nachbarn und Rivalen bereit sind, einander entgegenzukommen und die zwischen ihnen bestehenden Probleme zu lösen. Eine gemeinsame Institution kann uns die Lösung dieser Probleme nicht abnehmen.

Wir begrüßen die in Mittel- und Osteuropa erkennbaren Bestrebungen zu einer neuen, die früheren Hin-

dernisse überschreitenden und über die bisherigen Formen hinausgehenden regionalen Zusammenarbeit und zur Lösung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten.

Ein **Grundprinzip der finnischen Politik** ist die **Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit den Nachbarländern**. Wir sind bestrebt, die Sicherheit und Stabilität in Nordeuropa und im Ostseeraum zu fördern. Dieser Teil Europas bildet das zentrale Umfeld für unsere nationale Sicherheit.

Wir verfolgen mit Sorge und mit Sympathie die **Bestrebungen der baltischen Völker**, die richtigen Prozeduren für die Erreichung der Unabhängigkeit zu finden, wozu ihnen auch die sowjetische Verfassung das Recht einräumt. Unsere eigene Erfahrung weist darauf hin, daß man zu versuchen hat, mit einem großen Nachbarn auf dem Wege von Verhandlungen dauerhafte Lösungen zu erreichen, die den Stürmen der Zeit standhalten.

Ich spreche hier als Vertreter eines Volks, für das größere Mächte das gleiche Schicksal vorgezeichnet hatten wie für die baltischen Nationen, das aber einen anderen Weg beging, einen Weg, der zuerst große Schwierigkeiten brachte und zahlreiche Opfer verlangte, der aber später in eine haltbare Beziehung mit unserem großen Nachbarn mündete. Die Sowjetunion ist für uns zu einem guten Nachbarn geworden.

Die Geschichte kann nicht ungeschehen gemacht werden, aber jetzt gälte es, voll von jenen neuen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, die das neue Europa allen Ländern und Nationen bietet.

Das Fundament für die Sicherheit wächst Hand in Hand mit den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Europa wie auch als Resultat dieser Veränderungen. Indem wir aus Erfahrungen lernen, können wir eine neue und stabile Sicherheitsordnung schaffen.

Wenn wir heute von **einer neuen, gemeinsamen Sicherheitsordnung in Europa** sprechen, dann haben wir diese im Lichte der Gesamtentwicklung zu sehen.

Indem Europa sich verändert, werden immer mehr Aufgaben an gemeinsame Sicherheitsarrangements, Prozeduren und Institutionen übertragen. Mit der Zeit kann aus einem derartigen gemeinsamen System eine zentrale Garantie für die nationale wie für die internationale Sicherheit werden.

Der **KSZE** kommt eine zentrale Rolle bei der Beherrschung des gegenwärtigen Veränderungsprozesses zu. Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß die KSZE zentrale Strukturen für die künftige Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit bietet.

Finnland setzt sich schon seit langem für eine schrittweise Stärkung der KSZE ein. Wir befürworten die Idee, in regelmäßigen Intervallen Konferenzen der Außenminister der KSZE-Länder zu veranstalten. Dies ist eine Frage, die auf die Tagesordnung der für Ende dieses Jahres geplanten KSZE-Gipfelkonferenz gesetzt werden könnte.

Finnland hat als neutrales Land von Anbeginn an eine aktive Rolle im KSZE-Prozeß gespielt. Wir sind stolz, daß dieser Prozeß den Namen unserer Hauptstadt trägt, des Austragungsorts der ersten Gipfelkonferenz.

Indem der KSZE-Prozeß in eine neue Phase übergeht, sehen wir für uns neue Möglichkeiten wie auch neue Aufgaben.

Die Rolle der KSZE als ein Instrument zur Bewältigung der neuen und wachsenden Herausforderungen sollte gestärkt werden. Finnland ist bereit, seinen eigenen Beitrag hierzu zu leisten und seine Dienste für diese Entwicklungsarbeit anzubieten.

Als Gastgeberland der **1992 in Helsinki** beginnenden **Folgekonferenz** empfinden wir eine große Verantwortung. Wir erwarten, daß auf dieser Konferenz dem KSZE-Prozeß neue Ziele gesetzt werden und daß auf ihr die von den Teilnehmerländern für nützlich erachteten Beschlüsse über neue Prinzipien, Arbeitsweisen und Institutionen gefaßt werden.

1992 werden in Helsinki, so hoffen wir, neue Schilder an dem Weg für Europa aufgestellt, der 1975 in Helsinki eingeschlagen wurde.

Tagesordnungspunkt:

Die Situation in der Deutschen Demokratischen Republik

(Drucksache 6219)

Berichterstatter: Abg. Lambie (Großbritannien)

Prof. Dr. Soell (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich dem Berichterstatter wie auch den beiden Kollegen, die in diesem Ad-hoc-Unterausschuß tätig waren, dem Kollegen Sager und dem Kollegen Seitlinger, meinen Dank für ihre Mission und, was den Berichterstatter anlangt, natürlich auch für die sehr gute Zusammenfassung aussprechen, die ja angesichts der Kürze der Zeit besonders lobenswert ist.

Das, was in der DDR und in den anderen Ländern im östlichen Mitteleuropa und in Südeuropa in den letzten sieben oder acht Monaten geschehen ist, grenzt nach wie vor an ein Wunder: eine **friedliche Revolution, die große Chancen für unseren Kontinent eröffnet hat**, nicht nur für die Deutschen, sondern auch für unsere europäischen Nachbarn.

Neben diesen großen Chancen gibt es natürlich auch unübersehbar große Probleme. Zu den wirtschaftlichen Problemen werde ich gleich etwas sagen; lassen Sie mich zunächst aber über die seelischen Verwüstungen sprechen, die durch mehr als vier Jahrzehnte Parteiherrschaft und Stasi-Diktatur über die Menschen in der DDR gekommen sind, worüber unsere Kolleginnen und Kollegen aus der DDR noch sehr viel genauer Bescheid wissen. Ich nenne nur ein Beispiel: **Probleme wie Fremden- und Ausländerfeindlichkeit,** die in jeder offenen Gesellschaft des modernen Europa auftauchen, sind dort über Jahrzehnte hinweg als nicht existent betrachtet worden. Man hat sie ein-

fach unter den Teppich gekehrt, aber jetzt treten sie mit vermehrter Kraft auf.

Deswegen sind, so meine ich, **die politischen Leistungen** um so höher zu bewerten, **die die Gruppen aus der Friedens- und Ökologiebewegung**, aber auch aus den neugegründeten Parteien und aus den Kirchen in den letzten Jahren und Monaten in der DDR **vollbracht haben**, Leistungen, die angesichts eines zerbrechenden Regimes besonders hoch eingeschätzt werden müssen. Wenn man weiß, daß ganze Gemeindeverwaltungen desertiert sind, daß in manchen Städten und Gemeinden die Voraussetzungen für die freien Wahlen im praktischen Sinne nicht gewährleistet waren, daß z. B. Wahllisten nicht zustande gekommen wären, wenn diese Gruppen oder wenn Pfarrer nicht eingesprungen wären, dann ist diese Leistung um so mehr zu bewundern. Jedenfalls zeigen die Wahlen vom 18. März wie auch die Kommunalwahlen vom vergangenen Wochenende, eine wie starke Basis der demokratische Gedanke in der DDR inzwischen gewonnen hat.

Zu den wirtschaftlichen Fragen muß man sagen, daß es natürlich in der DDR auch in Erwartung der **Währungsreform vom 2. Juli** große Befürchtungen hinsichtlich sozialer Brüche gibt, und diese werden nicht völlig zu vermeiden sein. Es bedarf großer Anstrengungen, daß sie nicht sehr tief geraten und nicht sehr lange anhalten.

Der Bericht spricht in Punkt 21 zu Recht davon, daß die Emphase, mit der in der Bundesrepublik die Entwicklung in der DDR und die Chance der Vereinigung am Ende des letzten Jahres begrüßt worden ist, inzwischen abgenommen hat. Natürlich wird darüber diskutiert, wie groß die wirtschaftlichen Lasten für die Bundesrepublik sind, wie lange sie zu tragen sind und von wem sie zu tragen sind.

Es ist klar, daß die Hauptlast von der Bundesrepublik zu tragen ist. Aber gerade in diesem Hohen Hause, möchte ich unsere europäischen Kolleginnen und Kollegen dazu ermuntern, in ihrer öffentlichen Meinung deutlich zu machen, daß die DDR mit ihrem Investitionsbedürfnis für die deutschen Unternehmen nicht eine — wie unsere französischen Freunde sagen — chasse gardée ist, sondern daß sich die Investitionsmöglichkeiten dort mittel- und längerfristig für viele unserer europäischen Nachbarn auszahlen werden und daß wir Deutschen besonders daran interessiert sind, daß diese Möglichkeiten für private Investitionen auch genutzt werden.

Wir werden, was die **internationale Einbettung des vereinigten Deutschland** angeht, bis Herbst dieses Jahres sicherlich nicht alle Probleme gelöst haben, aber ich bin auch gegen eine Entkoppelung der inneren und der äußeren Aspekte der Vereinigung. Das heißt, wir sollten darauf dringen, daß wir bis zum Herbst möglichst viele Probleme gelöst haben und daß wir auch hier in diesem Hause — da stimme ich der Entschließung besonders zu — dann schon über bestimmte Ergebnisse und über das, was sich aus diesen Ergebnissen an Zukunftschancen ergibt, debattieren können. Jedenfalls scheinen mir die unterschiedlichen Positionen etwa in der **Frage, welchen Bündnissen das vereinigte Deutschland angehören wird**, überwindbar zu sein; das Problem ist lösbar, wenn man neben den vorhandenen Bündnissen auch einen Einstieg in eine übergreifende Sicherheitsstruktur für Gesamteuropa schafft und auf diese Weise zumindest mittelfristig die Schwierigkeiten überwindet.

Im übrigen erinnere ich mich, wenn ich den Kollegen Sager sehe, an eine Diskussion vor dreieinhalb Jahren. Damals legte er seinen ersten Bericht über die Kontakte zu den Nichtmitgliedern in Osteuropa vor, und wir haben eine Diskussion darüber geführt, in welchem Umfang wir alle Mitglieder der KSZE unter das Dach des Europarates bringen können. Damals sind die ersten Gedanken dazu, wie wir dies machen können, aufgetaucht. Inzwischen haben uns die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse überholt, aber der Europarat hat gezeigt, daß er flexibel handeln kann, daß er aus seinem Dornröschenschlaf erwacht ist und daß wir jetzt den neuen Demokratien in Osteuropa einschließlich der DDR eine Brücke bieten können. Dafür danke ich gerade den Kollegen, die diesen Bericht mit erarbeitet haben, auch und insbesondere dem Berichterstatter, dem Kollegen Lambie.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht des Kollegen Lambie hat sehr umfassend die Probleme dargestellt, die in den beiden deutschen Staaten und in dem laufenden Vereinigungsprozeß eine Rolle spielen. Er hat aber einen Aspekt, der gerade in diesen Tagen aktuell geworden ist und auf den ich zu Beginn kurz eingehen möchte, nicht erwähnt.

Es gibt einen Vorschlag der Sowjetunion, die deutsche Vereinigung im Innern schnell vorankommen zu lassen, aber die **Frage des außenpolitischen Status des wiedervereinigten oder neuvereinten Deutschlands** offenzulassen, zumindest in der Diskussion zu lassen, sozusagen beschränkte Souveränitätsrechte für das neuvereinte Deutschland vorzusehen.

Ich erachte eine solche Entwicklung als außerordentlich gefährlich, denn ich bin der Meinung, daß ein neuvereinigtes Deutschland von Anfang an klare außenpolitische Positionen, sicherheitspolitische Positionen einzunehmen hat und daß man das nicht einem längeren Diskussionsprozeß überlassen kann, der es immer wieder erlauben würde, daß in Mitteleuropa Krisen ausgelöst werden. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß der innenpolitische Prozeß durchaus langsamer vor sich gehen kann. Die Vereinigung muß zwar schnell erfolgen, aber die Ausgestaltung kann nicht von heute auf morgen durchgeführt werden; das ist ganz klar. Wir brauchen uns nur an den Prozeß nach dem Beitritt des Saarlandes nach Artikel 23 des Grundgesetzes erinnern, der auch über zweieinhalb Jahre dauerte, wobei das Saarland von der Größenordnung her natürlich überhaupt nicht mit dem Gebiet der heutigen DDR vergleichbar ist.

Lassen Sie mich ein zweites Thema anschneiden, das im Bericht erwähnt wird und das immer wieder Schlagzeilen macht — wofür ich eigentlich gar kein Verständnis habe —, nämlich die **Frage der polnischen Westgrenze** bzw. der Grenze zwischen einem vereinten Deutschland und Polen. Ich glaube, es gibt in dieser Frage bei allen politischen Kräften keinen Zweifel, daß die Grenze zwischen Polen und dem ver-

einigten Deutschland die Grenze an Oder und Neiße darstellt. Es gibt den Warschauer Vertrag, es gibt eine klare Entschließung des Deutschen Bundestages, es gibt klare Erklärungen der Bundesregierung. Warum also immer wieder diese Frage gerade von polnischer Seite? Das erweckt bei mir natürlich den Verdacht, daß das andere Hintergründe als die Grenzfrage haben muß. Könnte es vielleicht mit der Ostgrenze Polens in Zusammenhang stehen, deren Status ja auch im Rahmen des KSZE-Prozesses geklärt werden muß? Oder hängt es vielleicht damit zusammen, daß das Hauptquartier der russischen Truppen in der DDR auf ehemaligem deutschen Gebiet im heutigen Polen liegt, nämlich in Niederschlesien? Es ist ja sehr eigenartig, daß das Hauptquartier der russischen Truppen nicht in der DDR, sondern auf polnischem Gebiet liegt. Das könnte durchaus zu Interpretationsmöglichkeiten von russischer Seite her führen. Das veranlaßt mich zu fordern, doch von der polnischen Seite her mit der russischen Seite einmal zu klären, wie dieser **Status der russischen Truppen in Polen** geklärt werden kann.

Lassen Sie mich drittens schließlich die Frage anschneiden, wie es ermöglicht werden kann, **die Demokratie in der DDR möglichst schnell voranzutreiben,** denn das ist nicht ganz leicht. Wir haben das vor kurzem gesehen. Es gab bestimmte Bereiche, in denen die Parteien überhaupt keine Kandidaten für die Kommunalwahlen aufstellen konnten. Das ist auch ganz verständlich, denn es gab dort 58 Jahre lang keine Demokratie. Die letzten demokratischen Wahlen haben 1932 stattgefunden. Jemand, der demokratische Erfahrungen hat und der heute in der Deutschen Demokratischen Republik als Demokrat tätig werden will, muß fast 80 Jahre alt sein. Im Westen war das etwas einfacher, weil die Zeit der Diktatur nur zwölf Jahre dauerte und die Parteien auf die Verfolgten aus dem Dritten Reich, auf diejenigen, die vor 1932 politisch tätig waren, wieder zurückgreifen konnten. Das ist in der DDR sicher schwieriger, und zwar auch deswegen, weil es dort natürlich einen **Staatssicherheitsdienst** gegeben hat, der von vornherein alle demokratischen Bestrebungen eliminiert hat.

Es war ein System, das sich viele nicht vorstellen können. Ich will nur eine Zahl nennen. Die Gestapo des Dritten Reiches, eines faschistischen oder nationalsozialistischen Imperiums, umfaßte nur 35 000 hauptamtliche Beamte. Das war nur ein Drittel der Bediensteten, die hauptamtlich für 16 Millionen Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik im Stasi vorhanden waren.

Ich darf hier eine ganz persönliche Erinnerung anfügen. Ich bin ein einziges Mal in meinem Leben in der DDR gewesen, nämlich im Jahre 1954 anläßlich eines Schwimmvergleichskampfes zwischen den Universitäten München und Jena. Weil ich als junger Student drüben politisch diskutiert habe, habe ich ein Jahr später, als der zweite Schwimmvergleichskampf stattfinden sollte, keine Einreisegenehmigung mehr bekommen. Der Stasi hatte längst alles festgehalten und dafür gesorgt, daß nicht noch einmal ein so „subversives Element" in diesen Staat einreisen konnte. Wenn Sie sich dieses Beispiel vor Augen führen, dann wissen Sie, welche Macht der Kontrolle dort vorhanden war.

Ich bin der Meinung, daß dieses Problem noch nicht gelöst ist. Die Menschen, die die Verantwortung für Folterungen, für Morde hatten, gibt es noch dort drüben. Da kann es keine Amnestie geben. Diese Leute wurden zum Teil mit hohen Abfindungen ausgestattet. Sie konnten teure Villen kaufen. Die **Frage der Eigentumsverhältnisse in einem neuvereinten Deutschland** bedürfte auch unter diesem Gesichtspunkt durchaus einer Erörterung. Das macht uns klar, daß der innere Prozeß hin zur Vereinigung gar nicht so einfach sein wird, sondern eine längere Wegstrecke in Anspruch nehmen wird.

Unsere Aufgabe als Parlamentarier im Europarat aber muß es sein, diesen Prozeß zu unterstützen, und zwar nicht nur auf nationaler Ebene, denn wir wollen ja nationale Grenzen überwinden, wir wollen ja europäisch arbeiten. Deswegen sollten alle Demokraten in Europa diesen Prozeß mit tätiger Hilfe begleiten. Der Kollege Soell hat in seinem Beitrag zu Beginn der Debatte gesagt, die anderen Mitgliedsländer des Europarats und nicht nur Firmen aus der Bundesrepublik sollten in der heutigen DDR investieren. Ich meine, alle Demokraten in Europa, in den Mitgliedsländern des Europarates sollten ihr Engagement für die Demokratie, ihre Hilfe für die Demokratie investieren, damit wir alle gemeinsam eine gute Zukunft in diesem europäischen Haus haben.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir erleben heute einen wichtigen Tag. Es ist sicher richtig, daß die Grundvoraussetzung für wahre und wirkliche Völkerfreundschaft die Wahrheit ist, und so ist dieser heutige Tag auch ein Tag der Wahrheit. Wir alle, die wir heute hier sind, wir alle, die wir in dieser Gesellschaft leben, können die Geschichte nicht umkehren; Geschichte ist eben Geschichte, ein Zeichen dafür, daß etwas geschieht. Doch sage ich all denen, die sich kritisch geäußert haben: Wer Selbstbestimmung sagt, wer Selbstbestimmung will, der buchstabiert gleichzeitig Souveränität, und zwar volle Souveränität. Dies sage ich als Hinweis darauf, daß das eine oder andere eine historische Tatsache ist, die man vielleicht meiner Generation noch anlasten kann — ich war damals, als der Krieg zu Ende war, gerade elf Jahre alt —, die wir aber unseren Kindeskindern nicht mehr anlasten können, obwohl ich davon überzeugt bin, daß die historische Schuld, die wir Deutschen zu tragen haben, eine schwere Bürde ist.

Meinem sehr geschätzten Kollegen Lambie möchte ich für seinen Bericht danken. Ich möchte ihm deswegen danken, weil ich, als ich den Bericht las, sehr darüber erfreut war, daß jemand, der geographisch sehr weit von uns entfernt ist, zu diesen klaren Einsichten gekommen ist. Zusätzlich habe ich das Gefühl gehabt, daß ich davon ausgehen kann, daß er voll und ganz hinter seinem Bericht steht, und dafür meinen Dank! Er hat sich sehr differenziert zur deutschen Frage geäußert.

Hinzufügen möchte ich: Ich verstehe diejenigen, die sich Sorgen um die **Beziehungen Gesamtdeutsch-**

lands zu den anderen europäischen Völkern machen. Dies läßt sich schon aus der Größe, Stärke und zentralen Stellung dieses neuen Deutschland ableiten. Ich weiß, noch leben Menschen, die den Krieg erlebt haben. Ihr Mißtrauen ist verständlich. Sie haben Furcht vor den Deutschen und vor einem großen Deutschland. Unsere Aufgabe, die der Mitglieder des Europarates, ist es, gemeinsam daran zu arbeiten, diese Furcht zu überwinden.

Doch noch mehr Menschen ist bewußt, was 40 Jahre stalinistische Zwangsherrschaft und Bespitzelung in dieser „Volksdemokratie" DDR bewirkt haben. Der Weg zu einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie ist ein steiniger Weg. Er ist aber auch gleichzeitig eine Übungsstrecke, und weil er auch eine Übungsstrecke ist, müssen wir, die wir Glück hatten — das sage ich jetzt für die Deutschen in der Bundesrepublik —, Verständnis für diejenigen haben, die sich der Aufgabe unterziehen müssen, diesen Weg zu gehen.

Diejenigen, die jahrelang das Volk geknechtet haben, nämlich die Machthaber der SED, verstehen sich heute als die Bewahrer von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit und nennen sich „Partei des Demokratischen Sozialismus". Ich habe Schwierigkeiten, das zu verstehen, und ich habe noch mehr Schwierigkeiten, von vornherein einzusehen, daß diejenigen, die die Machthaber, die in dieser Partei die Inhaber der zentralen Funktionen waren, heute sämtlich geläutert sind und feststellen, was alles falsch war und was geändert werden muß. Auch dies ist realer Alltag!

Sicher, es hat sehr viele Mitläufer gegeben. Mitläufer gibt es überall. Ich bin auch dafür, jetzt nicht grundsätzlich eine Hatz auf Menschen zu machen. Doch eines sage ich: Die Verantwortlichen, die damals die Losung ausgaben, so und so zu verfahren, dürfen nicht ungestraft davonkommen. Auch dies muß festgehalten werden.

Mein Kollege Heltzig hat dargelegt, wie sich der **Ablauf des Einigungsprozesses** nach allen vorhandenen Kenntnissen vollziehen sollte, und er hat gleichzeitig die einzelnen Problembereiche genannt. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Ich teile seine Auffassung und signalisiere unsere Unterstützung für diesen Einigungsprozeß, wie er dargestellt wurde.

Ich habe den Begriff „Prozeß" gewählt, um allein durch diese Wortwahl bewußt zu machen, daß jeder etwas einzubringen hat und daß jeder etwas aufgeben muß. Gleichzeitig gilt es aber, das Gemeinsame, das vorhanden ist — wobei die freiheitliche Grundordnung der Maßstab sein muß —, einzubringen und daraus das zu schmieden, was wir dann als ein gemeinsames Deutschland betrachten. Dabei ist die Frage, ob der Einigungsprozeß gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes erfolgt oder über Artikel 146 läuft, zwar wichtig, letztlich aber doch zweitrangig.

Eine in der Tat wichtige Frage ist die **Einbindung der neuen deutschen Republik in künftige grenzüberschreitende Sicherheitsstrukturen.** Der Vorschlag der Entkoppelung, von der UdSSR gemacht, ist keine Lösung dieser Frage. Wir müssen bestehende Bündnisse hinterfragen und müssen prüfen, welchen Anforderungen sie zu genügen haben. Die **Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa** erfordert die Einbindung aller Staaten als — das möchte ich betonen — gleichwertige Partner. Alles andere, was das Prinzip der Gleichwertigkeit verletzt, ist für mich keine Neuordnung im Sinne demokratischer Strukturen.

Es geht um das gemeinsame europäische Haus, in dem wir Deutschen gleichberechtigt wohnen wollen. Die Friedensordnung, die wir uns gemeinsam geben wollen, muß Stabilität und Internationalität gleichzeitig garantieren. — Herzlichen Dank.

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Deutschen sind selbstverständlich dankbar für die politische Entwicklung des letzten Jahres, sind aber ganz speziell für die Debatte dankbar, die wir heute hier erleben dürfen. Wenn wir hören, daß unser Kollege Wilkinson an einem Bericht seines Unterhauskollegen Lambie auch nicht ein einziges Wort ändern möchte, und wenn Lord Mackie dasselbe zum Ausdruck bringt: Was kann uns eigentlich Besseres passieren, als diese Einigkeit hier zur Kenntnis zu nehmen und zu hören, wie sehr man auf unserer Seite, auf der Seite der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen steht?

Aber dies alles war ja wohl ein sehr steiniger Weg. Dieser Weg begann mit der Bildung des Europarates. Ja, meine Damen und Herren, wir sollten dieses Selbstbewußtsein auch hier an den Tag legen. Lord Mackie erinnerte an die Luftbrücke. Alles, was sich unsere Landsleute in der DDR in ihrer friedlichen Revolution erkämpft haben, konnten sie tun, weil sie sich an einem Leuchtturm der Freiheit orientieren konnten, der hier im Westen errichtet worden ist. Wir sollten auch diese Seite bedenken, um festzustellen, welche großartige Entwicklung der Freiheit sich auf unserem Kontinent in den letzten vier Jahrzehnten ergeben hat.

Ein guter Deutscher sein, heißt ein guter Europäer sein. Dieses Wort hat uns damals jungen Deutschen Konrad Adenauer in unser Stammbuch geschrieben. Er hat zusammen mit Robert Schumann auf Anregung von Winston Churchill, de Gasperi diesen Weg eingeleitet, dessen Ziel wir so viele Schritte nähergekommen sind.

Deutschland und mit ihm Europa steht jetzt vor einer ganz großartigen Aufgabe, vor einer bisher einmaligen Aufgabe in Europa und, ich glaube, in der Welt, nämlich mit der **Bildung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** eine zentrale Planwirtschaft auf das System der sozialen Marktwirtschaft sowie eine totalitäre Ein-Parteien-Herrschaft in eine **pluralistische Demokratie** umzustellen. Es ist eine gewichtige Aufgabe, die jetzt vor uns allen in Deutschland liegt. Wir brauchen dabei wie auf dem Weg bis hierher auch in Zukunft die Solidarität Europas. Ich bin überzeugt, daß das heute erwähnte **europäische Wirtschaftswunder** zustande kommen und dem gesamten Kontinent dienen wird.

Ich teile die Ansicht derjenigen, die meinen, die deutsche Einheit müsse jetzt schnell verwirklicht werden. Das entspricht auch dem Wunsch der überwiegenden

Mehrheit der Menschen in der DDR, die dies bei den Wahlen zum Ausdruck gebracht haben. Der schnelle Weg zur Einheit führt nur über Artikel 23 des Grundgesetzes, also den **Beitritt der DDR zum Grundgesetz**. Bei diesem Beitritt handelt es sich aber nicht, meine Damen und Herren, wie hier und da behauptet wird, um eine Vereinnahmung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur Einheit ist für die Menschen in der DDR kein Weg nach Kanossa. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Die Entscheidung über den Beitritt ist allein Sache der DDR. Sie erfolgt in freier Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR. Der Beitritt ist aber die Manifestation der politischen Freiheit und des nationalen Freiheitswillens der Deutschen in der DDR und nicht ihre angebliche Überwältigung durch die Bundesrepublik Deutschland.

Der Beitritt verhindert keineswegs, Anpassungsspielräume für die näheren zeitlichen und gesetzlichen Qualitäten im Sinne von Übergangsregelungen zu klären.

Die Deutschen im Westen haben in vier Jahrzehnten eine stabile Demokratie aufgebaut, die ihr Grundgesetz mit Leben erfüllt hat und weltweit bestehen kann. Die Deutschen haben auch — daran sei erinnert — einen Beitrag zur Verteidigung des Westens geleistet, der mithalf, auch anderen die Freiheit zu bewahren, und sie haben die Freiheit vor die Einheit gestellt. Jetzt, wo beides, Freiheit und Einheit, verwirklicht werden kann, verdienen sie, so meine ich, das Vertrauen für beides. Ich freue mich, daß dies heute hier so deutlich zum Ausdruck kam.

Die Deutschen in der DDR haben die friedlichste Revolution in der Geschichte Europas gewagt und gestaltet. Beide zusammen, diese Deutschen in der Bundesrepublik und diese Deutschen in der DDR, sind kein nationalistisches Ungeheuer, sondern ein friedliches demokratisches Volk, das seinen Beitrag zum gemeinsamen Europa leisten wird und will.

Danke.

Reddemann (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen, meine Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich bei unserem Berichterstatter, Herrn Lambie. Ich hatte bisher nie Gelegenheit, ihm ein Wort des Dankes zu sagen. Ich tue das jetzt um so lieber. Ich bedanke mich ebenso bei seinen Mitstreitern — so möchte ich es einmal sagen —, bei Herrn Seitlinger und bei meinem Freund Peter Sager.

Dies ist ein sehr diffiziler Bericht, der vorgelegt wurde. Für jemanden, der seit mehr als 20 Jahren in der Deutschlandpolitik tätig ist, muß ich sagen: Ich habe gestaunt, so wenige Irrtümer gefunden zu haben. Selbst in den Berichten, die meinem eigenen Parlament zu diesem Thema vorgelegt wurden, war manches Mal etwas mehr als das zu korrigieren, was ich hier kritisch anmerken mußte. Ich will deswegen auch keine besondere Kritik üben. Ich möchte allenfalls eine Ergänzung machen:

Sie haben, Mr. Lambie, in Ihrem Bericht auf die Tätigkeit der neuen Organisationen und Bürgerbewegungen im vergangenen Jahr hingewiesen; das akzeptiere ich gerne. Aber Sie haben, glaube ich, übersehen, daß in den beiden demokratischen Parteien, in der Christlich-Demokratischen Union und in der Liberaldemokratischen Partei, viele Demokraten — ich hätte fast gesagt: überwintert haben — sich selbst die Chance gegeben haben, für die Demokratie in kleinen Zirkeln zusammen zu sein, obwohl man an die Spitze dieser Parteien korrupte Elemente gestellt hat, die den wirklichen Willen der Parteien nie repräsentiert haben. Ich bin sicher, daß ohne die gefährliche Tätigkeit dieser Menschen in den Parteien die friedliche Revolution nicht in der Weise hätte erfolgen können, wie sie erfolgt ist. Aus diesem Grunde möchte ich das Gesagte als Ergänzung zu Ihrem Bericht bemerken.

Meine Damen, meine Herren, nachdem ich im **Wahlkampf zur Volkskammer** in einem kleinen Eichsfeldischen Dorf in der Sperrzone, in Mackenrode, sprach, wurde ich von Freunden eingeladen. Die Dame des Hauses, 63 Jahre alt, sagte mir: Ich fühle mich wie ein junges Mädchen; ich darf zum erstenmal in meinem Leben wählen. Ich glaube, dies hat mich zunächst schockiert, obwohl es ja nachvollziehbar war.

Es waren Menschen ein ganzes Leben lang — erst durch den Nationalsozialismus, dann durch den Kommunismus — gehindert, ihre freie Meinung zu sagen und für die Freiheit einzutreten. Daß nachher 93 Prozent der Bevölkerung zur Wahlurne gegangen sind, verdeutlicht wohl den Freiheitswillen dieses Teils des deutschen Volkes.

Ich widerspreche deswegen — nicht zornig, aber entschieden — unserer Schweizer Kollegin, die meinte, dies alles sei nur eine Frage des Lebensstandards gewesen. Selbstverständlich war es auch eine Frage des Lebensstandards. Da wir alle, wie ich das so sehe, nicht gerade schlecht leben, sollten wir solche Bemerkungen nicht machen. Aber in erster Linie war es **der Wunsch, die Freiheit in jenem Teil Deutschlands wiederherzustellen**. Ich meine, wir sollten den Menschen, die sich selbst die Freiheit gegeben haben, dankbar sein und sollten diesen Dank auch einmal aussprechen.

Als wir am Rande dieser Konferenz vor einem Jahr, auf der Michail Gorbatschow gesprochen hat, auch Gespräche mit der sowjetischen Delegation, und zwar nicht nur mit den Beobachtern, geführt haben, da waren wir uns eigentlich noch einig, daß das Thema Freiheit ein wichtiges Thema ist. Wir haben damals noch gar nicht geglaubt, wir könnten an eine Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands herangehen. Wir wären deswegen damals schon zufrieden gewesen, wenn die Freiheit in der DDR entstanden wäre, wenn man also aus dieser sogenannten Deutschen Demokratischen Republik eine demokratische deutsche Republik gestaltet hätte.

Aber die überwiegende Mehrheit der Menschen in der DDR war nicht nur sofort bereit, zu sagen: Wir sind das Volk und nicht jene Partei, die 40 Jahre behauptet hatte, das Volk zu repräsentieren. Nach wenigen Wochen vielmehr schlug die Stimmung um und die Menschen riefen: Wir sind ein Volk!

Ich glaube, wir sollten diese Entscheidung unserer Landsleute in ganz Europa als ein Signal ansehen, daß die Menschen, die die Freiheit im anderen Teil Deutschlands verlangten, nun auch mit denen, die die

Freiheit bereits haben, zusammenkommen können, um ein Deutschland in Europa zu gestalten.

Lassen Sie mich in der notwendigen Kürze — damit vielleicht etwas krasser klingend, als es sein sollte — eine Bitte äußern. Als ich ein ganz junger Mann war, habe ich einen der großen christlich-sozialen Politiker aus der Weimarer Republik, Josef Joos, erlebt. Er stammt übrigens aus dieser Region. Er hat sich, obwohl er sonst ein sehr ausgewogener Mann war, immer wieder darüber erregt, daß die Westmächte, die europäischen Nachbarn 1933 und später dem Verbrecher Hitler alles zugestanden haben, was sie der demokratischen Regierung während der Zeit der ersten deutschen Republik nicht gegeben haben. Meine herzliche Bitte an alle Demokraten in Europa ist: Lassen Sie uns bitte nicht allzu kritisch jede Bemerkung, die irgendwo in Deutschland gemacht wird, in einer Weise behandeln, als wäre ein altes Stück Feindschaft wieder da, als hätten wir in den 40 Jahren, in denen wir hier im Europarat gemeinsam arbeiten, nicht auch ein Stück menschlicher, demokratischer Gemeinsamkeit erreicht.

Ich appelliere hier ganz besonders an unsere Freunde aus Polen; das ist mir ein Herzensanliegen. Ich gehöre zu denen, die bereits vor ihrem Eintritt in das Parlament — das ist inzwischen 21 Jahre her — meinen eigenen Landsleuten klargemacht habe: Auch wenn es schwierig ist, werden wir kaum eine Chance haben, die **Oder-Neiße-Linie** zu verändern.

Aber wenn ich heute höre, daß ein Staatspräsident die Jugend seines Volkes auffordert, mit ihrem Blut das polnische Territorium gegen die Deutschen zu verteidigen, wenn ich heute höre, daß ein Mann wie Lech Walensa, den wir hier gefeiert haben — ich habe ihn gerne mitgefeiert —, in einer niederländischen Zeitung ein Interview gibt und davon spricht, daß man, wenn es wieder Irritationen gebe, die Deutschen von der Landkarte radieren müßte — wir wissen, woher dieser schlimme Ausdruck kommt —, dann stelle ich mir die Frage, ob dies wirklich der Geist sein kann, in dem wir hier Gemeinsamkeit schaffen, in dem wir versuchen, die Millionen Opfer, die die kriegerischen Auseinandersetzungen früherer Jahre nun einmal gefordert haben, so schlecht behandeln, indem wir nämlich nicht Lehren aus dem ziehen, was wir dort mit unterschiedlicher Verantwortung getan haben.

Ich habe die wirklich herzliche Bitte: Versuchen wir, über die Schwierigkeiten, die wir in den letzten Jahrzehnten und in früheren Jahrzehnten mit uns gemeinsam hatten, hinwegzukommen, indem nicht mehr die Angst vor dem anderen, sondern die Zuneigung zum anderen das Ausschlaggebende ist!

Herr Präsident, ich bedanke mich.

Niegel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Als letzter Redner in dieser Debatte darf ich meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß wir heute diese Deutschland-Debatte führen. Anlaß ist der auch von mir geschätzte Lambie-Bericht, für den ich dem Kollegen Lambie Anerkennung aussprechen möchte. Anerkennung gilt auch Herrn Seitlinger und Herrn Sager, der als erster unsere Landsleute, die hier zum erstenmal aufgetreten sind, empfangen hat. Dafür sollte man ihm, glaube ich, ein herzliches — wie wir Franken sagen — „Vergelt's Gott" zurufen.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei Ihnen, lieber Kollege Sir Russell, für die Ausführungen, die Sie gerade zu dieser Frage gemacht haben. Das ist etwas gewesen, was auch aus dem Herzen kommt und was sicherlich bei uns, sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR, nicht überhört wird.

Von der **NATO** her kennen wir den **Harmel-Bericht**. Der Harmel-Bericht geht davon aus, daß die Spaltung Europas und die Spaltung Deutschlands eine große Gefahr für den Frieden darstellen. Heute sind wir so weit, daß, wie vorhin der Kollege Reddemann ausführte, gesagt werden kann: Wir sind das Volk. So sagten es unsere Freunde drüben bis zum 9. November bei Demonstrationen in Leipzig und anderswo. Zum Schluß sagten sie:

Wir sind ein Volk. Ich glaube, dadurch sind viele Spannungen weggenommen worden.

Wissen müssen wir aber auch, daß dem 9. November 1989 ein 17. Juni 1953 vorausgegangen ist. Als junger Student habe ich die Live-Berichte aus Berlin mitbekommen, die Berichte darüber, wie die russischen Panzer die demonstrierenden Arbeiter niedergewalzt haben. Jetzt hatte man fast Angst, daß so etwas in Litauen wieder passiert.

Meine Damen und Herren, wir haben hier einen Kollegen aus der DDR unter uns, der der Alterspräsident der Volkskammer ist. Er war sieben Jahre alt, als Adolf Hitler an die Macht kam. Seit diesem Zeitpunkt kennt er keine Demokratie. Er kannte nur Diktatur. Die braune Diktatur wurde von der roten Diktatur abgelöst. Der Kollege Lothar Piche von der DSU hat mir das gestern erzählt.

Zur Entwicklung drüben möchte ich noch sagen: Alle Hochachtung, liebe Freunde, daß Ihr es geschafft habt, diese erste friedliche Revolution auf deutschem Boden. Sie ist auch deswegen möglich geworden, weil wir in der Bundesrepublik eine klare Politik betrieben haben und weil Sie, meine Kollegen, uns im westlichen Bündnis aufgenommen haben, in die Gemeinschaft der Freunde der Freiheit, und weil Sie mit uns zusammen eine Politik der Sicherheit und der Freiheit mit dem Ziel der Wiedervereinigung betrieben haben. Auch das möchte ich hier ganz deutlich herausstellen.

Die Unterdrückung der Menschenrechte war verbunden mit dem wirtschaftlichen Niedergang, mit dem Niedergang des Sozialismus und des Marxismus, der gegen die persönliche Leistungsfähigkeit des einzelnen Menschen gerichtet war.

Meine Damen und Herren, ich darf nun noch auf einige Diskussionsbeiträge eingehen. Es sind Fragen nach den **Kosten der Einigung** in den Raum gestellt worden. Da möchte ich doch fragen: Was hätten unsere großen Staatsmänner gezahlt, wenn sie das zu ihrer Zeit erreicht hätten, ein Adenauer, ein de Gasperi, ein Robert Schuman, ein Henri Spaak? Die wären bereit gewesen, mehr zu zahlen, als jetzt zu zahlen ist,

wenn sie die Freiheit und die Einheit Deutschlands hätten herbeiführen können.

Und was kostet denn die Teilung, die isolierte Lage Berlins, die Förderung des Zonenrandgebiets? Denken Sie bitte an die Zahlungen an die DDR für Infrastruktur, für Straßenbenutzung, für Eisenbahn, für Telefone — die dann gar nicht vorhanden sind.

Ein Staat kann das alles, was das kostet, nicht zahlen. **Die Wirtschaft ist gefordert, die Eigeninitiative.** Und wenn jetzt von hohen Zinsen gesprochen wurde, sage ich: Die gab es bereits vor dem 9. November. Wenn man im Augenblick die Börse und die Kapitalmärkte verfolgt, bemerkt man, daß die Zinsen schon wieder sinken.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird nicht nur unsere Landsleute in Mitteldeutschland und wird nicht nur die Bundesrepublik ergreifen. **Gesamteuropa** — die EG, aber auch Länder darüber hinaus — **wird einen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren**, wie er nach der Einführung der D-Mark 1948 in der Bundesrepublik stattgefunden hat.

Es gibt auch keinen Grund für die Angst davor, daß wir unsere **Verpflichtungen im Nord-Süd-Verhältnis** nicht erfüllen würden. Gerade wir sind mit unserer Haltung gegenüber der Dritten Welt beispielgebend, und wir vergessen auch nicht unsere Freunde im Osten. Insofern werden wir durch die Einheit Deutschlands auch einen Nutzen für den Frieden haben.

Nun noch ein Wort zu dem Thema, das der Kollege Reddemann angesprochen hat. Die Vereinigung Deutschlands hat mit den **Ostgrenzen** zunächst einmal gar nichts zu tun, weil die Verpflichtung der Siegermächte zur Wiedervereinigung Deutschlands bestand. Dazu gehörte auch die Einbeziehung der Ostgebiete; ich möchte zumindest an das **Potsdamer Abkommen** erinnern. Ich will darüber jetzt nicht streitig diskutieren, aber der Kollege Sir Russell hat mit Recht gefragt: Was bedeuten heute Grenzen? Nur zur Erinnerung möchte ich sagen, daß Deutschland größer ist als Bundesrepublik Deutschland und DDR zusammen.

Wir haben **10 Millionen Vertriebene.** Ich bin keiner, ich bin ein Einheimischer. Wir dürfen aber diese Frage nicht einfach über die Köpfe dieser Menschen hinweg unter den Tisch kehren und sagen: Das geht uns jetzt nichts mehr an.

Ich erinnere daran, daß wir in diesem Hause immer für Selbstbestimmung eingetreten sind. Auch die Leute, die drüben in Schlesien, in Pommern und in Ostpreußen wohnen, haben ein Recht auf Selbstbestimmung, und diejenigen, die vertrieben wurden, haben ebenfalls ein Recht auf Selbstbestimmung, ein Recht darauf, gehört zu werden, wenn über ihr Schicksal, wenn über ihre Heimat entschieden wird.

Abschließend möchte ich aber auch dies sagen: Wir wollen nicht neues Unrecht schaffen. Wir wollen eine **volle Souveränität für ein vereinigtes Deutschland**.

Es muß Schluß sein mit Besatzungsrechten und mit Vorbehaltsrechten. Wir wollen ein friedliches Volk in der Völkergemeinschaft des Westens, im freien Europa, sein. Dazu wollen wir die Hand reichen; wir brauchen dazu aber auch Ihre Unterstützung. — Vielen Dank.

Der Redebeitrag des Abg. Heltzig (SPD-DDR) ist im Anhang (S. 44) abgedruckt.

Entschließung 942 (1990)

betr. die Situation in der Deutschen Demokratischen Republik

1. Die Versammlung begrüßt die Entwicklung in allen mittel- und osteuropäischen Ländern im Sinne der Werte, die der Europarat seit seiner Gründung vertritt: pluralistische parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

2. In diesem Zusammenhang begrüßt sie die ersten freien Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik, die am 18. März 1990 nach über 50 Jahren stattgefunden haben, und ist sich bewußt, daß diese Wahlen zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten führen werden. (In der Zwischenzeit wird die Deutsche Demokratische Republik einem Beschluß des Präsidiums zufolge als Land mit besonderem Gaststatus in der Parlamentarischen Versammlung vertreten sein.)

3. Was die außenpolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung betrifft, gibt die Versammlung der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zwischen den vier Mächten und den beiden deutschen Staaten rasch zu einem Abkommen über Status und Grenzen des zukünftigen vereinten Staates führen werden, das auf dem für Ende 1990 geplanten Treffen der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten vorgelegt wird und die Grundlage eines Friedensvertrags mit dem vereinten Deutschland bilden könnte. Polen sollte in die Gespräche über die Festsetzung der Grenzen einbezogen werden.

4. Die Versammlung teilt die Ansichten der vier Mächte, daß die internen Aspekte der Vereinigung und die Verfahren zur Verwirklichung dieses Ziels vor allem eine Angelegenheit der Deutschen selbst sind, vorausgesetzt daß, wie so oft unterstrichen wurde, die deutsche Vereinigung und der Aufbau Europas parallel laufen und sich gegenseitig fördern.

5. In diesem Zusammenhang ist sie der Ansicht, daß die Vereinigung folgende Schritte umfassen sollte: Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in den nächsten Monaten, politische Union in einem für beide deutschen Staaten vertretbaren Tempo und eine längerfristige Harmonisierung in anderen Bereichen, insbesondere im Bereich des Rechtswesens.

6. Die Versammlung beschließt, während des nächsten Teils ihrer Sitzungsperiode eine Debatte über Fragen der Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa abzuhalten, an der sich möglichst alle Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki beteiligen sollten und deren Schlußfolgerungen als Bei-

trag der Parlamentarier auf der kommenden KSZE-Konferenz dienen würden.

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 6212)

vorgelegt vom amtierenden Vorsitzenden des Ministerkomitees Joao de Deus Pinhero (Portugal)

(Themen: Sondersitzung des Ministerrates in Lissabon — Unterstützung des Reformprozesses in Ost- und Mitteleuropa — Antrag Ungarns und Polens auf Mitgliedschaft — Minderheitenschutz — Flüchtlingsströme von Ost nach West — Rolle des Europarates im KSZE-Prozeß)

Donnerstag, 10. Mai 1990

Tagesordnungspunkt:

Dringlichkeitsdebatte: Die Verschmutzung der Nord- und Ostsee

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Gründe waren es, die die von mir geleitete politische Gruppe bewogen haben, das Thema der Verschmutzung der Nordsee erneut aufzugreifen und zum Thema dieser Aktuellen Stunde zu machen. Einmal mußten wir mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß die **Nordseeschutz-Konferenz,** die Anfang März **in Den Haag** stattgefunden hat, **ein Mißerfolg** war, der einige Teilnehmer dieser Konferenz veranlaßt hat, vorzeitig abzureisen.

Der zweite Grund für unsere Initiative war, daß wir uns in dieser Woche fast ausschließlich mit den Problemen der Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und den Staaten Mittel- und Osteuropas befassen. Das ist im Lichte der atemberaubenden Entwicklungen und Wandlungen, die unser Kontinent seit einigen Monaten erlebt, verständlich. Trotzdem darf dadurch nicht der Eindruck erweckt werden, als sei in unserem Zuständigkeitsbereich, in den Mitgliedstaaten des Europarates, alles zum besten geregelt. **Eines der ungelösten Probleme ist ganz sicherlich die Verschmutzung der europäischen Randmeere,** insbesondere der Nordsee und der Ostsee.

Die Verschmutzung der Nordsee hat in den vergangenen Jahren trotz verschiedener Maßnahmen nicht abgenommen, sie ist im Gegensatz größer geworden. Meßergebnisse aus den Jahren seit 1984 haben den Beweis dafür erbracht. Dabei werden diese Messungen dadurch erschwert, daß von Land zu Land unterschiedliche Grenzwerte gelten. Unterschiedliche Berechnungsmethoden erschweren einen Vergleich außerordentlich. Nicht einmal auf gleiche Grenzwerte, nicht einmal auf gleiche Berechnungsmethoden hat man sich bis jetzt verständigen können. Man wird den Eindruck nicht los, daß diese erschwerte Vergleichbarkeit nicht ohne Absicht herbeigeführt wird.

Die größte Verschmutzung erleidet die Nordsee auch heute noch durch **die Einleitungen der Flüsse.** Das stimmt, obwohl die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit oftmals durch spektakuläre Tanker- und sonstige Schiffsunfälle in Anspruch genommen wird. Die ständige Einleitung von Schadstoffen durch die Flüsse ist dennoch die größte Gefahr. Dabei haben sich, wenn wir die europäischen Flüsse ansehen, gewisse Verschiebungen ergeben. Der **Rhein** ist heute dank zahlreicher und sehr kostspieliger Maßnahmen der Anliegerstaaten **sauberer** geworden, wenn er auch zusammen mit der Maas quantitativ noch der größte Schmutzeinleiter ist. Der **Zustand der Elbe** ist dagegen in den letzten Jahren immer **schlechter** geworden, vor allem durch die Schadstoffeinleitungen, die der Fluß in seinem Oberlauf in der CSFR und in der DDR aufnehmen muß. Die Elbe ist heute der schmutzigste der großen europäischen Flüsse. Ich hoffe sehr, daß sich die beginnende Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas dieses Problems vorrangig annehmen wird.

Spürbare Entlastung für die Nordsee werden wir erst dann erreichen, wenn überall nicht nur **Kläranlagen mit biologischer Reinigungsstufe** eingerichtet werden, sondern wenn auch eine dritte Reinigungsstufe nachgeschaltet wird, die die **Reinigung des Abwassers von Phosphaten** ermöglicht. Nur auf diese Weise kann die gefährliche Einleitung von Stickstoffen und Phosphaten verhindert werden.

Gerade in diesem Bereich war das Ergebnis der Nordseeschutz-Konferenz besonders enttäuschend. Weder wurde eine biologische Reinigungsstufe verbindlich vorgeschrieben noch wurde eine dritte Reinigungsstufe überhaupt nur ernsthaft in Erwägung gezogen.

1989 hatten die Anliegerstaaten vereinbart, daß das **Verklappen von Industrieabfällen,** also das Ablassen insbesondere von Säuren aus der industriellen Produktion, unterbleiben sollte. Im Gegensatz zu dieser Vereinbarung erklärte der zuständige Minister des Vereinigten Königreichs, daß sein Land diese Praxis bis 1992 fortsetzen wollte. Großbritannien wird sogar bis 1998 Klärschlamm — Jahr für Jahr 5 Millionen t — in die Nordsee kippen, Klärschlamm, der bekanntlich nicht nur Phosphate, sondern insbesondere auch viele Schwermetalle und damit Gifte enthält. Auch radioaktive Abfälle wird das Vereinigte Königreich wie bisher einleiten.

Geeinigt hat man sich im Haag lediglich darauf, die Einleitung einiger giftiger Chemikalien zu vermindern. Da aber die Konzentration dieser Substanzen nur einmal jährlich überwacht werden soll, wird diese Vereinbarung mehr oder weniger nur auf dem Papier stehen. Eine wirkliche Besserung kann man nur dann erreichen, wenn man dem Vorschlag Dänemarks folgt, bis zum Jahr 2000 überall zu geschlossenen Produktionskreisläufen überzugehen und damit die Einleitungen an der Quelle zu verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles kostet Geld. Die Produktionskosten werden ebenso steigen wie die Gebühren, die unsere Bürger für die Reinigung von Abwasser zu zahlen haben. Aber es ist unerträglich, wenn in einem Anliegerstaat versucht wird,

der Wirtschaft auf Kosten der Umwelt, auf Kosten der Sauberkeit der europäischen Meere Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Ich frage mich, wie lange das die EG-Kommission eigentlich noch hinnehmen will, die ja sonst auf den Wettbewerb so eingeschworen zu sein scheint.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird nicht mehr lange dauern, und die Nordsee, die bekanntlich ein Randmeer mit einem nur langsamen Wasseraustausch ist, wird umkippen. Fische und zahlreiche andere Lebewesen, Fauna und Flora werden sterben, und das Meer wird auch seinen Erholungswert für uns Menschen verlieren. Dann ist es zu spät, und die, die nach uns kommen, werden uns zu Recht wegen unserer Kurzsichtigkeit unserer Nachlässigkeit schelten und uns verfluchen.

Nach meiner festen Überzeugung gibt es überhaupt nur einen Weg. Wir als europäische Parlamentarier müssen auch auf diesem Gebiet mehr als bisher von unserem doppelten Mandat Gebrauch machen. Es genügt nicht, daß wir hier in Straßburg richtungsweisende, zukunftsweisende Beschlüsse fassen und dann beruhigt nach Hause fahren. Vielmehr ist unbedingt notwendig, daß wir dann zu Hause als nationale Parlamentarier von unseren Regierungen die Umsetzung und die Einhaltung der von uns gefaßten Beschlüsse fordern. Die Nordsee braucht heute mehr als je zuvor **eine konzertierte Aktion aller Parlamentarier in allen Anliegerstaaten.** Nur dann kann sie in letzter Minute noch gerettet werden.

Schönen Dank, Herr Präsident.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ein Sprichwort in der deutschen Sprache, das lautet: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. An dieses Sprichwort könnte man sich erinnern, wenn man verfolgt, wie viele Konferenzen sich mit Umweltfragen beschäftigen, welche Vorschläge dort erörtert werden und wie wenig in der Praxis dabei herauskommt.

Wir haben das erst kürzlich bei der Klimakonferenz in Nordamerika erlebt. Wir haben das bei der **Nordsee-Konferenz** erlebt, wo Delegationen vorzeitig abgereist sind und wo man immer wieder feststellt, daß die Probleme zunächst zwar richtig erkannt werden, daß man aber dann, wenn es darum geht, sich auf Maßnahmen zu einigen, die eigenen nationalen Vorteile offensichtlich mehr beachtet als die internationalen Probleme, die alle betreffen.

Sicher, **Großbritannien ist nicht der einzige Sünder** auf dem Umweltsektor; aber es gehört schon zu den größten Sündern, wenn ich das einmal so formulieren darf. Das gilt nicht nur etwa in der Frage der Wasserverschmutzung und der Einleitung von Giftstoffen in die Nordsee, was man jetzt ja noch einmal hinauszögert. Das gilt z. B. auch für Fragen der Luftverschmutzung. Man hat ja dort erklärt, z. B. eine Rauchgasentschwefelung sei nicht notwendig, der Wind blase sowieso von West nach Ost und das Land sei kaum betroffen, und hat dabei vergessen, daß gerade die skandinavischen Länder hiervon besonders betroffen waren. Der Ferntransport von Luftschadstoffen wurde wissenschaftlich zum erstenmal 1972 von dem Schweden Oden an Hand der Giftgasströme — so darf man schon formulieren — von der britischen Insel nach Skandinavien nachgewiesen.

Was versauerte Gewässer betrifft, muß gesagt werden, daß der Eintrag natürlich nicht nur für Süßwassergewässer, sondern selbstverständlich auch für die Nordsee und die Ostsee gilt. Es ist bisher viel von der verschmutzten Nordsee die Rede gewesen. Das Baltische Meer, die Ostsee, ist fast ein bißchen in den Hintergrund getreten. Lassen Sie mich deswegen zu diesem Bereich ein paar Anmerkungen machen.

Die Ostsee ist deswegen in einer besonderen Situation, weil der Wasseraustausch in der Ostsee durch die schmalen Meeresöffnungen nur alle 20 bis 40 Jahre stattfindet. Das heißt, was in die Ostsee von den Anrainern eingeleitet wird, bleibt für lange Zeit auf jeden Fall der Ostsee erhalten und kann nicht ausgetauscht werden. Der verhältnismäßig niedrige Salzgehalt von 0,8 % verschärft die Situation, wenn wir wissen, daß rund 1,2 Millionen Tonnen Stickstoffe und 77 000 Tonnen Phosphate, von 70 Millionen Menschen produziert, in die Ostsee eingeleitet werden.

Die DDR z. B. hat Kläranlagen für nur 40 % der Bevölkerung, während sie in der Bundesrepublik für 90 % vorhanden sind. Wir sehen, welcher Nachholbedarf hier besteht.

Wir wissen, daß Industrie, Landwirtschaft und Haushalt gemeinsam die Verschmutzer sind und daß bei allen dreien angesetzt werden muß, wenn man die Situation in der Nordsee und in der Ostsee verbessern will. Man muß sie verbessern, wenn man vor allem aus der Ostsee nicht eine Kloake im Norden Europas machen will.

Frau Blunck (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nord- und Ostsee funken SOS: Rettet unsere Meere, und rettet uns vor Vergiftung und schleichendem Tod! Seit mehr als zehn Jahren wissen wir um die eingetretenen Schädigungen in der Nordsee und in der Ostsee, im Wattenmeer, im einzigartigen Lebensraum für unzählige Lebewesen, und wir ignorieren sie. Wir tun so, als sei die Reinigungskraft unserer Meere unendlich und kippen unsere giftigsten Abfälle verantwortungslos ins Meer. Wir nutzen die See als billige Deponie für radioaktive Abfälle, für giftige und nährstoffreiche Abwässer. Ich finde, das ist im Hinblick auf zukünftige Generationen ein kriminelles Verhalten.

Wir kehren uns einen Dreck darum, wie die Meere mit diesen Frachten fertigwerden. Alle, die hier im Raum sind, sind keineswegs besser — ich will einmal willkürliche Beispiele nennen —, egal ob es die Metropole Brüssel ist, die ungeklärt ihre Abwässer ins Meer kippt, egal ob es die Schmutzfracht von Rhein und Maas oder von der Elbe ist — daran sind bundesdeutsche Firmen beteiligt, egal ob es Großbritannien ist, das immer noch seinen Industriemüll in die Nordsee hineinkippt, und zwar entgegen den Beschlüssen der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz nach dem Motto: Was schert Mrs. Thatcher, was schert Großbritannien das Geschwätz von 1987 in London, und egal ob es die Plutoniumfabriken von La Hague

und Sellafield sind, die immer noch ihren radioaktiven Müll einfach in die Nordsee kippen.

Ich bin verzweifelt, ratlos und fassungslos, daß wir das Seehundsterben, die Algenblüte, das Aussterben vieler Arten, die auftretende Immunschwäche bei Menschen und bei Tieren nicht endlich als Menetekel begreifen und unseren leichtsinnigen, rücksichtslosen und verantwortungslosen Umgang mit der Natur, mit unseren Meeren nicht endlich abstellen. Wir brauchen keine unverbindlichen und keiner Prüfung standhaltenden prozentualen Reduzierungen von Schadstoffen, **wir brauchen Qualitätsziele für unsere Meere.** Mir kommt die Diskussion um eine prozentuale Reduzierung immer so vor, als ob ich einen Säufer mit einem Leberschaden vor mir habe, der zehn Flaschen Fusel pro Tag trinkt und der, wenn er seinen Konsum auf fünf Flaschen reduziert, meint, er habe seine Gesundheit damit um 50 % verbessert. Wir brauchen also Qualitätsziele. Diese Qualitätsziele müssen verbindlich und für alle nachprüfbar sein.

Wir brauchen einen **Stopp der Einleitung hochgiftiger, langlebiger, bioakkumulierender Substanzen.** Das heißt ganz konkret: Wir brauchen ein Verbot bestimmter Pestizide; sowohl die Herstellung als auch das In-Verkehr-Bringen müssen verboten werden. Wir brauchen Produktionsumstellungen. Wir brauchen geschlossene Kreisläufe bei der Produktion, bei denen kein Müll anfällt. Ich greife den Satz meiner Kollegin aus Dänemark auf, die auf PCP hingewiesen hat. Das ist ein Umweltgift, das für den Menschen und die Umwelt äußerst gefährlich ist. Man verhandelt mittlerweile zwei Jahre darüber, wie man es loswerden kann, obwohl man weiß, daß es das Leben gefährdet.

Die Nordsee insgesamt muß zur sensitive area erklärt werden. Den Anrainerstaaten darf nicht selbst überlassen bleiben, ob ihre Küsten Eutrophierungsgebiete sind oder nicht. Wir dürfen keine zusätzliche Belastung der Nordsee durch die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen zulassen. Der Nährstoffeintrag über diffuse Quellen muß verstopft werden. Das bedeutet: Wir müssen unsere Verkehrspolitik und unsere Landwirtschaftspolitik entscheidend ändern.

Wir sitzen alle in einem Boot. Das Boot ist im Begriff zu kentern. Dagegen müssen wir etwas tun. Ich denke, unser Tun wird durch unser Wissen erleichtert, daß Umweltschutz kein Schutzzaun ist, der von spinnerten Sonderlingen errichtet wird und die Wirtschaft nur behindert, sondern Umweltschutz bedeutet immer neue Technologien, Innovation und damit neue Chancen für uns alle.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, Vaclav Havel

Präsident Havel: Herr Präsident, Frau Generalsekretärin, meine Herren Minister, meine Damen und Herren, die zwölf Sterne im Emblem des Europarats symbolisieren unter anderem auch den Lauf der Zeit im Zwölf-Stunden-Rhythmus des Tages und im Zwölf-Monats-Rhythmus des Jahres. Das Emblem der Institution, vor der zu sprechen ich heute die Ehre habe, bestärkt mich in meiner Überzeugung, daß ich zu Menschen spreche, die die plötzliche Beschleunigung der Zeit in Europa, deren Zeugen wir alle sind, spüren. Ich wende mich also an Menschen, die jemanden wie mich verstehen, der nicht nur den Willen, sondern auch die Pflicht hat, diese Beschleunigung in politisches Handeln umzusetzen.

Wenn Sie gestatten, möchte ich erneut versuchen, laut darüber nachzudenken und dies an einem Ort, der wie kein anderer für derartige Überlegungen geeignet ist.

Meine Überlegungen möchte ich mit einer persönlichen Erfahrung beginnen.

Immer dann, wenn ich bisher in meinem Leben gerade über allgemeine Fragen, also über gesellschaftliche, politische und moralische Dinge nachdachte, ist mir stets ein vernünftiger Mensch begegnet, der früher oder später begann, mir sehr vernünftig darzulegen, daß auch ich vernünftig sein solle, meine exzentrischen Gedanken sein lassen und begreifen solle, daß man nichts zum Besseren ändern könne, weil diese Welt ein für alle Mal in zwei Teile zerbrochen sei. Beiden Teilen sei dies aber nur recht, und weder die eine noch die andere möchte daran etwas ändern. Es sei sinnlos, sich in seinem Verhalten von seinem Gewissen leiten zu lassen, weil niemand etwas daran ändern könne, und diejenigen, die keinen Krieg wollten, sollten sich still verhalten. Diese sogenannte Stimme der Vernunft habe ich häufig gehört, besonders nach dem Einmarsch Breschnews in die Tschechoslowakei; danach lebten die sogenannten „Vernünftigen" geradezu auf, denn sie fühlten sich in ihrer Gleichgültigkeit gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten bestärkt. Also konnten sie sagen: „Siehst du, so läuft es immer, wir sind abgeschrieben, wir interessieren niemanden, wir können nichts tun, es ist alles umsonst, laßt es uns eine Lehre sein und halten wir den Mund! Oder willst du im Gefängnis landen?"

Ich war natürlich nicht der einzige, der sich über diesen weisen Rat hinwegsetzte und weiter das tat, was er für richtig hielt. In unserem Land haben sich viele so verhalten. Wir hatten keine Angst, für Narren gehalten zu werden, wir haben weiter über eine bessere Welt nachgedacht und unsere Gedanken auch nicht verborgen. Unsere Bemühungen mündeten schließlich in eine große koordinierte Strömung, der wir den Namen **Charta 77** gaben. Gemeinsam im Rahmen der Charta 77, aber auch einzeln, jeder für sich, so haben wir frei nachgedacht über Freiheit und Ungerechtigkeit, über Menschenrechte, Demokratie und politischen Pluralismus, Marktwirtschaft und vieles andere mehr. Und während wir nachdachten, haben wir auch geträumt, ob im Gefängnis oder in Freiheit, wir träumten natürlich von einem Europa ohne Stacheldraht, ohne Mauern, ohne künstlich geteilte Nationen und ohne riesige Waffenlager. Einem Europa, das sich vom Blockdenken befreit, einer europäischen Politik auf der Grundlage der Achtung des Menschen und seiner Rechte, einer Politik, die sich nicht Kurzzeit- oder Einzelinteressen unterordnet. Ja, wir träumten von einem

Europa als einer Gemeinschaft befreundeter und unabhängiger Nationen und demokratischer Staaten. Wenn mein Freund Jiri Dienstbier, der jetzige stellvertretende tschechoslowakische Ministerpräsident und Außenminister und ich im Gefängnis von Hermanice am Ende eines Arbeitstags beim Schichtwechsel eine Viertelstunde miteinander reden konnten, haben wir manchmal auch laut von diesen Dingen geträumt. Später, als er schon Heizer war, schrieb Jiri Dienstbier das Buch mit dem Titel „Träumen von Europa". „Was hat ein Heizer davon, seine utopischen Vorstellungen über die Zukunft aufzuschreiben, wenn er diese überhaupt nicht beeinflussen kann und nur Gefahr läuft, sich neuen Schikanen auszusetzen?" fragten sich die Freunde der Vernunft und schüttelten dabei ihr weises Haupt.

Und dann geschah etwas Außergewöhnliches: plötzlich beschleunigte sich die Zeit, was früher in einem Jahr geschah, geschah nun plötzlich in einer Stunde, alles fing an, sich mit überraschend hoher Geschwindigkeit zu verändern, das Unmögliche wurde unerwartet zur Möglichkeit, der Traum zur Wirklichkeit. Die Träumerei des Heizers wurde zur tagtäglichen Arbeit eines Außenministers. Die Anhänger der Vernunft fanden sich in drei Gruppen wieder: die erste Gruppe wartet still auf irgendwelche bösen Vorzeichen, die ihr als Beweis für ihre nihilistische Theorie dienen können, die zweite denkt darüber nach, wie man die Träumer aus den Staatsämtern jagen und wieder durch „vernünftige" Pragmatiker ersetzen könnte, und die der dritten Gruppe schließlich rufen laut, endlich sei etwas geschehen, und sie hätten ja schon immer gewußt, daß es so kommen würde.

Wenn ich Ihnen von dieser Erfahrung berichte, so nicht, um mich gerade hier über meine angeblich so vernünftigen Mitbürger lustig zu machen, sondern aus einem ganz anderen Grund, um Ihnen nämlich zu zeigen, daß es niemals sinnlos ist, auch über solche Alternativen nachzudenken, die zu einem bestimmten Zeitpunkt unwahrscheinlich, unmöglich, ja geradewegs phantastisch erscheinen.

Aber wir träumen nicht, damit die Ergebnisse unseres Träumens uns eines Tages zustatten kommen, sondern ich würde sagen, daß wir aus Prinzip träumen. Es zeigt sich jedoch, daß es in der Geschichte Augenblicke geben kann, wo die Tatsache, „aus Prinzip geträumt zu haben", unerwartet von unmittelbarem Nutzen sein und uns gute Dienste leisten kann.

Die Zeit flieht, und sie flieht auch in diesem Saal. Ich kann Sie daher nicht länger mit den Gedanken eines Literaten aufhalten, sondern komme zum eigentlichen Thema.

Zunächst kurz einiges zu dem Land, aus dem ich komme.

Nach dem Angriff gegen die Studenten am 17. November letzten Jahres war das Maß für unsere beiden Nationen voll und ihre Geduld erschöpft. Sie haben das in unserem Land seit 42 Jahren herrschende totalitäre System sehr schnell gestürzt. Wir haben den Weg der Demokratie, des politischen Pluralismus und der Marktwirtschaft eingeschlagen. Die Presse in unserem Land ist frei, und zum ersten Mal nach 42 Jahren werden wir in einem Monat freie Wahlen haben, an denen sich die politischen Kräfte aller Richtungen beteiligen werden. Ich bin fest davon überzeugt, daß diese Wahlen auch in den Augen der ausländischen Beobachter ein Erfolg sein werden. Wir haben Gedankenfreiheit und Meinungsfreiheit, und alle katholischen Diözesen haben zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ihren Bischof, die religiösen Orden haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. In unserem Land gibt es keine Staatsideologie mehr, der einzige Gedanke, dem wir in unserer Innen- und unserer Außenpolitik zum Durchbruch verhelfen wollen, ist die **Wahrung der Menschenrechte** im weitesten Sinne des Wortes sowie die **Achtung des Individuums.** Neben vielen anderen Gesetzen hat unser Parlament mehrere wichtige Wirtschaftsgesetze verabschiedet, die den Übergang zur Marktwirtschaft erleichtern und der Arbeit des Menschen wieder einen Sinn geben sollen. Auf bundesstaatlicher Ebene wie auch auf der Ebene der beiden nationalen Republiken sind demokratische Verfassungen in Vorbereitung, und wir wollen nun endlich auch der nationalen Identität unserer beiden Nationen institutionell Ausdruck verleihen und die kollektiven Rechte unserer nationalen Minderheiten sichern. Wir fühlen uns als souveräner Staat, wir wollen mit allen Nationen dieser Welt in Freundschaft leben, wir sind aber auch entschlossen, unsere Souveränität zu verteidigen, wenn es erforderlich ist.

Ich bin der Ansicht, daß wir **ein Anrecht auf den Beobachterstatus in Ihrer Versammlung** haben, und ich möchte Ihnen im Namen unseres Volkes dafür danken, daß Sie uns diesen Status vor drei Tagen zuerkannt haben. Ich bin überzeugt, daß der Europarat auch unseren **Antrag auf volle Mitgliedschaft** mit Verständnis annehmen wird.

Was ich Ihnen über mein Land gesagt habe, bedeutet nicht, daß die Tschechoslowakei von heute eine Insel der Harmonie ist. Im Gegenteil: wir erleben gegenwärtig eine der schwierigsten Phasen in der neueren Geschichte unseres Landes, denn wir werden von einer großen Zahl schwerer Probleme bedrängt, die sich jahrelang latent entwickelt haben und deren Schwere und Interdependenz erst mit der vor kurzem wiedergewonnenen Freiheit klar zutage getreten ist. Das alte Regime hat uns eine zerstörte Landschaft, eine aus den Fugen geratene Wirtschaft und vor allem ein verbildetes Moralbewußtsein hinterlassen.

Die **Abschaffung der totalitären Gewalt** war gewiß ein wichtiger erster Schritt, aber es war lediglich der Anfang auf unserem Weg, auf dem rasch noch viele Schritte vorwärts getan werden müssen, die unendlich viel schwieriger sein werden.

Wir stellen fest, daß wir kaum etwas gut können und noch etliches lernen müssen. Wir müssen politische Kultur entwickeln und lernen, selbständig zu denken und als verantwortungsbewußte Bürger zu handeln.

Dessen sind wir uns sehr wohl bewußt, mehr vielleicht als viele von denen, die uns mit Sorge aus der Ferne beobachten und über unsere Ungeschicklichkeit in Verzweiflung geraten.

Dieses sage ich hier nicht, um von Ihnen unverdientermaßen Vorteile für uns zu erwirken oder gar Ihr Mitleid zu erwecken, sondern weil ich die Wahrheit zu

sagen pflege, und das selbst in einer Situation, in der es für mich und meine Mitbürger von Vorteil sein könnte, zu lügen oder wenigstens zu schweigen. Ich glaube, daß ein gutes Gewissen ein Vorteil ist, der durch nichts aufgewogen werden kann.

Nachdem ich Ihnen ein allgemeines Bild von meinem Land gezeichnet habe, kann ich endlich beginnen, über das Europa von heute und von morgen laut nachzudenken. Diese Überlegungen werden ganz sicher nicht nur eine Neuauflage meiner alten Dissidententräume sein, sondern gleichzeitig auch das widerspiegeln, was ich bei der Ausübung meines Amtes und in den vielen Gesprächen mit ausländischen Staatsmännern, denen ich in diesem Amt begegnet bin, gelernt habe.

Ich glaube, es ist überflüssig, hier das zu wiederholen, was jeder weiß, **daß sich für Europa gegenwärtig Perspektiven eröffnen wie niemals zuvor in seiner Geschichte,** und zwar die Möglichkeit, ein Kontinent der friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen darauf wohnenden Nationen zu werden.

Ich komme deshalb gleich zu den Überlegungen in bezug auf konkrete Schritte im Bereich der Strukturen, Institutionen und vertraglichen Beziehungen, die sicherlich sofort oder in einer vereinbarten Abfolge unternommen werden müßten, damit die sich uns bietende Perspektive verwirklicht werden kann. Zu diesem Zweck gehe ich von der Annahme aus, daß die überkommenen Strukturen vergangener Zeiten entweder schrittweise zu neuen Strukturen umgestaltet, in neuen Strukturen aufgehen oder aber ganz einfach abgeschafft werden oder sich allmählich auflösen sollten. Parallel dazu sollten als Ausgangspunkt oder Kernzelle der neuen Ordnung vollkommen neue Strukturen entstehen.

Um der Klarheit willen möchte ich diesen Bereich in vier Gruppen unterteilen, d. h. in Strukturen, Institutionen oder Mechanismen der Sicherheit, politische Strukturen, wirtschaftliche Strukturen und bürgerrechtliche Strukturen.

Im Bereich der Sicherheit und im militärischen Bereich sind heute **die beiden Bündnissysteme,** das Atlantische Bündnis und der Warschauer Vertrag, **Ausdruck der Teilung des Europa der Nachkriegszeit.** Ihrem Wesen, ihrem Auftrag und ihrer Geschichte nach unterscheiden sich diese beiden militärischen Gruppierungen ziemlich deutlich voneinander. Während die NATO als Instrument der Verteidigung der westeuropäischen Demokratien gegen die Gefahr der Expansion der stalinistischen Sowjetunion gegründet worden ist, entstand der Warschauer Pakt gewissermaßen als Ableger der Roten Armee und als Instrument der sowjetischen Politik. Sein Auftrag bestand darin, die europäischen Länder, die Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg unter seine Herrschaft gebracht hatte, zu Satelliten zu erklären. Wenn man sich dann noch den geopolitischen Zusammenhang vor Augen hält, also die Tatsache, daß die westeuropäischen Demokratien im Westen an den Ozean grenzen und die ehemaligen sowjetischen Satelliten im Osten an die Sowjetunion, wird die Asymmetrie der gesamten Situation ganz deutlich.

Ich glaube, **daß** dessen ungeachtet **diese beiden Gruppierungen in der von Grund auf veränderten Situation schrittweise umgestaltet werden sollten zu einem vollkommen neuen idealen Sicherheitssystem** als Vorläufer eines vereinten Europa, als eine Art Sicherheitsrahmen oder als Sicherheitsgarantie. Es wäre so etwas wie eine zusammengefügte Sicherheitsgemeinschaft, die einen großen Teil der nördlichen Hemisphäre umspannen würde. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada im Westen sollten also nicht mehr die alleinigen Garanten für den Einigungsprozeß in Europa sein, sondern auch die Sowjetunion im Osten. Wenn ich Sowjetunion sage, meine ich damit die Gemeinschaft von Nationen, die gegenwärtig in diesem Land entsteht.

Was bedeutet dies nun für die NATO und den Warschauer Vertrag angesichts der bereits angesprochenen Asymmetrie? Für beide Bündnisse bedeutet es, die Funktion, die sie in gewissem Maße bereits heute haben, auszubauen, nämlich die eines politischen Instruments bei den gemeinsamen Abrüstungsverhandlungen, und ihre alte Funktion als Verteidigungsinstrument für die eine Hälfte Europas gegen einen eventuellen Angriff durch die andere Hälfte stark abzubauen. Oder anders ausgedrückt: **beide Paktsysteme sollten immer deutlicher als Abrüstungs- und nicht als Rüstungsinstrumente dienen.**

Es scheint, als könne die **NATO** als sinnvollere, demokratischere und besser funktionierende Struktur eher **die Keimzelle des neuen Sicherheitssystems in Europa** werden als der Warschauer Vertrag. Aber es ist klar, daß auch sie sich wandeln muß. Vor allem muß sie — angesichts der Realitäten der Welt von heute — ihre Militärdoktrin ändern. Und im Gefolge ihrer veränderten Funktion sollte sie demnächst auch ihre Bezeichnung ändern. Und zwar aus mindestens zwei Gründen: zum einen sind die Veränderungen, die gegenwärtig stattfinden, das Ergebnis des Siegs der historischen Vernunft über die historische Absurdität und nicht das Ergebnis des Siegs des Westens über den Osten. Die bestehende Bezeichnung ist derart stark mit der Zeit des Kalten Krieges verknüpft, daß es ein Zeichen von mangelndem Verständnis für die heutige Entwicklung in Europa wäre, wenn Europa sich unter der Flagge der NATO zusammenschließen würde. Auch wenn die heutigen Strukturen des westeuropäischen Sicherheitsbündnisses Vorbote oder Keimzelle des künftigen gesamteuropäischen Bündnisses sein können, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß der Westen den dritten Weltkrieg gewonnen hätte, sondern darauf, daß die historische Gerechtigkeit gesiegt hat. Zum anderen, und das ist der zweite Grund für die **Notwendigkeit, die Bezeichnung zu ändern,** trifft der alte Name geographisch ganz offensichtlich nicht mehr zu, denn im künftigen Sicherheitssystem wäre nur noch eine Minderheit der beteiligten Staaten Anrainer des Atlantischen Ozeans.

Zum **Warschauer Vertrag** wäre zu sagen, daß er, wenn seine Rolle als politisches Abrüstungsinstrument und als Begleiter einiger europäischer Länder auf ihrem Weg zurück nach Europa beendet sein wird, wohl **seinen Sinn verlieren und sich auflösen dürfte.** Das was anfänglich als Symbol der stalinistischen Ex-

pansion geschaffen wurde, wird dann jeden Sinn entbehren.

Schon ein Blick auf die große „nördliche" Sicherheitszone zeigt, daß sie im Prinzip **„KSZE-Zone"** genannt werden könnte. Die Länder, die ihr angehören könnten und sollten, sind in der Tat die Teilnehmer des sogenannten KSZE-Prozesses. Was sich daraus ergibt, liegt auf der Hand: die neuen Strukturen, die parallel zur Umgestaltung oder zur allmählichen Auflösung der alten Strukturen im Bereich der Sicherheit entstehen sollten, könnten auf den Grundlagen des KSZE-Prozesses aufbauen. Dies ist auch der Gedanke, der dem **tschechoslowakischen Vorschlag** zugrunde liegt, **eine Kommission für europäische Sicherheit einzurichten** als Ausgangspunkt für das künftige gemeinsame KSZE-Sicherheitssystem und Garantin der Sicherheit in einem sich vereinigenden Europa. Die Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind von dieser Initiative unterrichtet worden, ich brauche ihren Inhalt daher hier nicht noch einmal zu erklären. In dem Maße, wie der Warschauer Pakt sich auflösen oder seinen Sinn verlieren und die NATO sich wandeln würde, nähme die Bedeutung dieser Kommission zu, oder genauer gesagt, die Bedeutung all dessen, was um sie herum entstehen würde und worin die NATO allmählich aufgehen würde.

Ich möchte versuchen, diesen Gedanken kurz zusammenzufassen. Wenn im Bereich der Sicherheit der KSZE-Prozeß allmählich von der Ebene der gemeinsamen Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten auf die Ebene gemeinsamer vertraglicher Verpflichtungen gestellt werden würde, könnte er den breiten Rahmen bilden, der die entstehende politische Einheit Europas gewährleistet.

Die Beschleunigung der Geschichte zwingt uns, parallel zu allen politischen Überlegungen unverzüglich auch einen vernünftigen Zeitplan zu entwickeln. Dies will ich bei dieser Frage versuchen.

Möglicherweise — und wir wollen hoffen, daß es auch tatsächlich so kommt — wird noch vor Ablauf dieses Jahres die **Gipfelkonferenz der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa** stattfinden. Denjenigen Ländern, die **Prag als Konferenzort vorgeschlagen** haben, möchte ich von dieser Stelle aus versichern, daß die Tschechoslowakei sich über alle Maßen geehrt fühlen würde, wenn die Gipfelkonferenz in Prag stattfinden würde und alles in ihrer Macht stehende für einen erfolgreichen Verlauf tun würde. Wichtiger als der Konferenzort sind jedoch der Gegenstand und das Ziel des Gipfels. Es wurde schon wiederholt gesagt, daß er mehr tun könnte, als in der geplanten Tagesordnung vorgesehen ist.

Vor allem könnte — sofern alle Teilnehmerstaaten einverstanden sind — auf dem Gipfel die Kommission für europäische Sicherheit gegründet werden, die dann am 1. Januar 1991 ihre Arbeit aufnehmen könnte. **Die Tschechoslowakei schlägt Prag als Sitz der Kommission vor.** Das Sekretariat bzw. ihr repräsentativer Teil könnte eines der schönen Prager Palais in der Nähe der Prager Burg beziehen. Sicherlich wäre es schön, wenn die erste wichtige europäische Institution von einer Prager Gipfelkonferenz in Prag eingerichtet würde, aber dies ist natürlich keine Vorbedingung. Der Gipfel könnte sie bei uns ansiedeln, auch wenn er selbst an einem anderen Ort stattfindet.

Sollte der Gipfel in diesem Jahr stattfinden, könnte er ebenfalls beschließen, daß die mit dem Arbeitstitel Helsinki 2 bezeichnete Konferenz bereits im Herbst des nächsten Jahres veranstaltet wird.

Die dritte und wichtigste Entscheidung der diesjährigen Gipfelkonferenz beträfe den Inhalt und die Bedeutung von Helsinki 2 sowie den sofortigen Beginn ihrer Vorbereitung, zu der u. a. auch die vorgeschlagene Kommission beitragen könnte. Aufgabe wäre die Ausarbeitung und vielleicht sogar die Unterzeichnung einer neuen Generation von Helsinki-Vereinbarungen. Das Neue an diesen Vereinbarungen wäre, daß sie nicht nur umfassende Empfehlungen an die Regierungen und Staaten aussprechen, sondern daß sie regelrechte Verträge über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe auf dem Gebiet der Sicherheit wären. Dabei würde es sich also um eine Art Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung im Falle eines Angriffs von außen handeln sowie um die Pflicht, sich bei lokalen Konflikten innerhalb der gesamten Region einem Schlichtungsverfahren zu unterwerfen. Es ist klar, daß derartige Verhandlungen und Verträge die bestehenden europäischen Grenzen endgültig festlegen und daß das Vertragssystem zur Gewährleistung ihrer Sicherheit den Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg und seine unseligen Folgen, insbesondere die lange und unnatürliche Teilung Europas, ziehen könnten.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß **vor Ende des kommenden Jahres die Grundlagen für ein neues gemeinsames KSZE-Sicherheitssystem** geschaffen werden könnten, das allen europäischen Staaten das sichere Gefühl geben würde, daß sie einander nicht länger zu fürchten brauchen, da sie alle Teil desselben Systems von Sicherheitsgarantien sind, das auf der Gleichheit aller Teilnehmer und auf der Pflicht aller aufbaut, die Sicherheit eines jeden von ihnen zu schützen.

Gestatten Sie mir noch eine weitere Bemerkung, sie betrifft die **Nuklearwaffen in Europa.** In der Nachkriegszeit wurden diese Waffen — die hergestellt wurden, um nie eingesetzt zu werden — Teil eines Sicherheitsmodells, das — paradoxerweise — den Frieden durch das Gleichgewicht des Schreckens sicherte. Die Völker Mittel- und Osteuropas haben jedoch einen hohen Preis gezahlt, damit dieses nukleare Modell funktionieren konnte, den Preis des totalitären Panzers, in dem sie eingeschlossen waren.

Eine übermäßig hohe Zahl von Waffen gleich welcher Art, insbesondere Nuklearwaffen, bedeuten zwangsläufig eine Entstellung des Raums, in dem sie aufgestellt sind. Dies gilt besonders für die Kurzstreckenwaffen, die wir als „taktische Waffen" bezeichnen.

Wir begrüßen daher den Vorschlag von Präsident Bush, auf die geplante Modernisierung dieser Waffen zu verzichten. Wenn die NATO-Konferenz in diesem Sommer auch noch den schrittweisen Abbau dieser weniger modernen Waffen, die gegenwärtig in Mittel-

europa stationiert sind, beschließt, würden wir dies ebenfalls mit großer Befriedigung anerkennen.

Warum müssen gerade hier Waffen stehen, die nur die Tschechoslowakei, den östlichen Teil des sich vereinigenden Deutschland oder Polen erreichen können? Wen werden sie abschrecken? Die neuen Regierungen, die aus den nach Jahrzehnten ersten freien Wahlen hervorgegangen sind? Die neuen demokratisch gewählten Parlamente?

Vor dem polnischen Parlament habe ich gesagt, daß unsere Gesellschaft mich manchmal an gerade amnistierte Gefangene erinnert, die sich nur schwer in der Freiheit zurechtfinden. Die Menschen sind voller Vorurteile, stereotyper Vorstellungen und Gedanken, die sich in den langen Jahren des totalitären Regimes entwickelt haben. Können sie verstehen, warum diese Waffen gerade auf sie gerichtet sind? Die Parteigänger des alten Regimes bei uns und anderswo warten auf eine günstige Gelegenheit. Es wäre ein historisches Paradox, wenn ausgerechnet diejenigen ihnen diese Gelegenheit bieten sollten, die uns in den vergangenen Jahren in unserem Kampf gegen das totalitäre Regime unterstützt haben.

Ich glaube, daß **das größte Unglück für unsere Welt die Bipolarität** war, d. h. daß sich die Spannungen zwischen den beiden Weltmächten und ihren Verbündeten direkt oder indirekt auf die ganze Welt übertrugen. Dieser Zustand hält auch heute noch an. Die ganze Welt scheint an dieser Spannung zu zerbrechen und unter den Supermächten zu ersticken. Die Hauptleidtragenden dieser unseligen Situation sind die gut hundert Länder, die so ungenau als Dritte Welt, Entwicklungsländer oder blockfreie Länder bezeichnet werden. Die Befürchtungen dieses Teils der Welt, daß die Bildung einer gemeinsamen Sicherheitszone auf der Grundlage der Prinzipien von Helsinki das **Nord-Süd-Gefälle** noch vertiefen wird, sind nicht berechtigt. Genau das Gegenteil ist richtig: es wäre doch ein wichtiger Schritt weg von der Bipolarität hin zur Multipolarität! Neben dem mächtigen nordamerikanischen Kontinent und der sich rasch wandelnden und emanzipierenden Völkergemeinschaft der heutigen Sowjetunion entsteht ein starkes europäisches Bindeglied; wenn diese drei Einheiten in Frieden und gegenseitiger Zusammenarbeit zusammenleben, eröffnet sich indirekt für alle anderen Länder oder Gemeinschaften von Ländern eine Chance für eine selbständige Existenz. Aus einem Raum der Konfrontation und direkter oder indirekter Expansionsbestrebungen der beiden sich gegenüberstehenden Supermächte würde für die gesamte internationale Gemeinschaft allmählich ein Raum der friedlichen Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partnern entstehen. Der Norden würde den Süden nicht länger durch den Export seiner Interessen und seiner Überlegenheit gefährden, sondern er würde der Punkt, von dem die Botschaft von der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller in Richtung Süden ausgehen würde.

Vor dem breiten Hintergrund dieser großen „nördlichen" oder KSZE-Sicherheitszone bzw. parallel zu ihrer Entstehung könnte **Europa** relativ rasch und ohne die bisher unüberwindlich scheinenden Hindernisse seine **politische Integration als demokratische Gemeinschaft demokratischer Staaten** vollziehen. Dieser Prozeß würde zweifellos mehrere Stufen umfassen und mit Hilfe verschiedener gleichzeitig wirksamer Mechanismen erfolgen. So könnte in einer ersten Stufe von, sagen wir, fünf Jahren auf dem Boden Europas eine Gemeinschaft entstehen, die man analog zur Organisation amerikanischer Staaten **Organisation europäischer Staaten** nennen könnte, und zu Beginn des 3. Jahrtausend könnte vielleicht mit Gottes Hilfe die von Präsident Mitterrand vorgeschlagene **europäische Konföderation** Gestalt annehmen. In dem Maße, wie sich diese künftige Konföderation festigt und stabilisiert und sich in jeder Hinsicht bewährt, könnte das vorgeschlagene **KSZE-Sicherheitssystem** schrittweise zurückgebaut werden, bis Europa schließlich fähig ist, seine eigene Sicherheit zu garantieren. Zu jenem Zeitpunkt dann könnte der letzte amerikanische Soldat aus Europa abziehen, denn für Europa gäbe es dann keinen Grund mehr, die militärische Stärke der Sowjetunion oder das politische Vordringen dieses mächtigen Landes zu fürchten.

Meiner Ansicht nach muß alles, was in diese Richtung zielt, unterstützt werden. Je mehr verschiedene Versuche parallel unternommen werden, desto besser, denn umso größer ist die Chance, daß einer davon zum Erfolg führt und sich bewährt. Aus diesem Grund unterstützt die Tschechoslowakei die unterschiedlichsten Initiativen, wie z. B. kleine regionale Arbeitsgemeinschaften nach Art der „Initiative 4" (Donau-Adria-Gemeinschaft) und prüft Projekte wie das des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki, das unseren Vorstellungen nahe kommt und die Bildung eines ständigen politischen Gremiums der Außenminister aller europäischen Staaten vorsieht.

Sicher verstehen Sie, warum ich meine Vorstellungen gerade hier so ausführlich darlege, hier vor den Vertretern der ältesten und größten politischen Organisation Europas, die auf gesunden und festen Grundlagen ruht und bereits so viel wertvolle Arbeit geleistet hat. Ja, die geistigen und moralischen Werte, auf denen der **Europarat** aufbaut und die das gemeinsame Erbe aller europäischen Nationen sind, bilden die bestmögliche Grundlage für ein zukünftiges integriertes Europa. Ich sehe keinen Grund, warum Ihre Parlamentarische Versammlung und die Exekutivorgane nicht der **Kristallisationspunkt für das konföderale Europa der Zukunft** sein können. Die Tschechoslowakei hält die Kriterien für den Beitritt weiterer Staaten zum Europarat für sehr gut, sie erkennt sie vorbehaltlos an und ist froh, daß dieser sich sogar den zur Demokratie erwachenden Ländern weit öffnet, die vor kurzem noch Satelliten der Sowjetunion waren und heute ihre Beziehungen zur Sowjetunion auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der vollen Achtung der Souveränität der Staaten gestalten. Ich bin fest davon überzeugt, daß der Tag kommen wird, an dem alle europäischen Staaten Ihren Kriterien entsprechen und vollberechtigte Mitglieder des Europarats werden. Schließlich ist der Europarat als gesamteuropäische Institution entstanden und nur durch den traurigen Verlauf der Geschichte so lange eine rein westeuropäische Einrichtung geblieben.

Die Staaten, in denen ein totalitäres System herrschte, dessen Nachwirkungen nun überwunden werden, wollen sozusagen nach Europa zurückkehren. Es liegt

auf der Hand, daß sie dies am besten und schnellsten erreichen können, wenn sie nicht versuchen, auf den verschiedensten Gebieten miteinander zu konkurrieren oder sich zu übertrumpfen, sondern wenn sie sich dabei solidarisch gegenseitig unterstützen. Denn wenn diese Länder sich dem neuen Europa öffnen wollen, müssen sie sich vor allem füreinander öffnen. In der Tschechoslowakei ist die neue demokratische Regierung deshalb bemüht, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Koordinierung der Anstrengungen beizutragen, die die Länder Zentraleuropas unternehmen, um den verschiedenen europäischen Institutionen beizutreten. Aus diesem Grunde **appellieren wir auch so oft an die** verschiedenen vom Grundsatz her europäischen, in der Praxis aber bis heute rein **westeuropäischen Institutionen, denjenigen gegenüber mehr Flexibilität und Aufgeschlossenheit zu zeigen, die jahrelang gewaltsam von ihnen getrennt waren,** die aber logischerweise dazugehören.

Den höchsten Integrationsgrad haben zweifellos die zwölf Mitgliedsländer der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** erreicht. Für die Länder Mittel- und Osteuropas, die sich gegenwärtig bemühen, von der zentralistischen „Nicht-Wirtschaft" zur normalen Marktwirtschaft überzugehen, die versuchen, Zugang zum System normaler internationaler Wirtschaftsbeziehungen zu finden und die freie Konvertibilität ihrer Währung zu erreichen, ist die EG zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein ferner Horizont, der trotz aller Anstrengungen beinahe unerreichbar ist. Sie sollten sich also untereinander über den Weg abstimmen, auf dem sie sich der EG annähern können. Die EG ihrerseits sollte sich flexibel zeigen und eine Art Vorhof schaffen, auf dem die Wirtschaft dieser Länder sich leichter erholen könnte. Dies läge im Interesse dieser Länder, aber auch im Interesse der EG selbst, und es entspräche dem Ideal eines integrierten, demokratischen Europa.

Aus der harten Lektion des totalitären Regimes haben wir gelernt, die **Menschenrechte und die Bürgerrechte zu achten,** und es ist kein Zufall, daß die in unseren Ländern entstehenden Demokratien ihren Ursprung im allgemeinen in den unabhängigen Bürgerrechtsbewegungen wie der Charta 77 in der Tschechoslowakei haben. Wir vergessen unseren Ursprung nicht und nicht die Prinzipien, die uns in unserem Kampf für die Freiheit geleitet haben. Aus dem Grunde sind wir uns auch der Notwendigkeit bewußt, daß die unterschiedlichen Integrationsbemühungen der Staaten, Regierungen und Parlamente von parallelen Anstrengungen auf der Bürgerrechtsseite begleitet werden müssen, ja sich an diesen sogar orientieren müssen. Deshalb habe ich kürzlich zusammen mich Lech Walesa das Projekt einer Europäischen Bürgerrechtsversammlung unterstützt. Ich hoffe, daß auch die Regierungen Westeuropas Verständnis für dieses Projekt haben.

Mir scheint, daß ich zum Abschluß meiner Überlegungen noch zwei aktuelle Themen ansprechen sollte, die die ganze Welt interessieren und die eng mit der Zukunft Europas verbunden sind.

Das erste Thema ist **Deutschland.** Wir haben den tschechoslowakischen Standpunkt bereits mehrmals vorgetragen, ich will ihn dennoch wiederholen: uns war immer klar, daß sich die künstlich geteilte deutsche Nation eines Tages in einem einzigen Staatsgebilde vereinigen muß. Es gab eine Zeit, in der diese — laut geäußerte — Auffassung als Provokation galt und sogar von etlichen Deutschen so empfunden wurde. Wir sind glücklich, daß das, was eines Tages geschehen mußte, bereits heute geschieht. Wir sind nicht nur deshalb glücklich, weil wir keinem Land wünschen, künstlich getrennt zu sein, sondern auch weil das **Einreißen der Mauer in Deutschland in unseren Augen gleichbedeutend mit der Überwindung des eisernen Vorhangs** und damit ein Vorgang ist, durch den wir alle befreit werden. Wie wir schon wiederholt gesagt haben, ist die Vereinigung Deutschlands in einem demokratischen Staat kein Hemmschuh für den Prozeß der Einigung ganz Europas, sondern sie ist im Gegenteil als treibende Kraft in diesem Prozeß zu sehen. In unseren Überlegungen und unseren Taten im Hinblick auf die Errichtung einer neuen Ordnung in Europa sollten wir mit der deutschen Einigung Schritt halten. Daher **befürworten wir die sogenannten „4 plus 2" Verhandlunngen.** Gleichzeitig verstehen wir die Besorgnis unserer polnischen Brüder im Hinblick auf die **Westgrenze** ihres Landes. Wir betrachten diese Grenze als endgültig und unterstützen den **Anspruch Polens, an allen seine Grenzen betreffenden Verhandlungen teilzunehmen.** Diese Verhandlungen könnten unserer Meinung nach auf der Konferenz von Helsinki 2 abgeschlossen werden, auf der wie auf der ersten Konferenz von Helsinki die bestehenden Grenzen in Europa förmlich bestätigt und, mehr als das, rechtlich garantiert werden sollten.

Das zweite in dieser Zeit sehr aktuelle Thema ist die **Zukunft der Sowjetunion.** Die Tschechoslowakei erkennt vorbehaltlos das Recht aller Nationen auf Unabhängigkeit und auf freie Entscheidung über ihr staatliches und politisches System an. Ich bin überzeugt, daß der Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion, dessen Zeugen wir sind, unumkehrbar ist. Daher bin ich auch fest davon überzeugt, daß alle Nationen der Sowjetunion auf friedlichem Wege zu der von ihnen gewünschten politischen Souveränität gelangen werden und daß die sowjetische Führung dieser Entwicklung freien Lauf lassen wird, bevor es zu spät ist, also bevor gewaltsame Auseinandersetzungen drohen. Mir scheint der Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem bestimmte Unionsrepubliken vollkommen unabhängig werden und wo einige andere eine neue Art von Gemeinschaft, sei es nach dem Prinzip einer Konföderation, sei es nach einer noch loseren Formel, gründen werden. Ich sehe keinen Grund, warum nicht einige oder alle europäische Nationen der heutigen Sowjetunion vor dem Hintergrund des großen KSZE-Sicherheitssystems gleichzeitig Mitglieder der europäischen Konföderation und irgendeiner Art von post-sowjetischer Konföderation sein könnten. Die heutige sowjetische Führung, die sich auf eine wissenschaftliche Sicht historischer Prozesse beruft, versteht ohne Zweifel das natürliche Unabhängigkeitsstreben aller Völker und die Künstlichkeit der heutigen Struktur des sowjetischen Staates als Erbe des Hegemoniestrebens der Zarenzeit und später Stalins. Ich glaube, aus allen diesen Gründen sollte der Westen sich endlich von

seiner überkommenen Angst vor der Sowjetunion frei machen. Man kann Herrn Gorbatschow nicht bewundern und ihn gleichzeitig fürchten. Man kann einander nicht immer und ewig mit dem Schreckgespenst der konservativen Kräfte oder der Falken drohen, die Garbatschow stürzen und die Sowjetunion in die fünfziger Jahre zurückstoßen werden. Und noch weniger kann man dieses Schreckgespenst nur deshalb pflegen, damit die Auftragsbücher der Rüstungsindustrie gefüllt sind. Es gibt keinen Weg zurück, und die Zukunft der Welt von heute steht und fällt nicht mehr mit einem einzigen Mann. Ebensowenig wie keine menschliche Kraft groß genug ist, die derart stark in Bewegung geratene Geschichte aufzuhalten.

Zum Schluß möchte ich noch auf eine Sorge eingehen, der wir in dieser Zeit so häufig begegnen. Ich meine die **Sorge vor nationalen, ethnischen und sozialen Konflikten** auf dem Gebiet Mitteleuropas, in denen sich die verschiedensten jahrelang ungelöst gebliebenen und über Jahre hinweg latent angewachsenen Probleme entladen könnten. Diese Sorge mündet in die Frage, ob unser Teil Europas nicht bald schon nach Art des Balkan zum Pulverfaß Europas wird.

Es ist unser aller Pflicht, eine solche Gefahr zu bannen und diese Befürchtung gegenstandslos zu machen. In erster Linie ist es die Pflicht unserer Länder selbst, unverzüglich und in vollem gegenseitigen Verständnis koordinierte Lösungen für die als Erbe übernommenen Probleme zu suchen. Es ist aber auch die Pflicht der Länder Westeuropas, die uns durch ihre Unterstützung in dieser schwierigen Angelegenheit helfen könnten.

Meine Damen und Herren, im Jahre 1464 entsandte Georg von Podebrady, König von Böhmen, eine große Abordnung zu Ludwig XI., König von Frankreich, mit dem Vorschlag, sich an die Spitze der Friedensliga zu stellen und die christlichen Herrscher zum Abschluß eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrags zu versammeln, der Kriege zwischen den Mitgliedern des Bundes verhindern und ihre gemeinsame Verteidigung sicherstellen sollte. Ich glaube, es war durchaus kein Zufall, daß einer der ersten großen Versuche zur friedlichen Einigung Europas aus dem mitteleuropäischen Raum kam. Als traditioneller Schnittpunkt aller europäischen Konflikte hat gerade dieser Raum ein besonders großes Interesse an Frieden und Sicherheit in ganz Europa. Ich bin glücklich, daß ich gerade hier in Straßburg, der Stadt, die in der Vergangenheit das Symbol traditioneller Konflikte war und die im Gegensatz dazu heute das Symbol der europäischen Einheit ist, über dieses Thema habe sprechen können.

Angesichts der Ehre, die mir zuteil geworden ist, vor dem wichtigsten politischen Forum Europas zu sprechen, habe ich mich bei meinen Betrachtungen natürlich mit den politischen Strukturen, den Systemen, Institutionen und Mechanismen beschäftigt. Das bedeutet aber nicht, daß ich mir nicht deutlich der Tatsache bewußt bin, daß keine wirkliche neue Struktur geschaffen, keine vorhandene Struktur von Grund auf verändert werden kann, ohne eine radikale Veränderung im menschlichen Denken, Verhalten, im gesellschaftlichen Bewußtsein. **Mutige Veränderungen** der Strukturen sind ohne mutige **Menschen nicht vorstellbar.**

Diese Bemerkung bringt mich an meinen Ausgangspunkt, dem Träumen, zurück. Alles deutet darauf hin, daß man keine Angst davor haben darf, von dem zu träumen, was unmöglich erscheint, wenn man will, daß das allem Anschein nach Unmögliche Wirklichkeit wird. Ohne von einem besseren Europa zu träumen, wird man niemals ein besseres Europa bauen.

In den zwölf Sternen Ihres Emblems sehe ich nicht den Ausdruck der stolzen Gewißheit, daß der Europarat das Paradies auf Erden erschaffen wird. Es wird nie ein Paradies auf Erden geben. Für mich sind die zwölf Sterne ein Zeichen dafür, daß man auf Erden ein wenig besser leben kann, wenn man von Zeit zu Zeit den Mut hat, zu den Sternen aufzuschauen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, als Deutsche, die in Prag geboren ist und ihre Heimat liebt, erlaube ich mir, Ihnen ganz herzlich für Ihre großartige Rede und auch für Ihre versöhnende Hand zu danken, die Sie uns Sudetendeutschen entgegengestreckt haben. Ich weiß, was an Schrecklichem den Tschechen und Slowaken im Dritten Reich geschehen ist, und ich selbst habe leider drei nahestehende deutsche Verwandte im Mai 1945 in Prag verloren. Deshalb weiß ich, wie wichtig es ist, daß ein so wichtiger Mann wie Sie die versöhnende Hand ausstreckt, die wir Sudetendeutschen sicher sehr gern ergreifen werden, weil sie eine Grundlage für eine echte Versöhnung ist. Fragen möchte ich Sie, Herr Präsident: Wie sehen Sie in Ihrer Vision von diesem zukünftigen Zusammenleben in Europa das zukünftige Zusammenleben der Tschechen, der Slowaken und der Deutschen, auch der Sudetendeutschen?

In seiner Antwort gab **Präsident Havel** *seiner Überzeugung Ausdruck, daß sein Land auch in Zukunft die Rechte der Nationalitäten und den Schutz von Minderheiten gewährleisten werde. Er hoffe, daß in Zukunft Staatsgrenzen immer mehr an Bedeutung verlieren werden.*

Tagesordnungspunkt:

Die Beziehungen zwischen Europa, den USA und Kanada in den 90er Jahren

(Drucksachen 6217 und Korrigendum, 6206)

Berichterstatter: Abg. Sager (Schweiz) und Abg. Alptemoçin (Türkei)

(Themen: Europarat als parlamentarische Dimension des KSZE-Prozesses — Einführung einer assoziierten KSZE-Mitgliedschaft — Stärkung des KSZE-Prozesses)

Entschließung 943 (1990)

betr. die Beziehungen zwischen Europa, den USA und Kanada in den 90er Jahren

1. Die Versammlung verweist auf ihre vor kurzem verabschiedete allgemeinpolitische Entscheidung (Empfehlung 1119 vom 31. Januar 1990), die Möglichkeit einer engeren Einbeziehung der beiden nicht-europäischen Teilnehmerstaaten am KSZE-Prozeß — Vereinigte Staaten und Kanada — in die Arbeit des Europarates zu erwägen.

2. Die Versammlung nimmt Bezug auf den im Oktober 1989 stattgefundenen Besuch ihres Präsidenten in Ottawa und Washington und auf den Besuch des Unterausschusses für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada vom März 1990 sowie auf die Berichte ihres Politischen Auschusses (Dok. 6217) und ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 6206).

3. Sie verweist auf ihre in der Vergangenheit regelmäßig erfolgten Einladungen an den U.S.-Kongreß und an Mitglieder des kanadischen Parlaments, an verschiedenen Aktivitäten der Versammlung teilzunehmen, wie z. B. an der ersten und zweiten Straßburger Konferenz über Parlamentarische Demokratie (1983 und 1987), sowie an den Debatten über die KSZE und über die Jahresberichte betr. die Aktivitäten der OECD, an denen der Generalsekretär dieser Organisation traditionsgemäß teilnimmt.

4. Die Versammlung stellt fest, daß die Beziehungen zwischen Europa und den großen Demokratien Nordamerikas, die neben 33 europäischen Staaten gleichberechtigt am Helsinki-Prozeß teilnehmen, auf kulturelle und verwandtschaftliche Bande sowie gemeinsame demokratische Werte gegründet sind.

5. Die Versammlung ist überzeugt, daß die anhaltenden Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa der jüngsten Zeit, die von dem Beharren der betroffenen Völker auf den mit diesen Werten verbundenen Rechten getragen werden, mehr denn je nach einer Festigung der seit langem bestehenden transatlantischen Bande verlangen, damit gewährleistet wird, daß diese Bestrebungen im Rahmen völlig demokratischer Strukturen der Zusammenarbeit verwirklicht werden können.

6. Sie ist der Ansicht, daß die bestehenden Mechanismen der Zusammenarbeit sowohl auf atlantischer Seite (OECD und NATO) als auch auf europäischer Seite (der zukünftige Europäische Wirtschaftsraum, an dem sich sowohl die Länder der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA als auch der sich erweiternde Europarat beteiligen werden) weiterhin erforderlich sein werden, um sich den neuen Herausforderungen zumindest kurz- und mittelfristig zu stellen, da auf dem geplanten KSZE-Gipfeltreffen kein Konsens zugunsten der Schaffung neuer Strukturen wahrscheinlich ist oder angestrebt wird.

7. Die Versammlung ist der Ansicht, daß
   - i. die Europäische Gemeinschaft zunehmend mehr dazu berufen ist, einen stabilen föderativen Rahmen für diejenigen europäischen Länder zu bilden, die nach supranationaler Integration streben;
   - ii. die KSZE parallel dazu an Bedeutung gewinnen könnte als eine auf Konsens beruhende Einrichtung für pan-europäische und atlantische Zusammenarbeit, daß es jedoch erforderlich sein wird, mit Hilfe der parlamentarischen Vertreter engere Beziehungen zwischen den Völkern sowie zwischenstaatliche Strukturen zur Verwirklichung dieses Ziels zu schaffen;
   - iii. der sich erweiternde Europarat mit seinem flexiblen System interparlamentarischer und zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und seiner konföderativen Natur die am besten geeignete Organisation ist, um die fehlende parlamentarische Dimension der KSZE und die operationelle Infrastruktur für die KSZE zu übernehmen, die auch von anderen Organisationen, die sich z. B. auf den Bereich der Wirtschafts- und Verteidigungszusammenarbeit spezialisiert haben, bereitgestellt wird;
   - iv. versuchsweise Debatten über KSZE-Angelegenheiten durchzuführen, um die Beteiligung nicht-europäischer Parlamentarier zu erleichtern, z. B. während der traditionellen Sommersitzungen (Anfang Juli);
   - v. verfahrensrechtliche Bestimmungen einzuführen, die allen Nicht-Mitgliedstaaten des Europarates, welche die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet haben, den Status eines assoziierten KSZE-Mitglieds und volles Stimmrecht bei Sonderdebatten über KSZE-Fragen verleihen sollen;
   - vi. ihren Geschäftsordnungsausschuß anzuweisen, der Versammlung auf der Grundlage dieser Leitlinien einen Änderungsentwurf zur Geschäftsordnung zu unterbreiten.

EUROPARAT

Entschließung 944

betr. die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika

1. Die Versammlung nimmt Bezug auf die Berichte ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 6206) und ihres Politischen Ausschusses (Dok. 6217), in denen über die Schlußfolgerungen eines von ihrem Unterausschuß für die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada vom 4. bis 7. März 1990 in Washington durchgeführten Informationsbesuchs berichtet wird.

2. Zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates und den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es einen intensiven Handelsverkehr, der etwa die

Hälfte des gesamten Welthandels ausmacht, und es besteht die berechtigte Hoffnung, daß das dynamische Wachstum des letzten Jahrzehnts weiterhin anhält, da beide Handelspartner nun in das achte Jahr eines anhaltenden Konjunkturaufschwungs eintreten.

3. Dennoch wurden die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa während der letzten Jahre durch zahlreiche „Handelskriege" und andere Reibungspunkte gestört, von denen mehrere noch nicht beseitigt oder Gegenstand bilateraler Verhandlungen bzw. eines Rechtsstreits vor dem GATT sind.

4. Der Welthandel begibt sich im letzten Jahrzehnt dieses Jahrtausends in weitgehend unerforschte Gewässer, während die Uruguay-Verhandlungen des GATT, die Ende 1990 abgeschlossen sein werden, in ihre Endphase eintreten, während die Europäische Gemeinschaft Vorbereitungen zur Verwirklichung ihres für Anfang 1993 geplanten Binnenmarktes trifft; während mehrere Länder Mittel- und Osteuropas eine radikale Wirtschaftsreform vollziehen und zahlreiche Entwicklungsländer starke Bemühungen anstellen, um die Auswirkungen einer lähmenden Auslandsverschuldung zu überwinden.

5. Auf beiden Seiten des Atlantiks bestehen immer noch Ängste vor Protektionismus, sowohl in bezug auf die „Festung Europa" nach der Realisierung des Binnenmarktes durch die Europäische Gemeinschaft oder die sogenannten ausschließlichen Bestandteile des Freihandelsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada, als auch das „Omnibus Trade and Competitiveness" Gesetz der Vereinigten Staaten oder den zwischen der Europäischen Gemeinschaft, den EFTA-Ländern und anderen Mitgliedern des Europarates geplanten europäischen Wirtschaftsraum.

6. Die Versammlung fordert folglich alle Mitgliedstaaten des Europarates und die Vereinigten Staaten von Amerika auf,

   i. alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um — insbesondere unter Berücksichtigung ihres gemeinsamen Interesses in lebenswichtigen Bereichen, wie z. B. internationale Investitionen, Dienstleistungen und handelsrelevante Fragen geistigen Eigentums — sicherzustellen, daß die laufenden Uruguay-Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden und eine Epoche einleiten, die eher durch einen intensivierten transatlantischen und weltweiten Handelsverkehr als durch neue Beschränkungen und die Wiederbelebung des Protektionismus gekennzeichnet ist;

   ii. generell ihre nicht erledigten Handelsdifferenzen mit Hilfe von Schlichtungs- und Vermittlungsverfahren des GATT beizulegen und keine Handelsbeschränkungen außerhalb der Organisation vorzunehmen, da diese die einzige Möglichkeit der internationalen Gemeinschaft zur Verhinderung eines unkontrollierten Handels darstellt, wobei diesmal auch agrarwirtschaftliche Probleme in die Verhandlungen miteinbezogen werden;

   iii. sich für die Festlegung von Handelsregeln für landwirtschaftliche Erzeugnisse einzusetzen, welche den vielfältigen Funktionen der Landwirtschaft mit dem bäuerlichen Familienbetrieb als tragendem Element Rechnung tragen sollen: die Garantie einer ausreichenden Nahrungsmittelversorgung, die Aufrechterhaltung eines lebendigen ländlichen Raums und die Erhaltung eines bedeutenden kulturellen Erbes und der Umwelt;

   iv. ihre jeweiligen Bemühungen um eine Liberalisierung des regionalen Handels unter der Voraussetzung weiterzuführen, daß dieser Handel den Prinzipien des GATT entspricht und anderen Regionen sowie der übrigen Welt weiterhin offensteht;

   v. bei ihren Handelsbeziehungen besonderes Verständnis und besondere Solidarität zu zeigen zu einer Zeit, in der sich die transatlantische Gemeinschaft ihrer zweiten historischen Herausforderung gegenübersieht, die darin besteht — vor allem innerhalb der sogenannten „Gruppe der 24" —, die mittel- und osteuropäischen Länder bei der Reform ihrer wirtschaftlichen und politischen Systeme zu unterstützen, damit sie in die Gemeinschaft der Freihandelsländer aufgenommen werden können;

   vi. der Koordinierung makroökonomischer Politiken besondere Aufmerksamkeit zu schenken, insbesondere stabilen Wechselkursen, einer anhaltenden Strukturreform und einem inflationsfreien Wachstum als notwendige Voraussetzungen für die Erweiterung des Welthandels;

   vii. entschlossen gegen die großen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer vorzugehen, insbesondere durch Erleichterung ihrer Schuldenlast und Gewährung eines verbesserten Marktzugangs, und dadurch zu ermöglichen, daß die transatlantische Gemeinschaft neue Antriebskraft für einen verstärkten Süd-Nord- und Ost-West-Handel wird.

7. Die Versammlung schlägt vor, in Absprache mit den betroffenen Parlamenten ein neues Verfahren auszuarbeiten, das der Gastdelegation des Kongresses der Vereinigten Staaten und den übrigen nicht-europäischen Delegationen bei den Debatten über die Aktivitäten der OECD einen gleichberechtigten Status gewährt, und ähnlich bei den KSZE-Debatten, einschließlich wirtschaftlicher Fragen („Korb II"), zu verfahren.

Empfehlung 1126 (1990)

betr. Fortführung und Vertiefung des KSZE-Prozesses

1. Die Versammlung verweist auf ihre Empfehlung 1119 (1990) und die Entschließungen 943 und 944 (1990) sowie die Berichte ihres Politischen Ausschusses (Dok. 6217) und ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 6206), die als Folge von Kontakten zwischen ihrem Unterausschuß für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada und den parlamentarischen und staatlichen Behörden in Washington und Ottawa entstanden sind.

2. Sie ist der Überzeugung, daß auf dem für Ende 1990 geplanten Treffen der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten kein Konsens zugunsten der Schaffung neuer pan-europäischer oder atlantischer Institutionen wahrscheinlich ist oder angestrebt wird.

3. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der KSZE-Prozeß weitergeführt und vertieft werden muß, sowohl durch stärkere Einbeziehung der durch ihre Parlamente vertretenen Völker als auch größere Beteiligung der Organisationen, die über eine intergouvernementale Infrastruktur zur Durchführung der KSZE-Entscheidungen verfügen.

4. Sie ist der Ansicht, daß der Europarat aufgrund seines umfassenden Tätigkeitsbereiches und seiner zunehmenden Mitgliederzahl die am besten geeignete Organisation ist, um sowohl die fehlende „parlamentarische Dimension" als auch um innerhalb des Ministerkomitees ein Gremium zu bilden, das sich mit bestimmten KSZE-Angelegenheiten befassen kann und zu ergreifende Maßnahmen vorschlägt und dabei die zwischen den KSZE-Konferenzen eingetretenen neuen Verhältnisse berücksichtigt.

5. Die Versammlung fordert daher den Ministerrat auf,

   i. die erforderlichen Satzungsänderungen zu untersuchen, um allen Nicht-Mitgliedstaaten des Europarates, welche die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet haben, volles Stimmrecht in bezug auf die diesbezüglichen zwischenstaatlichen Aktivitäten einzuräumen, ähnlich wie es die Parlamentarische Versammlung in bezug auf ihre Debatten über KSZE- (und OECD-)Angelegenheiten in Betracht zieht;

   ii. bis zum Ende des Jahres 1990 eine Erhöhung der dem Europarat zur Verfügung stehenden Mittel zu beschließen, die seiner zunehmenden Mitgliederzahl und seinem flexiblen Kooperationssystem Rechnung trägt, damit er in der Lage ist, den Herausforderungen der Zeit nach dem Kalten Krieg in angemessener Weise zu begegnen.

Freitag, 11. Mai 1990

Tagesordnungspunkt:

Die Finanzierung von Hochschulunterricht und Forschung

(Drucksache 6152)

Berichterstatter: Abg. Bassinet (Frankreich)

(Themen: Schlußfolgerungen des Kolloquiums von Barcelona über die Finanzierung eines europäischen Hochschulsystems — Demokratisierung der Hochschulausbildung — Weiterentwicklung von Ausbildungsförderungssystemen — Zusammenarbeit in Europa zwischen Hochschulausbildungs- und Forschungseinrichtungen)

Entschließung 945 (1990)

betr. die Finanzierung von Hochschulunterricht und Forschung

Die Versammlung

1. nimmt die Schlußfolgerungen des von ihrem Ausschuß für Kultur und Erziehung, der Ständigen Konferenz über Universitätsprobleme (CC-PU), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und von der Universität Barcelona gemeinsam veranstalteten Kolloquiums über „Aufgaben und Mittel der Universität: Probleme und Perspektiven in bezug auf die Finanzierung des europäischen Hochschulsystems" (Barcelona, 4. bis 6. September 1989) zur Kenntnis;

2. sieht Hochschulausbildung und Forschung im Sinne der von der „Magna Charta" der europäischen Universitäten niedergelegten Grundprinzipien, welche die Universität als „eine autonome Einrichtung definiert, die — in kritischer Art und Weise — durch Forschung und Lehre Kultur hervorbringt und weiterverbreitet";

3. stellt fest, daß die Probleme der Finanzierung von Universitäten und anderen Hochschuleinrichtungen alle Mitgliedstaaten betreffen, und dies trotz der großen Unterschiedlichkeit der Situation und Organisation der Hochschulausbildung in Europa einerseits und des ungleichen Niveaus der wirtschaftlichen Entwicklung andererseits;

4. stellt fest, daß in den meisten Mitgliedstaaten das Fehlen ausreichender Finanzmittel im wesentlichen auf die gestiegene Zahl der immatrikulierten Studenten, den starken Anstieg der Ausbildungs- und Forschungskosten und die Stagnation bei der Bereitstellung öffentlicher Mittel zurückzuführen ist;

5. bedauert die negativen Auswirkungen dieser Situation auf die Qualität der Hochschulausbildung, auf die Forschung, deren Ergebnisse sich selten unmittelbar für kommerzielle Zwecke nutzen lassen, auf die Unabhängigkeit und Autonomie der Hochschuleinrichtungen und letztlich auf die Zu-

sammenarbeit zwischen jenen in Europa (als Folge der zunehmenden Ungleichheit ihrer Ressourcen);

6. verweist darauf, daß Bildung eine vorrangige Angelegenheit ist, und fordert die zuständigen Stellen auf, die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um eine Verbesserung in der Hochschulausbildung auf der Grundlage folgender Leitsätze herbeizuführen:

   i. *Die Hochschulausbildung und der Student*

      a) Die Hochschulausbildung muß demokratisiert werden, damit sie einem möglichst großen Kreis von Personen, die eine solche Ausbildung anstreben, offensteht. Das einzige berechtigte Auswahlkriterium ist die Leistung des Studenten und keinesfalls die dem Studenten zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

      b) Alle Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, daß dem Recht auf Zugang zur Hochschulausbildung keine finanziellen Hindernisse entgegenstehen.

      c) Hochschul- und weiterführende Ausbildung sollten als vordringliche Angelegenheit gesehen werden, was konkret durch finanzielle Anstrengungen der öffentlichen Stellen zum Ausdruck kommen sollte.

      d) Bestehende Ausbildungsförderungssysteme sollten weiterentwickelt werden, um einem möglichst großen Personenkreis den Zugang zur Hochschulausbildung zu ermöglichen. Zinsgünstige und gesicherte Darlehen sowie Patenschaftsprogramme und eine den finanziellen Möglichkeiten entsprechende Beteiligung der Eltern können ermutigt werden, jedoch unter Kontrolle der öffentlichen Stellen.

   ii. *Forschung*

      a) Es kann keine Hochschulausbildung ohne eine Verknüpfung mit Forschung und Lehre geben.

      b) Das Bildungselement in der Forschung und die enge Verknüpfung mit der Hochschulausbildung müssen bekräftigt werden.

      c) Es muß auf die Bedeutung der Autonomie der Forschungsarbeit und die Tatsache hingewiesen werden, daß diese Autonomie in allen Wissensgebieten weiterentwickelt werden muß, ungeachtet etwaiger kurzfristiger kommerzieller Interessen, die ihr zugrundeliegen können.

      d) Die „sich überschneidende Finanzierung" der Forschung darf nicht zum Anlaß genommen werden, von den Leitlinien abzuweichen.

      e) Evaluierungssysteme — z. B. zwischen im gleichen Wissenschaftsbereich tätigen europäischen Forschern — und Selbstevaluierung der Forschung sollten eingeführt werden.

      f) Die Heranziehung von Forschungskräften der Universitäten als beratende Experten sollte ermutigt werden.

   iii. *Die Verwaltung der Hochschulausbildungs- und Forschungseinrichtungen*

      a) Lehrkräfte, Forscher, Verwaltungs- und technische Fachkräfte sowie Studenten müssen gemeinsam — jeder entsprechend seinen Kompetenzen — die Leitlinien der Hochschul- und Forschungspolitik der entsprechenden Einrichtung festlegen.

      b) Jede Einrichtung (Verwaltungsrat) hat das Recht, ihren eigenen Leiter (Präsident, Vizekanzler) zu benennen.

      c) Mit der Durchführung der Leitlinien müssen qualifizierte Fachkräfte betraut werden.

   iv. *Die Beziehungen zwischen Hochschulen und Gesellschaft*

      Es bestehen von jeher enge Beziehungen zwischen den Hochschuleinrichtungen und der Gesellschaft. Die Hochschuleinrichtungen sollten aber auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen und dem privaten Sektor generell verstärken. Die Hochschulausbildung muß aber auch ihren Auftrag im Dienst der Allgemeinheit weiter erfüllen, dabei jedoch auch die Wirtschaftslage und die Marktgegebenheiten berücksichtigen.

   v. *Die Zusammenarbeit in Europa zwischen Hochschulausbildungs- und Forschungseinrichtungen*

      a) Die Zusammenlegung der Ressourcen verschiedener Einrichtungen, welche die Verwirklichung bestimmter Projekte, die Verteilung von Risiken und die Verbreitung von Erkenntnissen ermöglicht, ist von größtem Vorteil.

      b) Die Mobilität von Forschern, Lehrkräften und auch von Studenten muß durch eine größere Zahl von Kooperationsprogrammen, wie z. B. ERASMUS, verbessert werden.

      c) Die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten muß verstärkt werden, mit dem Ziel, wesentliche Ungleichheiten zwischen Ost und West, aber auch zwischen Nord und Süd im Hinblick auf das Niveau der Hochschulausbildung zu beseitigen, vor allem durch Abbau bestehender Barrieren.

      d) Die neuen Kommunikationsmedien bieten bislang nicht gekannte Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die besonders im Bereich des Fernstudiums auf der Grundlage einer Vernetzung bestehender Einrichtungen weiterentwickelt werden müssen.

Tagesordnungspunkt:

Die Situation in Andorra

(Drucksache 6146)

Berichterstatter: Abg. Pontillon (Frankreich) und de Puig (Spanien)

(Themen: Ergebnisse des Informationsbesuches von Mitgliedern des Politischen Ausschusses in Andorra — Weiterführung der institutionellen Reformen — Änderung des Wahlgesetzes)

Entschließung 946 (1990)

betr. die Situation in Andorra

Die Versammlung

1. ist unterrichtet über die Ergebnisse des Informationsbesuches, den vier ihrer Mitglieder vom 27. bis 29. April 1989 in Andorra durchgeführt haben;

2. betont, daß Andorra sowohl aus geographischen als auch aus historischen und kulturellen Gründen voll und ganz zu Westeuropa gehört;

3. erinnert daran, daß während des Zweiten Weltkriegs die andorranischen Behörden und die Bevölkerung Andorra zu einem Zufluchtsland machten und damit dazu beitrugen, viele Menschenleben zu retten;

4. stellt die tiefgreifenden Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Andorras in den letzten dreißig Jahren fest, die mit einem beispiellosen Wirtschaftswachstum einhergingen;

5. ist sich der Ursprünglichkeit und Komplexität der andorranischen Institutionen bewußt, denen sich der größte Teil der Bevölkerung weiterhin stark verbunden fühlt, weil diese wesentlicher Bestandteil ihrer Identität sind;

6. ist überzeugt, daß die im Jahre 1981 durchgeführten institutionellen Reformen dem Wunsch der Bevölkerung entgegenkamen, dem Generalrat der Täler und dem Exekutivrat größere Vollmachten zu übertragen und damit schrittweise die Souveränität des Volkes zu bestätigen;

7. äußert den Wunsch, daß die Reformen im gegenseitigen Einverständnis zwischen den Co-Fürsten und dem Generalrat der Täler durchgeführt werden sollten und sowohl unter dem Gesichtspunkt der Souveränität des Volkes als auch unter dem Aspekt der Rechtssicherheit einen qualitativen Fortschritt darstellen mögen;

8. stellt fest, daß das derzeitige Wahlsystem so angelegt ist, daß es die Vertretung der Gemeindebezirke („paroisses") des Fürstentums ermöglicht, aber die angemessene Vertretung der andorranischen Wähler nicht gewährleistet ist;

9. nimmt mit Befriedigung das Gesetz über die Rechte der Einzelperson vom 29. März 1989 zur Kenntnis, mit dem die persönlichen Grundrechte, wie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948 verankert, in die Rechtsordnung des Fürstentums übernommen werden;

10. betont die Notwendigkeit einer Verabschiedung entsprechender Gesetze, die in Übereinstimmung mit Artikel 2 des o. a. Gesetzes gewährleisten, daß alle in der Erklärung verankerten Rechte wirksame Beachtung finden;

11. ist insbesondere besorgt über die im Bereich der Versammlungsfreiheit (politische Parteien und Gewerkschaften) sowie im Bereich des Arbeitsrechts und der sozialen Gesetzgebung bestehenden Probleme;

12. ist sich bewußt, daß die Mehrzahl dieser Probleme nur schrittweise durch eine Politik der Eingliederung der im Lande wohnhaften Ausländer gelöst werden kann;

13. fordert die Co-Fürsten und den Generalrat der Täler auf:

    i. die Zweckmäßigkeit der Verabschiedung einer schriftlich niedergelegten Verfassung in Betracht zu ziehen, in denen die Rechte und Freiheiten der Bürger festgeschrieben werden, wie in den internationalen Verträgen über den Schutz der Menschenrechte verankert, und diese dem andorranischen Volk im Wege des Volksentscheids zur Annahme vorzulegen;

    ii. die mit der Verordnung vom 15. Januar 1981 eingeleiteten institutionellen Reformen im Rahmen dieser Verfassung zu vervollständigen und zu erweitern im Hinblick auf eine schrittweise Übertragung von Befugnissen an den Generalrat der Täler und den Exekutivrat mit dem Ziel, diese wirklich zum Parlament und zur Regierung des Fürstentums zu machen, welche mit den entsprechenden gesetzgebenden Befugnissen ausgestattet sind;

    iii. das geltende Wahlgesetz zu reformieren, um eine angemessene Vertretung der andorranischen Bevölkerung zu gewährleisten;

    iv. die Vorschriften über die Annahme der andorranischen Staatsangehörigkeit zu lockern, um die schrittweise Eingliederung der im Lande wohnenden Ausländer unter Wahrung der nationalen Identität und kulturellen Eigenständigkeit des Fürstentums zu verwirklichen;

    v. Artikel 2 des Gesetzes über die persönlichen Grundrechte vom 29. März 1989 sobald wie möglich durch eine entsprechende Gesetzgebung in bezug auf die verschiedenen bürgerlichen Rechte umzusetzen und insbesondere die Versammlungsfreiheit vorzusehen;

    vi. sich dafür einzusetzen, daß Arbeitsrecht und Sozialgesetze in Einklang mit den europäischen Normen gebracht werden.

Empfehlung 1127 (1990)

betr. das Fürstentum Andorra

Die Versammlung,

1. nimmt Bezug auf ihre Entschließung 946 (1990) betr. die Situation in Andorra;

2. empfiehlt dem Ministerkomitee, Kontakte zu den zuständigen andorranischen Behörden aufzunehmen, um festzustellen:

   i. welchen Konventionen des Europarates Andorra sofort beitreten könnte;

   ii. an welchen Aktivitäten der Organisation sich das Fürstentum beteiligen könnte, soweit es die gegenseitigen Interessen erlauben.

Entschließung 947 (1990)

betr. das Fürstentum Andorra

Die Versammlung,

1. nimmt Bezug auf ihre Empfehlung 946 (1990) betr. die Situation in Andorra;

2. unterstreicht das große Interesse, daß die Syndici und das Regierungsoberhaupt des Fürstentums Andorra in bezug auf die Aufnahme von Beziehungen zum Europarat im allgemeinen und zur Parlamentarischen Versammlung im besonderen zum Ausdruck gebracht haben;

3. beschließt, regelmäßige Kontakte zu den Co-Fürsten und dem Generalrat der Täler aufzunehmen im Hinblick auf eine Teilnahme sowie regelmäßige und fortlaufende Mitwirkung Andorras an den Aktivitäten des Europarates.

Anhang

I. Reden von Abgeordneten der Volkskammer der DDR vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Zum Tagesordnungspunkt *Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses* sprach Abg. **Schmuhl** (CDU-DDR):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mich im Namen meiner Delegation sehr, sehr herzlich dafür bedanken, hier vor Ihnen sprechen zu dürfen. Ich darf gleichfalls meinem Landsmann, Herrn Reddemann, Dank für seinen Willkommensgruß sagen, der mit Beifall aufgenommen wurde.

Für die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, für unser Land allgemein ist heute ein historischer Tag. **Mit der Gewährung des Sondergaststatus ist die demokratische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik in ein neues, ein europäisches Stadium getreten.** Dafür sind wir diesem Hohen Haus auf das äußerste zu Dank verpflichtet. Dieser historische Augenblick ist für mich auch Anlaß genug, mich im Namen aller Parlamentarier in meinem Lande für die Begleitung unseres Demokratisierungsprozesses durch europäische Parlamentarier zu bedanken, denn ohne diese Begleitung wäre der Weg in die Demokratie für uns weitaus schwieriger. Wir haben nämlich ein totalitäres Regime durch einen freiheitlichen Rechtsstaat abzulösen gehabt.

Wir als neue, als Jungparlamentarier eines sich formierenden freiheitlichen Rechtsstaates, der sich an christlich-humanistischen Grundwerten orientiert, **benötigen europäische Hilfe.** Wir brauchen Hilfe für unsere Arbeit, die Europa zu dienen hat. Gerade diese christlich-humanistischen Werte sind für uns Prüfstein für unseren weiteren Demokratisierungsprozeß.

Wir als demokratische Parlamentarier sehen unsere Aufgabe von nun an darin, unsere Gegenwart in Europa und unsere Zukunft in einem gemeinsamen freiheitlichen Europa zu gestalten.

Herzlichen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren.

Zum Tagesordnungspunkt *Die Situation in der DDR* sprach Abg. **Heltzig** (SPD-DDR):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorweg meinen Dank an die drei Berichterstatter schicken, die diesen Bericht gefertigt haben. Ich selbst hatte Gelegenheit, in Berlin mit Mister Lambie, mit Herrn Sager und Herrn Seitlinger zu sprechen. Es hat mich besonders berührt, daß Herr Seitlinger seinen Beitrag zwar auf französisch geendet, aber deutsch begonnen hat. Dies ist ein Zeichen dafür, daß diese Gruppe von Berichterstattern auch mit dem Herzen und nicht nur mit dem Verstand dabei war.

Dieser Bericht ist, so meine ich, auf Grund einer besonders scharfsinnigen Befragung der Kolleginnen und Kollegen in Berlin entstanden; er ist mit hoher Sachkompetenz erstellt. So gesehen ist er ein sehr präziser Bericht.

Es ist die Tragik solcher Berichte, daß dem Berichterstatter zur Beurteilung eines Prozesses immer nur ein kleines Zeitfenster zur Verfügung steht und er niemals den Gesamtprozeß vom Anfang bis zum Ende beobachten kann. Das führt leider immer dazu, daß nur die äußere Logik eines solchen Prozesses beurteilt werden kann, während der Insider auch die innere Logik und die Moral eines Prozesses beurteilen kann. Sie werden mir sicher zugestehen, daß wir aus der DDR die Insider sind. Ich selbst komme aus Sachsen, dem Herzen der Revolution. Wir waren im Herbst vergangenen Jahres auf der Straße und haben diese Revolution gemacht. Diese Revolution, diese Revolution mit heiterem Antlitz, wurde von Menschenrechtsgruppen, von Umweltgruppen, die besonders im kirchlichen Raum angesiedelt waren, und natürlich auch von politischen Dissidenten aller Richtungen getragen, so wie das in einer Demokratie sein sollte. Das ging von den Mitgliedern der späteren SPD über den Demokratischen Aufbruch, Demokratie Jetzt bis ganz nach rechts.

Ich möchte betonen, **daß diese Revolution friedlich verlief, weil sie intellektuell geprägt und geführt war.** So gesehen hat es von seiten des Volkes, von seiten der Revolutionäre niemals die Gefahr gegeben, daß diese Revolution eine chinesische Lösung hat. Wenn diese Gefahr jemals existiert hat, dann nur wegen der herrschenden Gruppe in unserem Land.

Die Ideale dieser Revolution waren, die kollektiven Rechte in einer Diktatur durch individuelle Rechte abzulösen, so wie sie in den Menschenrechtsdeklarationen garantiert werden. Es war das **Ideal dieser Revolution, Demokratie in der gesamten Gesellschaft zu verwirklichen,** also sowohl im gesellschaftlichen Leben als auch in der Wirtschaft und in der Politik, schlichtweg überall. Wir wollten nie wieder eine Diktatur, welcher Art auch immer, ob braun oder rot.

Das erste Ziel dieser Revolution war ein destruktives Ziel. Wir wollten nämlich das alte SED-Regime beseitigen. Es ging ja so weit, daß in der Verfassung der DDR die führende Rolle dieser stalinistischen Partei definiert war. Das zweite Ziel war bereits ein konstruktives Ziel. Wir wollten Freiheit und Demokratie, was sich in dem Slogan „Wir sind das Volk" niederschlug.

Das dritte Ziel war auch ein konstruktives Ziel, und es ist noch ein konstruktives Ziel. Wir haben uns **für die Schaffung der deutschen Einheit in freier Selbstbestimmung** ausgesprochen. Dafür hat der Slogan „Wir sind ein Volk" gestanden.

Die Probleme waren am Anfang ganz einfach. Es galt, eine Regierung zu stürzen. Das zweite Problem war schwieriger. Wir mußten das Politbüro einer Monopolpartei beseitigen. Noch schwieriger war und ist das Problem, die Privatarmee dieses Politbüros, nämlich den Staatssicherheitsdienst, zu beseitigen. Wir haben **die große Aufgabe, in unserem Land neue demokratische Strukturen zu schaffen,** nämlich die Dreiteilung der Gewalten in Legislative, Exekutive und Judikative, was es bis dahin in unserem Lande nicht gab.

Auch wollen wir die bewährten föderalistischen Strukturen der Länder in der DDR wieder installieren. Wir haben die Riesenaufgabe, eine gesamte Gesellschaft umzubauen. Wir haben von der Plan- zur Marktwirtschaft überzugehen. Wir haben das monetäre System und das soziale System zu ändern. Wir haben ein Rechtssystem zu schaffen, d. h. wir haben von einem Links-Staat zu einem Rechtsstaat überzugehen. Wir haben freie Medien zu schaffen, das Gesundheitssystem zu reformieren und auch ein modernes Bildungssystem zu etablieren.

Das Problem der deutschen Einheit ist, zwei ganz unterschiedliche Staatssysteme zu vereinigen. Es ist uns daran gelegen, für den scheinbaren Widerspruch der beiden Artikel 23 und 146 des Grundgesetzes der Bundesrepublik eine einheitliche Vorgehensweise, nämlich eine gestreckte Lösung, zu finden. Wir beide deutschen Staaten haben zwei Militärblöcke zu überwinden, wir haben zwei ganz unterschiedliche Wirtschaftsblöcke zu überwinden. Dies wollen und müssen wir nicht gegen unsere Nachbarn, sondern mit ihnen tun. Wir wollen die Interessen unserer Nachbarn auf jedem Gebiet in jeder Richtung berücksichtigen. Ein Beweis für diesen Willen war die erste Erklärung der Volkskammer am Tag ihrer Konstituierung, als wir unseren polnischen Nachbarn, den Juden in aller Welt, der Sowjetunion und natürlich auch unseren tschechoslowakischen Nachbarn gegenüber erklärt haben, wie wir zur Verantwortung der Deutschen in der Vergangenheit stehen.

Lassen Sie mich mit dem Wort schließen, **daß der Prozeß der deutschen Einigung ein Motor für die Einigung in Europa sein wird.** So wollen wir Deutschen aus der DDR uns hier im Europarat einbringen, wir wollen unsere Erfahrungen im Zusammenleben mit Osteuropa in den zukünftigen einheitlichen deutschen Staat einbringen, in den seitens der Bundesrepublik die gleichen Erfahrungen, aber hinsichtlich Westeuropa, eingebracht werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

II. Informationsbesuch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Berlin vom 4. bis 6. Mai 1990

Einer langen Tradition entsprechend lud die Delegation der Bundesrepublik Deutschland durch den Sprecher, Abg. Gerhard Reddemann, und seinen Stellvertreter, Abg. Dr. Karl Ahrens, die Parlamentarische Versammlung des Europarates zu einem zweitägigen Informationsbesuch nach Berlin ein. Der Besuch stieß bei den Abgeordneten angesichts des derzeitigen politischen Umbruchs in den mittel- und osteuropäischen Staaten, insbesondere der Entwicklungen in der DDR, auf großes Interesse. Über dreihundert Teilnehmer nahmen an dem Programm teil, in dessen Verlauf politische Gespräche mit Mitgliedern der Volkskammer der DDR und des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie Treffen mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin stattfanden. Es zeigte sich, daß Berlin in neuer Weise zu einem Mittelpunkt des politischen Interesses geworden ist.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333